PETERSBURGER
DIALOG

HERAUSGEBER: JOHANN MICHAEL MÖLLER UND WITALI NIKITITSCH IGNATENKO

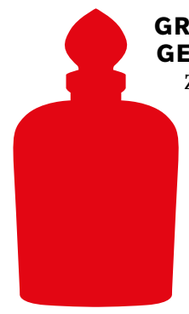
NOVEMBER 2017

ISSN: 2566-8668

DPA/SOEREN STACHE

LIBERALE PREDIGERIN
Seyran Ateş hat in Berlin eine Moschee gegründet, in der Frauen und Männer gemeinsam beten

Seite 11



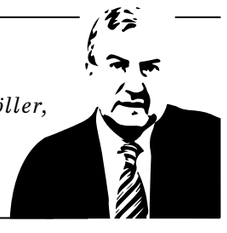
GROSSE GESCHICHTE(N)
Zwei fulminante Neuerscheinungen deutscher Historiker über die Sowjetunion

Seite 14

Agenten mit Kamera?

Nach den Nichtregierungsorganisationen sind jetzt auch die Medien auf den Index des Kremls geraten, zumindest jene, die direkt oder indirekt aus dem Ausland finanziert werden. Auch sie können nach einem vor wenigen Tagen auf Anweisung von Wladimir Putin durch die russische Duma gepeitschten Gesetz zu ausländischen Agenten erklärt werden.

Unmittelbar in der Schusslinie stehen zwar die amerikanischen Auslandssender wie Radio Liberty oder Voice of America, denn es ging Putin um eine, wie er sagte, „spiegelbildliche Reaktion“ auf das amerikanische Vorgehen gegen den russischen Propagandasender RT. Aber wirklich sicher kann sich fortan kein Medium mehr sein, das aus Russland über Russland berichtet – nicht einmal die russischen selbst. Denn im selben Atemzug hat die Duma auch noch eine weitere Verschärfung beschlossen, mit der die Internetseiten unerwünschter Organisationen ohne Gerichtsbeschluss blockiert werden können, was heißt, dass es über die bloße Retourkutsche hinaus auch um Kontrollen geht: Kontrollen im eigenen Land.



Johann Michael Möller, Herausgeber

Trotzdem hat das neue Mediengesetz zu heftigen Reaktionen in Deutschland geführt, wo man sogar um die Berichterstattung der Deutschen Welle fürchten zu müssen glaubt. Diese Gefahr ist nicht akut, und aus der Duma heraus bemüht man sich schon jetzt um Schadensbegrenzung. Selbst Putins Chefreformer Aleksei Kudrin ging auf Distanz. Aber das ändert nichts am Beschluss.

Es ist ein politisches Gefäß aufgestellt worden, das sich zu jeder Zeit mit jedem missliebigen Inhalt füllen lässt, ohne dass es dafür eines weiteren Gesetzgebungsverfahrens bedarf. Die Schnappfeder ist also gespannt, und die russischen Präsidentenwahlen werfen ihre Schatten voraus.

Trotzdem sollten wir uns als europäische Nachbarn nicht in diesen russisch-amerikanischen Schlagabtausch hineinziehen lassen, der auf beiden Seiten stark innenpolitisch motiviert ist. Unsere europäische und unsere deutsche Interessenlage ist eine andere. Wir sollten deshalb auch mit dem Geraune aufhören, hinter bald jedem Problem in Europa eine mögliche russische Infiltration zu vermuten. Weder den Brexit, noch den Ausgang der Bundestagswahlen oder gar die katalanischen Verwerfungen haben Putins Trolle verursacht. Die Gründe dafür müssen wir schon bei uns selber suchen.

Das neue Mediengesetz ist ein plumpes Schwert, das viele verletzt und niemandem nützt. Aber das hat man in Russland auch schon begriffen.

#03

AUF EIS
Willy Brandts Ostpolitik führte einst zur Entspannung zwischen Deutschland und der UdSSR. Katja Gloger fragt: Ist dies der Moment für eine Neuauflage?

Seite 5

IN WACHS
Wäre es nicht an der Zeit, Lenin zu bestatten? Die Debatte in Russland läuft heiß, weiß Viktor Loschak.

Seiten 4

IN DER DÄMMERUNG
Rechtsruck, Brexit, schwache Wirtschaft – drei Beiträge erklären die Krise Europas.

Seite 8 – 9

IMAGEBROKER/MORITZ WOLF

Über Mauern hinweg

Worüber Russen und Deutsche reden müssen: Zum 16. Jahrestreffen des Diskussionsforums „Petersburger Dialog“ am 23. und 24. November in Berlin

Was heißt hier Selbstbestimmungsrecht?

Ohne Einvernehmen der Betroffenen verstoßen Grenzveränderung gegen internationale Vereinbarungen

VON ANDREAS ZUMACH

Was haben diese Namen gemein: Kosovo, Krim, Katalonien, Tschetschenien, Abchasien, Süd-Ossetien, Transnistrien, Ungarn, Schottland sowie die kurdischen Regionen Iraks, Syriens und der Türkei? Überall kam es nach dem Ende des Kalten Kriegs zu Sezessionsbestrebungen oder Forderungen nach Veränderung bestehender nationalstaatlicher Grenzen.

In Jugoslawien, Georgien und der Ukraine wende(te)n die Sezessionsbefürworter Gewalt an oder es wurden nationalstaatliche Grenzen mit Hilfe äußerer Akteure (Nato, Russland) gewaltsam verschoben. Ansonsten unterscheiden sich die spezifischen Umstände und historischen Hintergründe in allen genannten Fällen sehr.

In den vier Jahrzehnten der globalen Ost-West-Konfrontation gab es nur wenige derartige Bestrebungen. Und sie hatten kaum Chance auf dauerhaften Erfolg, auch weil sie von den beiden damals dominierenden Mächten USA und Sowjetunion sowie von den anderen drei Vetomächten des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen (UN), Frankreich, Großbritannien und China, nicht unterstützt wurden.

Zudem bestand unter den Mitgliedsstaaten der UN Konsens, die drei Grundprinzipien der Gründungscharta von 1945 nicht in Frage zu stellen: Die Charta beginnt zwar mit dem Satz „Wir, die Völker…“, sie definiert im Folgenden aber die Nationalstaaten als Akteure des Völkerrechts und Mitglieder der UN und betont ihre „souveräne Gleichheit“, die „Unverletzlichkeit ihrer territorialen Grenzen und ihrer politischen Ordnung“ sowie das „Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten“.

Daher fand die Abspaltung der Igbos in Ostnigeria in einen eigenen Staat Biafra 1967 international keine Unterstützung und wurde vier Jahre später nach einem blutigen Krieg von der Regierung Nigerias wieder rückgängig gemacht. Eritrea erlangte seine in der Folge von der UN anerkannte Unabhängigkeit von Äthiopien erst 1993 nach einen 30-jährigen Krieg. Hingegen ist Somaliland, das 1991 seine Loslösung von Somalia verkündete, bis heute nur von drei afrikanischen Staaten anerkannt. In allen drei Fällen hatten sich die Sezessionisten auf das „Recht der Völker auf Selbstbestimmung“ berufen. Dieses Recht wird in der UN-Charta zwar auch proklamiert, allerdings ohne irgendwelche Regeln zu dessen Umsetzung und ohne Klärung des Spannungsverhältnisses zu den drei Grundprinzipen der Charta.

Auf dieses „Recht“ berief sich allerdings die EU unmittelbar nach Ende des Kalten Kriegs mit der selektiven Anerkennung der drei jugoslawischen Teilrepubliken Slowenien, Kroatien und Bosnien-Herzegowina als unabhängige Nationalstaaten nach deren Austrittserklärung aus der Jugoslawischen Föderation. Diese damals in erster Linie von Deutschland betriebene selektive Anerkennung erfolgte ohne Einvernehmen mit der jugoslawischen Regierung und entgegen der ausdrücklichen Warnung des damaligen UN-Generalsekretärs Javier Péres de Cuéllar.

Damit war die Büchse der Pandora willkürlicher Veränderungen nationalstaatlicher Grenzen geöffnet. Acht Jahre später schuf die Nato mit ihrem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Serbien die Voraussetzung für die Abspaltung und Unabhängigkeitserklärung des Kosovo. Laut einem Gutachten des Internationalen Gerichtshofs (IGH) von 2010 war die Unabhängigkeitserklärung Kosovos zwar kein Verstoß gegen das Völkerrecht; aber der IGH verzichtete auch auf eine Aussage zum völkerrechtlichen Status Kosovos.

Folgerichtig haben bis heute erst 103 der 193 UN-Mitgliedsstaaten Kosovo anerkannt, darunter lediglich 23 der 28 EU-Mitglieder. Das Kosovo wurde zum Präzedenzfall, auf den sich unter anderem die nationalistischen Kräfte der bosnischen Serben berufen bei ihrer Forderung nach Austritt ihrer „Republika Srpska“ aus Bosnien-Herzegowina und ihrem Anschluss an Serbien.

Die russische Regierung verweist zur Rechtfertigung ihrer völkerrechtswidrigen Annexion der Krim ebenso auf den Fall Kosovo wie die russischstämmigen Sezessionisten in der Ostukraine. Das gilt auch für die von Russland unterstützte, bislang von lediglich drei weiteren UN-Staaten anerkannte Abspaltung Abchasiens und Süd-Ossetiens von Georgien sowie die bislang nur von Moskau unterstützte Eigenstaatlichkeit der moldawischen Provinz Transnistrien.

In Ex-Jugoslawien und der Ukraine waren und sind die Sezessionsbefürworter ethnisch definierte Volksgruppen, die sich von anderen Volksgruppen majorisiert und/oder von der Zentralregierung diskriminiert und verfolgt fühl(t)en. Im Fall der Annexion der Krim kommen als Motiv noch Russlands Sicherheitsinteressen angesichts der Ostausdehnung der Nato hinzu sowie historische Rechtfertigungsversuche, wonach die Krim seit Katharina der Großen (1783) und bis zu ihrer angeblich völkerrechtswidrigen Angliederung an die Ukraine durch Nikita Chruschtschow 1954 immer zu Russland gehört habe.

In Ungarn begründen die inzwischen in der Regierungskoalition beteiligen Rechtspopulisten mit ethnischen Motiven ihre aggressive Forderung nach Wiederherstellung von „Großungarn“ durch Einverleibung der von ungarischen Minderheiten bewohnten Regionen in den drei Nachbarländern Rumänien, Moldawien und Ukraine.

Hingegen stehen hinter dem Wunsch Kataloniens nach einem Austritt aus Spanien ausschließlich ökonomische Gründe. Die mit Abstand reichste Provinz will nicht länger „Zahlmeister“ sein für das ärmere Restspanien. Aus demselben Grund betrieb auch in Italien die „Lega Nord“ lange Zeit die Abspaltung des reichen Nordens vom armen Süden des Landes.

Wieder anders liegen die Motive der Schotten und Nordiren, die aus dem Vereinigten Königreich austreten wollen. Sie wollen auch nach dem Brexit Mitglied der EU bleiben.

Was immer die Motive und spezifischen Umstände auch sein mögen: Mit Ausnahme der friedlich und im Einvernehmen erfolgten Aufteilung der Tschechoslowakei sowie der Auflösung der Sowjetunion in 15 Staaten

FORTSETZUNG AUF SEITE 8

Versteckter Protektionismus

Die US-Sanktionen treffen auch die europäische Wirtschaft. Was ist dagegen zu tun?

VON WLADISLAW BELOW

Seit dem Frühjahr 2014 ist der Ausbau der Zusammenarbeit zwischen Russland und Deutschland einem starken Sanktionsdruck der Europäischen Union und der USA ausgesetzt. Aus Sicht der westlichen Partner war die Entscheidung, Wirtschaftssanktionen einzusetzen, zum Zeitpunkt ihrer Verabschiedung das effizienteste Mittel, um auf die russische Führung Einfluss zu nehmen. Die vergangenen Jahre haben jedoch gezeigt, wie falsch dieser Ansatz war. Den größten Schaden haben kleine und mittlere Unternehmen erlitten.

Dennoch verlängert die EU, ungeachtet der wachsenden Proteste unter ihren Mitgliedern, mit beneidenswertem Starrsinn die Sanktionen. Ähnlich verhält sich auch die russische Seite bei ihren Gegenmaßnahmen, ohne besondere Eile die bestehenden Verbote, besonders im Agrarbereich, aufzuheben oder zu lockern.

Die Unternehmen haben sich im Großen und Ganzen mit den Beschränkungen arrangiert. Zu einer außenwirtschaftlichen Wende Russlands hin zu asiatisch-pazifischen Partnern ist es trotz aller Rhetorik nicht gekommen. Die gegenseitigen Direktinvestitionen deutscher und russischer Unternehmen haben sich in den vergangenen zweieinhalb Jahren sogar erhöht. Mit dem Anstieg der Erdölpreise und der Belebung der russischen Wirtschaft ist auch der Außenhandelsumsatz gewachsen; Vertrauen wird sukzessive wiederhergestellt.

In dieser Situation verabschiedeten die USA überraschend das Gesetz zur Implementierung und Ausweitung von Sanktionen, den *Countering America's Adversaries Through Sanctions Act*. Es sieht weitreichende Strafmaßnahmen nicht nur für amerikanische, sondern auch europäische Firmen und Einrichtungen vor, die in bestimmten Sektoren mit russischen juristischen oder Privatpersonen kooperieren. Begründet wurde dies mit der „Verletzung der territorialen Integrität der Ukraine, den dreisten Cyberattacken, der Einmischung in die Präsidentschaftswahlen in den USA sowie mit der fortgesetzten Aggression in Syrien“. Russland fand sich in einer Liste mit Nordkorea, dem Iran und internationalen Terroristen wieder und wird als „Feind“ der Vereinigten Staaten bezeichnet.

Strafmaßnahmen haben zuvörderst jene Unternehmen zu erwarten, die an der Wartung, Modernisierung oder Instandsetzung russischer Pipelines beteiligt sind, über die Erdöl und Erdgas exportiert wird; das gilt auch für Pipelines, über die europäische Länder versorgt werden. Investitionen in derartige Projekte dürfen eine Million Dollar einmalig und fünf Millionen Dollar insgesamt pro Jahr nicht überschreiten.

Nach Expertenschätzungen hat Russland 90 Pipelines, über die Kohlenwasserstoffe (fossile Rohstoffe) in 13 Länder der Welt exportiert werden, von denen fünf Mitglieder der EU sind. Davon sind an drei Erdöl- und an drei Erdgaspipelines westeuropäische bzw. amerikanische Firmen beteiligt.

Das Gesetz beschränkt auch den Transfer amerikanischer Technologien nach Russland, die zur Erkundung und Förderung von Erdöl in großen Tiefen dienen, im arktischen Schelf und in den Schieferlagerstätten. Betroffen sind Unternehmen mit einer staatlichen Beteiligung von mindestens 33 Prozent.

Zudem können auch Unternehmen der Eisenbahnbranche, des Verkehrs- und Transportwesens und der Metallurgie in die Sanktionsliste aufgenommen werden. Verschärft wurde auch das Regime für Finanzgeschäfte.

Das einzige im Gesetz konkret genannte Projekt ist „Nord Stream 2“, das angeblich die Energiesicherheit der EU, die Entwicklung des Gasmarkts in Zentral- und Osteuropa sowie die Reformen auf dem Energiesektor in der Ukraine nachteilig beeinflusst. Die Beschränkungen könnten für die EU bedeutende Projekte betreffen, etwa das „baltische verflüssigte Erdgas“.

FORTSETZUNG AUF SEITE 3

IMAGO/MICHAEL EICHHAMMER

Der Veranstaltungsort des 16. „Petersburger Dialogs“: Das Rote Rathaus in Berlin.

Willkommen in Berlin

Добро пожаловать в Берлин

Der „Petersburger Dialog“ findet dieses Jahr das erste Mal in Berlin statt. Ich freue mich, in unserem Rathaus nicht weit vom Alexanderplatz Gastgeber dieser vom ehemaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin ins Leben gerufenen Veranstaltung zu sein.

Nicht nur unser 1805 nach Zar Alexander I. benannte Alexanderplatz, der „Alex“, steht für die traditionell gute Beziehung

MAGO/JENS JESKE

Michael Müller

der deutschen und damals preußischen Hauptstadt mit Russland. Der prominente Osteuropahistoriker Karl Schlögel hat dies im Buch „Das russische Berlin“ sehr gut festgehalten.

Russland und Bürger Russlands waren und sind in unserer Metropole seit langer Zeit präsent. Sichtbar ist das zum Beispiel im Deutsch-Russischen Museum in Karlshorst oder Unter den Linden, wo die Botschaft der Russischen Föderation ihren Sitz mitten im Herzen der Stadt hat. Wir freuen uns über Gäste aus Russland. Einige sind als Touristen hier, viele leben in Berlin. Das ist in der Geschichte immer wieder so gewesen. Nicht zufällig ist die Bezeichnung „Charlottengrad“ ein geflügeltes Wort, und dies seit den 1920er-Jahren, als die Oktoberrevolution Emigranten auch an die Spree geführt hat. Auch um Berlin herum gibt es diese Zeichen deutsch-russischer Beziehungen über die Jahrhunderte hinweg. Ich denke da zum Beispiel an die russische Kolonie Alexandrowka. Sie liegt im Norden von Potsdam.

Aber die dunkle Seite der Geschichte hat ihre Spuren im deutsch-russischen Verhältnis hinterlassen. Die Verunglimpfung der Russen und der deutsche Angriffs- und Vernichtungskrieg gegen Russland haben am Ende nicht nur zum Untergang des Dritten Reichs geführt, sondern auch zur jahrzehntelangen deutschen Teilung, die ganz besonders in Berlin durch Blockade und Mauerbau sichtbar und spürbar war. Bundeskanzler Willy Brandt ist es dann gewesen, der mit der Entspannungspolitik den Grundstein zur Überwindung der Teilung der Stadt, unseres Landes und des Kontinents gelegt hat.

Die Formel hieß „Wandel durch Annäherung“. Die Voraussetzungen für den Erfolg dieser Strategie waren, sich in den anderen hineinzudenken und miteinander zu reden. Die Voraussetzung für das Ende von Mauer und Teilung war das Gespräch, das man über alles Trennende hinweg gesucht hat. Gespräch und Kontakt von Mensch zu Mensch lassen Vertrauen entstehen und wachsen. Das wussten alle deutschen Bundeskanzler und auch alle sowjetischen, später russischen Staatsführer. Aus diesem Geist heraus ist der „Petersburger Dialog“ geboren.

Die gegenwärtigen Beziehungen zwischen unseren Ländern, das darf ich als Regierender Bürgermeister von Berlin, dessen Zuständigkeit nicht in der Außenpolitik liegt, dennoch sagen, bedürfen der Pflege gegenseitigen Vertrauens in besonderem Maße.

Bei meinem jüngsten Besuch in Berlins Partnerstadt Moskau im März dieses Jahres habe ich genau das betont und mit meinem Amtskollegen Sergej Sobjanin zusammen den Dialog wieder aufgenommen. Wir wollen Kooperationen in Wissenschaft, Wirtschaft und auch die Kontakte in Zivilgesellschaft und Politik wieder verstärken und ausbauen.

Der „Petersburger Dialog“ ist ein idealer Ort für diejenigen, die mit ihren Mitteln, also im Gespräch, mit Ideen und Fantasie, mit Hoffnung und Zuversicht, mit dem Versuch, den anderen zu verstehen, sich in seine Position hineinzudenken zum Wachsen von Vertrauen und besserer Verständigung beitragen wollen. Ich freue mich, wenn dies auf der diesjährigen Jahrestagung im Vordergrund steht und dieser Dialog beide Seiten voran bringt.

Zar Peter der Große hat „Piter“, wie Petersburg genannt wird, als Tor Russlands zum Westen und zu Europa gegründet. Das ist der tiefere Sinn der Namens „Petersburger Dialog“. Das vereinte Berlin betrachtet sich als „Drehscheibe“ zwischen Ost und West. Berlin ist deshalb prädestiniert als Platz der Begegnung und des Austauschs zwischen Ost und West.

Ich wünsche dem ersten „Petersburger Dialog“ in unserer Stadt viel Erfolg und ich hoffe, dass dieser nicht der letzte in Berlin bleibt.

MICHAEL MÜLLER
Regierender Bürgermeister von Berlin

Mehr Dynamik

Deutsche und Russen müssen konsequent und engagiert miteinander reden, auch über das, was sie verbindet

VON RONALD POFALLA

Zum ersten Mal in seiner sechzehnjährigen Geschichte wird der „Petersburger Dialog“ in Berlin zu Gast sein. Wie keine andere Stadt ist Berlin Schauplatz der gemeinsamen Geschichte von Ost und West – mit der Mauer als Symbol der Spaltung und Konfrontation. Der Mauerfall am 9. November 1989 hat aller Welt vor Augen geführt, was friedlichen Menschen möglich ist: In Berlin sind Grenzen überwunden und scheinbar unversöhnliche Gegensätze vereint worden. Mit ihrer Geschichte ermutigt und inspiriert die ehemals geteilte Stadt jeden, der sich um Verständigung bemüht, der Konfrontationen aufbrechen und Gräben zuschütten will.

Den deutschen und russischen Teilnehmern des „Petersburger Dialogs“ ist zu wünschen, dass sie sich die Inspiration des Tagungsorts zunutze machen können. Denn die politischen Beziehungen zwischen beiden Ländern sind weit von Normalität entfernt. Die deutsch-russischen und die europäisch-russischen Beziehungen sind durch den Ukraine-Konflikt und die völkerrechtswidrige Annexion der Krim schwer belastet.

Die entschiedene Reaktion auf Russlands Vorgehen bleibt weiter richtig. Ein einfaches Zurück zum *business as usual* kann es nicht geben.

Ausschlaggebend für eine Wende in den gegenseitigen Beziehungen ist die Sicherheitslage in der Ost-Ukraine. Das endgültige Schweigen der Waffen muss das Ziel sein. Natürlich wissen wir, dass der Friedensprozess sehr komplex ist und dass beide Seite ihre Hausaufgaben machen müssen. Festgehalten werden muss, dass bislang weder Russland noch die Ukraine die Minsk-II-Vereinbarung vollständig erfüllt haben.

Gerade in politisch schwieriger Zeit muss mehr Kommunikation das Gebot der Stunde sein. Der Petersburger Dialog, ein seit Jahren etabliertes bilaterales Gesprächsformat, ist einer der wenigen verbliebenen Kommunikationskanäle zwischen Deutschland und Russland. Deshalb hat er eine herausgehobene Bedeutung. Ein solches zivilgesellschaftliches Forum kann politische Konflikte nicht lösen, aber es kann dabei helfen, zerstörtes Vertrauen wieder herzustellen und den Boden für eine beiderseitige Annäherung zu bereiten. Wir begrüßen es sehr, dass auch Frankreich mit dem von Präsident Emmanuel Macron initiierten Trianon-Dialog anstrebt, sich intensiver mit Russland auszutauschen und sich dabei am Modell des „Petersburger Dialogs“ orientiert.

Vor Deutschen und Russen liegt ein langer und schwieriger Weg. Um diesen miteinander zu gehen, müssen wir vor allem eines: konsequent und engagiert miteinander reden. In Berlin haben wir dafür einen idealen Rahmen. Mit dem Roten Rathaus wurde ein würdiger Ort für den Auftakt des „Petersburger Dialogs“ gewählt, bei dem in diesem Jahr rund 300 deutsche und russische Delegierte zusammenkommen.

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Michael Müller, und der russische Botschafter in Deutschland, S. E. Wladimir Grinin, werden Grußworte sprechen. Die Hauptreden halten Bischof i. R. Wolfgang Huber und Professor Michail Fedotow, Vorsitzender des Rates für die Entwicklung der Institute der Zivilgesellschaft und für Menschenrechte beim Präsidenten der Russischen Föderation. Auch die Teilnahme der Wirtschaftsminister beider Länder, Brigitte Zypries und Maxim Oreschkin, zeigt die Wertschätzung, die dem ersten „Petersburger Dialog“ in der deutschen Hauptstadt zuteil wird.

In Berlin werden wir gemeinsam mit unseren russischen Partnern und Freunden Kooperationsmöglichkeiten in allen Bereichen der Gesellschaft sondieren – in Wissenschaft und Bildung, in Kultur und Medien, in der Wirtschaft oder zwischen den Kirchen. Im laufenden deutsch-russischen Jahr der kommunalen und regionalen Partnerschaften 2017/2018 wird auch der Austausch in Städten und Gemeinden ein wichtiges Thema sein.

Unser Anliegen muss es sein, mehr Dynamik in den deutsch-russischen Dialog zu bringen. Das heißt, dass wir auch mehr über das reden müssen, was Deutsche und Russen verbindet, nicht nur über das, was sie trennt. Der Fokus sollte – gerade weil Deutschland eine besondere Verantwortung für das friedliche Zusammenleben in Europa hat – stets auch auf Anknüpfungspunkte für gemeinsames Handeln gerichtet sein.

Für die anstehende Tagung zahlt sich aus, dass wir auf deutscher Seite den Dialog in den vergangenen Jahren breiter aufgestellt haben. Neue Mitglieder sind hinzugekommen, neue Themenfelder wurden erschlossen. Dabei haben wir großen Wert darauf gelegt, viele Vertreter von Nichtregierungsorganisationen zu beteiligen.

Unsere Reformen haben auch auf die russische Seite ausgestrahlt. Die Leitung der

DEUTSCHE BAHN AG / MAX LAUTENSCHLÄGER

Ronald Pofalla

neu eingerichteten Arbeitsgruppe Ökologische Modernisierung zum Beispiel wurde dem russischen Greenpeace-Geschäftsführer Sergej Zypljonkow übertragen, der vor kurzem noch strafrechtlich verfolgt wurde. Zusätzliche Bewegung in den Dialog hat auch das Thema Fußball gebracht. Wir haben über unsere Erfahrungen mit der Weltmeisterschaft in Deutschland gesprochen und über die Chancen für Russland, sich bei der WM 2018 im eigenen Land als weltoffener Gastgeber zu präsentieren.

Ich denke, wir alle, Deutsche und Russen, die wir in Berlin zusammenkommen, hegen die Hoffnung, dass wir gemeinsam vertrauensbildende Schritte tun können und dass wir ein gutes Stück auf unserem schwierigen Weg einer Wiederannäherung vorankommen. Das Potenzial für die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Russland ist gigantisch – das beschränkt sich nicht allein auf die Wirtschaft. Je eher wir zu einem geordneten Verhältnis zurückkehren können, umso besser für unsere Länder und für eine sichere und gedeihliche Zukunft der Völker auf dem europäischen Kontinent. Der „Petersburger Dialog“ wird in Berlin mit großem Engagement dafür arbeiten.

Ronald Pofalla ist Vorsitzender des deutschen Vorstands des „Petersburger Dialogs“.

Petersburger DIALOG Петербургский ДИАЛОГ

16. Petersburger Dialog **23. – 24. November in Berlin**

„Gesellschaftliche Teilhabe als Chance zur deutsch-russischen Verständigung“

„Wir müssen Russland einbinden“

ANDREAS SCHOELZEL (4)

Wolfgang Huber, von 2003 bis 2009 Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland, sprach mit Peter Koepf über Wege aus dem deutsch-russischen Schlamassel

PETERSBURGER DIALOG: Sie waren kürzlich in Russland, hielten Vorträge in Moskau, St. Petersburg und Nowosibirsk über 500 Jahre Reformation. Welchen Eindruck gewannen Sie vom Land, von den Menschen, von der aktuellen Situation?

Wolfgang Huber: Nach nur einer Woche in Russland kann ein Urteil nicht über das hinausgehen, wozu ein aufmerksamer Zeitungsleser fähig ist. Aber manche Erfahrungen und Begegnungen haben mich wirklich überrascht: In Nowosibirsk habe ich vor Studenten über Menschenrechte gesprochen. Ich habe auf Deutsch vorgetragen, ohne Übersetzung. Anschließend diskutierten wir ebenfalls in Deutsch. Mir ging die Frage durch den Kopf, ob in Berlin eine Hochschule einen Vortrag in Russisch organisieren würde und so viele Studenten zusammenkämen, die dem ohne Übersetzung folgen könnten. Es hat mich sehr beeindruckt und gefreut, dass es in Nowosibirsk ein so erkennbares Interesse an der deutschen Sprache gibt – und keine Abwehr des Themas „Menschenrechte“.
In Moskau fand ich ein Gespräch mit einem Wissenschaftler bemerkenswert, der eine Forschungsstelle für Fragen der Zivilgesellschaft leitet. Er untersucht empirisch, wie aktiv die Zivilgesellschaft in Russland ist. Er kommt zu dem Ergebnis: Deren Aktivität sei nicht geringer als in Deutschland. Das sollte man vielleicht nicht auf die Goldwaage legen, aber es ist wichtig zu wissen, dass es ein Bewusstsein für die Rolle der Zivilgesellschaft gibt, dass es auch ein Bewusstsein für die notwendige Eigenständigkeit der Zivilgesellschaft gibt, auch wenn diese Eigenständigkeit in Russland ganz bestimmt schwerer zu gewährleisten und herzustellen ist, als das bei uns der Fall ist.

In Russland müssen sich NGOs und Menschenrechtsgruppen, die Geld aus dem Ausland erhalten, als „ausländische Agenten“ registrieren lassen und in ihren Schriften auch so bezeichnen. Herausragende Akteure werden kriminalisiert. Wie beurteilen Sie das?

Ich beurteile das sehr kritisch. Auch für Russland. Denn wenn die NGOs merken, dass ihre unabhängige Stimme nicht anerkannt und respektiert wird, dass ihre Kooperation mit Personen und Institutionen in anderen Ländern abgelehnt wird, dann werden sie gegenüber der gegenwärtigen politischen Ausrichtung Russlands immer kritischer. Die negative Bewertung der Zusammenarbeit mit Externen ist Gift für jedes Land. Sie schwächt im Ergebnis die innere Legitimität des jeweiligen Regimes. Ein Land, das ein Interesse daran hat, die Kräfte der Zivilgesellschaft in den politisch-gesellschaftlichen Dialog zu integrieren, geht anders vor.

Wie begegnen Sie persönlich der politischen Herausforderung durch Moskau?

Wir müssen Differenzen klar benennen und aussprechen, weil sie mit substanziellen Fragen des Völkerrechts, der internationalen Beziehungen und des Selbstbestimmungsrechts der Völker zu tun haben. Und wir müssen Möglichkeiten suchen, den deutsch-russischen Dialog fortzuführen – nicht nur aus historischen Gründen, sondern auch im Blick auf die Zukunft eines friedlichen Zusammenlebens in Europa; wir müssen Russland, das in Europa wie in Asien gleichermaßen verankert ist, einbinden.

Leisetreten ist also kein Mittel Ihrer Wahl?

In der deutschen Debatte sagen die einen: Die Annexion der Krim war ein Völkerrechtsbruch und was jetzt in der Ostukraine geschieht, ist hochgefährlich. Die anderen sagen: Die deutsch-russische Freundschaft ist ein hohes Gut, das wir erhalten müssen. Die einen riskieren die Wahrnehmung der Unentbehrlichkeit eines weitergehenden Dialogs und die anderen riskieren die nüchterne Klarheit in der Einschätzung dessen, was auf dem Spiel steht.
Ich bin davon überzeugt: Man muss das eine mit dem anderen verbinden. Ich selbst habe über Menschenrechte öffentlich geredet. Ich habe auch die Themen Ukraine und Krim angesprochen. Das halte ich für eine Pflicht und es ist in meinen Augen eigentlich selbstverständlich, auch wenn es nicht einfach ist.

Das Forum „Petersburger Dialog“ gilt als ein Raum, in dem freier miteinander geredet werden kann, offener, direkter. Auf der diesjährigen Jahrestagung lautet das Leitmotto: „Gesellschaftliche Teilhabe als Chance zur deutsch-russischen Verständigung“. Sie werden Ihre Keynote daran ausrichten. Was also bedeutet es für Sie konkret?

Die Grundlagen gesellschaftlicher Teilhabe sind für mich Freiheit und Gleichheit jeder einzelnen Person. Teilhabe ist nicht nur ein gesellschaftliches Organisationsprinzip, das dann auch den politischen Dialog erleichtert, sondern gehört unlöslich zur menschenrechtlichen Grundsituation der einzelnen Person. Daran hängt für mich die Frage, ob wir im deutsch-russischen Dialog den Bereich sich überschneidender, konvergierender, sich überlappender Überzeugungen stärken können. Er hat für mein Verständnis ganz stark damit zu tun, dass wir nicht erst seit Glasnost und Perestroika, sondern seit der Schlussakte von Helsinki 1975 und dann bestärkt durch die Charta von Paris vom November 1990 und andere Dokumente eine gemeinsame Wertebasis behaupten. Das müssen wir weiter entwickeln und einlösen. Dazu möchte ich auch mit meiner Keynote einen Beitrag leisten.

Unter manchen Politikern, mehr noch in der Wirtschaft, bemerke ich hin und wieder die Tendenz, Krim, Ostukraine, Menschenrechtsverletzungen und die Verhaftungen von Regimegegnern auszuklammern. Nach dem Motto: Lasst uns darüber reden, wo wir weiterkommen können. Ist das ein verständlicher, zielführender Ansatz?

Ich fände es besser, solche Themen nicht auszuklammern, sondern sie im Gespräch so zu behandeln, dass auf beiden Seiten die Bereitschaft und Fähigkeit zur Selbstkritik gestärkt wird. Wir sollten nicht in einen Dialog mit der Haltung eintreten, wir wüssten besser, was den Russen guttut, und unsere eigenen Probleme auf sich beruhen lassen. Das führt nur dazu, dass auch die Russen ihre eigenen Probleme auf sich beruhen lassen und uns erklären wollen, was sie an Entwicklungen in Deutschland beunruhigt. Stattdessen sollten wir auch offen über eigene Probleme zivilgesellschaftlicher Art reden und den Partner dadurch ermutigen, es uns gleichzutun. Als hätten wir auf deutscher Seite nicht genug Fragen! Die Polarisierungsprozesse in westeuropäischen Gesellschaften! Der Populismus und die mit ihm verbundene Abgrenzung von Fremden! Eine gesellschaftliche Atmosphäre, in der Menschen für Populisten stimmen, nur um einem diffusen Protest Ausdruck zu geben! Solche Probleme müssen wir zum Thema machen. Das könnte vielleicht auch das Gefühl verstärken, dass wir mit unseren Fragen bezüglich Krim und Ostukraine nicht als Besserwisser auftreten wollen, sondern gerade durch eine Bereitschaft zur Selbstkritik dazu beitragen wollen, dass Russland aus der gegenwärtigen schwierigen Situation herausfindet.

Ich höre russische Stimmen, die sagen: Die EU unterstützt das Selbstbestimmungsrecht der Katalanen nicht; im Kosovo hat Europa gegenteilig optiert. In der Ostukraine und auf der Krim soll das Selbstbestimmungsrecht der Völker wieder nicht gelten. Das sei Willkür. Wie antworten Sie einem Russen?

Im zerfallenen Jugoslawien musste nach einer Serie von Bürgerkriegen reagiert werden. Das war nicht vergleichbar mit der Krim und auch nicht mit der Lage in der Ostukraine. Dass mit militärischer Gewalt ein Wechsel der politischen Zuordnung einer Region erzwungen wird, das geht nicht. Unsere Frage muss lauten: Wie kann die Ostukraine befriedet werden und wie kann erreicht werden, dass Russland aufhört, diese Region so zu infiltrieren, dass die gewaltsamen Konflikte nicht aufhören.

Die Politik hat reagiert, Europa hat Sanktionen verhängt – gegen Personen und Unternehmen, und der Handel mit bestimmten Produkten ist eingeschränkt. Langsam beginnt trotzdem eine Debatte darüber, ob das nicht eine Sackgasse ist. Sehen Sie eine Alternative?

Standhaftigkeit und Dialog sind zusammen die Mittel der Wahl. Ich bin kein Anhänger davon zu sagen: Jetzt hören wir mit den Sanktionen auf, dann entsteht vielleicht Gesprächsbereitschaft. Sondern ich bin der Überzeugung, dass die Gesprächsbereitschaft da sein muss, aber auf der Grundlage einer Haltung, die sagt: Es ist klar, dass Völkerrechtsverstöße nicht folgenlos bleiben können. Als Staaten, deren Grundprinzip heißt, die Gewalt dem Recht unterzuordnen, müssen wir dieses Prinzip auch im Verhältnis zu Russland einklagen und einfordern.

Wie sähe denn für Sie eine vernünftige Entwicklung mit Sicht auf fünf oder zehn Jahre aus? Wie können wir zu einer Form von Einvernehmen zurückfinden?

Auf der einen Seite müssen wir die Frage stellen: Gibt es eine Zukunft für die Krim, in der der politische Status der Krim vereinbar ist mit dem Selbstbestimmungsrecht ihrer Bewohnerinnen und Bewohner? Realpolitische Abschätzungen sind nicht meine Aufgabe, aber ich habe Verständnis für diejenigen, die sagen: Das wird nicht einfach eine Rückkehr zum Status quo ante sein, sondern da muss man sich in geduldigen Verhandlungen etwas Neues einfallen lassen, was auch dazu beiträgt, dass alle Beteiligten ihr Gesicht wahren können. Ein erfahrener Seelsorger weiß, dass das eine Bedingung dafür ist, dass Menschen sich auf einen neuen Weg einlassen können. Mit Blick auf die Ostukraine müsste Russland klar sagen: Wir halten die Verbindung zur Ostukraine, aber wir infiltrieren sie nicht militärisch.

Wenn man davon ausgeht: Wie könnte, wie sollte in zehn Jahren das deutsch-russische Verhältnis aussehen?

„Wie könnte“ ist immer eine Frage, die von Prognosen bestimmt ist: Welche Entwicklung ist zu erwarten, wie wahrscheinlich ist es, dass man bestimmte Ziele erreicht? „Wie sollte“ ist eine normative Frage: An welchen Maßstäben misst man eigentlich die Entwicklung? Ich gehe von dieser zweiten Frage aus. Haben wir eigentlich klare Ziele im Blick auf die Entwicklung des Verhältnisses zwischen Europa – wir können Deutschland hier nicht isoliert betrachten – und Russland?
Deutschland hat allerdings eine lange Tradition besonderer, auch kultureller Beziehungen, und diese Tradition können wir einbringen in eine Stabilisierung des Verhältnisses zwischen Europa und Russland im Geist eines verlässlichen Friedens, der auch die unmittelbaren Anrainer von Russland so einbezieht, dass die baltischen Staaten beispielsweise nicht in Furcht und Zittern leben müssen. Verlässlicher Frieden nützt allen Beteiligten – auch wirtschaftlich – am meisten. Bei allem Respekt für die kulturelle Eigenständigkeit Russlands sollte sich der Überschneidungsbereich verbreitern, in dem wir gemeinsame Auffassungen von dem haben, was die Legitimationsbasis jeder politischen Herrschaft ist. Das ist die Richtung, die man anstreben sollte.

¶D

Wolfgang Huber im Gespräch mit Peter Koepf

IMPRESSUM

Verleger
Detlef W. Prinz

Herausgeber
Johann Michael Möller
Witali Nikititsch Ignatenko

Chefredaktion
Peter Koepf
Victor Loshak

Chef vom Dienst
Lutz Lichtenberger

Gestaltung
Paul Maria Kern (Art Director)
Johanna Trapp (Layout)

Druck
Axel Springer SE
Druckhaus Spandau GmbH & Co. KG
Brunsbütteler Damm 156 – 172
13581 Berlin

Verlag
Times Media GmbH
Tempelhofer Ufer 23 - 24
10963 Berlin

Petersburger Dialog ist eine geschützte Marke der Times Media GmbH.

www.times-media.de

FORTSETZUNG VON SEITE 1 „VERSTECKTER PROTEKTIONISMUS“

Ungeachtet der transatlantischen Partnerschaft haben die USA sich nicht mit den europäischen Verbündeten abgestimmt; ihre Position fand bei der Diskussion des Gesetzentwurfs keine Beachtung. Erstmals betreffen die Sanktionen die „heilige Kuh“ der russisch-europäischen Beziehungen, die Förderung und Lieferung von Gas. Die gesamte Pipeline-Infrastruktur der Russischen Föderation könnte in Mitleidenschaft gezogen werden, der russische Export von Kohlenwasserstoffen in einen Risikobereich geraten.

Der politische Hintergrund täuscht nicht über die offensichtlichen geoökonomischen Ziele der USA hinweg, und zwar die sukzessive Verdrängung russischer Unternehmen vom europäischen Markt und die Bemächtigung ihrer Segmente und Anteile. Dies beeinträchtigt nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit der EU, sondern deren Energiesicherheit.

Anders als die Sanktionen von 2014 führen die neuen US-Sanktionen zu Unberechenbarkeit bezüglich des Verhaltens der Wirtschaftssubjekte. Sanktionen werden nicht automatisch verhängt, sondern vom Präsidenten beschlossen. Das State Department entscheidet, ob ein Geschäft von Bedeutung ist. Das erhöht die Unsicherheit – es ist ungewiss, wie, wann und gegen wen diese oder jene Sanktionen verhängt werden können – und die Risiken, weshalb kleine und mittelständische Unternehmen Europas dem russischen Markt fernbleiben werden.

Leider ist die amerikanische Außenpolitik im Verlauf dieses Jahres zu einem Teil der Innenpolitik geworden. Der Kongress hat ein Gesetz verabschiedet, das taktisch gesehen gegen den amerikanischen Präsidenten und strategisch gesehen auf die Sicherstellung der geopolitischen Interessen der Erdöl- und Erdgasunternehmen der USA in Europa gerichtet ist. Den amerikanischen Politikern müsste klar sein, dass dieses Gesetz keinerlei Einfluss auf das Verhalten der russischen Staatsführung haben wird.

Zufall oder nicht, parallel zu den Sanktionen der USA hat die Europäische Kommission unter dem Druck einer Reihe von EU-Mitgliedsstaaten (deren Argumente den amerikanischen gleichen) entschieden, die Umsetzung des internationalen Projekts „Nord Stream 2“ unter ihre Kontrolle zu nehmen. De facto geht es um dessen Einstellung. Experten gehen mehrheitlich davon aus, dass es dennoch realisiert wird; aber die Kosten könnten steigen, Termine verschoben werden. Ein wesentlicher Faktor bleibt die Unterstützung des Projekts seitens Deutschlands und Österreichs.

Mithin wird es für die russisch-deutschen Beziehungen 2018 neue unerfreuliche Bedingungen geben. Zu den seit 2014 geltenden Sanktionen der Europäischen Union kommt Ende Januar das harte Sanktionsregime der USA mit schwer vorhersagbaren Folgen für die führenden Wirtschaftsbranchen Russlands und dessen Wirtschaftskooperation mit den europäischen Ländern hinzu. Eine sukzessive Lockerung oder gar Aufhebung der EU-Sanktionen wird mittelfristig die Lage nicht ändern können. Der Schaden kann nur zum Teil über die Zusammenarbeit mit China kompensiert werden, besondere Wirkungen sind jedoch kaum zu erwarten.

Wie auch in früheren Jahren muss Russland auf die eigenen Kräfte setzen, und zwar auf die Fortführung der komplizierten Prozesse des Bürokratieabbaus in der Wirtschaft, die Bekämpfung der Korruption, die Stärkung der Rechtssicherheit der Wirtschaftsakteure, die kluge staatliche Unterstützung kleiner und mittlerer Betriebe (ohne die keine neue Qualität der volkswirtschaftlichen Entwicklung erreicht werden kann) und die Entwicklung des Wettbewerbs zwischen den Regionen der Russischen Föderation.

Zum jetzigen Zeitpunkt gibt es noch keine klaren und plausiblen Rezepte, dem verdeckten Protektionismus der USA entgegenzuwirken. Die Bedeutung von bi- und multilateralen Diskussionsforen wächst. So finden Ende November der „Petersburger Dialog“ und das „Deutsch-Russische Rohstoff-Forum“ statt. Aktiv mitwirken werden dabei unabhängige Institutionen zur Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, wie der Ostausschuss der Deutschen Wirtschaft, die Deutsch-Russische Außenhandelskammer, die Association of European Businesses sowie der Russische Industriellen- und Unternehmerverband.

Die Fachwelt ist durchaus in der Lage, eine Reihe konstruktiver Vorschläge zu unterbreiten, die das Interesse der exekutiven Strukturen in der Europäischen Union und Russland wecken und sie zu gemeinsamen Schritten gegen die amerikanischen Sanktionsangriffe bewegen.

Wladislaw Below ist Stellvertretender Direktor des Europa-Instituts der Russischen Akademie der Wissenschaften.

¶D

Er liegt da und lacht über uns

Zu jedem Jahrestag der Revolution diskutiert Russland, ob es nicht an der Zeit wäre, Lenin zu bestatten. Zum 100. Jubiläum fiel dieser Streit besonders hitzig aus und endete wie immer ergebnislos

VON VIKTOR LOSHAK

DPA/TASS

Der Streit war dieses Mal so heftig, dass er alle Grenzen sprengte. Es begann mit eigentlich harmlosen Studien von Soziologen, wonach die meisten Jugendlichen dafür plädieren, Lenin endlich zu Grabe zu tragen. Unerwartet scharf reagierte der tschetschenische Präsident, Ramsan Kadyrow. „Es reicht, Lenins Leiche zu begaffen“, schrieb er auf Instagram. „Es ist an der Zeit, ihn zu bestatten.“ Der Vorsitzende der Kommunistischen Partei, Gennadi Sjuganow, der das Mausoleum schon lange verteidigt, reagierte sehr empfindlich. Den Vorschlag Kadyrows nannte er „Geschwätz“ und den „Versuch, die Generationen gegeneinander aufzubringen“. Der giftete zurück, Sjuganow höre nicht, was die „jungen Generationen bewegt“, und mutmaßte, dass dies „Altersschwachsinn“ sei. Möglicherweise wollte er damit andeuten, dass auch Lenin dazumal laut ärztlichem Befund „an einer Hirngewebserweichung“ gestorben sei.

Dem Kreml gelang es nicht, die Streithähne rechtzeitig zu trennen und in die Ecken des politischen Rings zu verweisen. Als der Pressesprecher des Präsidenten erklärte, die Schließung des Mausoleums stehe nicht auf der Tagesordnung der Staatsführung, war die Eskalation des Streits nicht mehr aufzuhalten. Wie zu allem, was öffentliche Aufmerksamkeit erregt, schaltete sich das Glamour-Girl Xenia Sobtschak ein: „Ramsan Kadyrow schlägt vor, ebenso wie ich es auch getan habe, Lenin zu bestatten…“ Auch die Duma-Abgeordnete Natalia Poklonskaja, ehemalige Staatsanwältin der Krim, sprang Kadyrow zu Hilfe.

Im Herbst 1923, noch zu Lebzeiten Lenins, hatte Stalin in einer Politbürositzung vorgeschlagen, den Körper des Führers des Weltproletariats nach dem Tod einzubalsamieren. Dem schloss sich die Führung des bolschewistischen Russlands an. Schwer zu sagen, ob Stalin der Sinn danach stand, dem Volk einen neuen Zaren, sich selbst, und einen neuen Gott in Gestalt von Lenin zu geben. Oder hatte er die gleichen Gedanken wie sein Mitstreiter Sinowjew, der in der Januarausgabe der *Prawda* bekannt hatte, dass es unerträglich wäre, den Körper Lenins in der Erde zu vergraben? Nun haben wir das Paradoxon, dass auf dem Roten Platz, der ja zum Teil ein Friedhof ist, an Feiertagen glückliche Menschenmengen demonstrieren und im Winter über eine Eislaufbahn rutschen.

Aber schon damals hatten sich nicht alle Mitstreiter der bolschewistischen Führung Stalins Wunsch angeschlossen. „Es gibt die Reliquien von Sergej Radoneschski und Seraphim von Sarow, nunmehr will man sie gegen die Reliquien Wladimir Lenins austauschen“, schrieb Trotzki in sein Tagebuch nach der Politbürositzung, auf der Stalins Idee zur Einbalsamierung diskutiert worden war. In jenen Tagen beteuerte Nicolai Bucharin in einem Brief: „Wir versuchen, für das Fußvolk … die Gebeine Lenins mit einer kommunistischen Soße zugänglich zu machen.“

Während das letzte Geleit für Lenin vorbereitet wurde – er sollte am 23. Januar 1924 mit der Dampflok U127, auf der er acht Monate vor seinem Tod zum Oberlokomotivführer ehrenhalber ernannt worden war, von Gorki Leninskije nach Moskau gebracht werden –, überlegte die Staatsführung weiter, was mit den Gebeinen des Gestorbenen geschehen solle. Zum einen entwickle sich die Wissenschaft rasend schnell und dann könne vielleicht zu gegebener Zeit der Einbalsamierte wiederbelebt werden. Zum anderen versichere man sich gegen falsche Lenins, wenn der Leichnam zur Schau gestellt werde. Denn im Land kursierten Gerüchte, wonach Wladimir Lenin versuche, aus dem Kreml zu flüchten, um Buße zu tun für alles, was er angerichtet hat.

Lenins Frau, Nadeshda Krupskaja, war ganz entschieden gegen die Einbalsamierung. Gerüchten zufolge soll Stalin ihre vehemente Forderung mit den Worten abgetan haben: „Beruhigen Sie sich, oder wir suchen eine andere Witwe.“

Und so hat Lenin im mit Granit, Marmor und Rosenquarz verkleideten Mausoleum jahrzehntelang überdauert, was als Glücksfall für das Stalinsche Projekt gelten muss. Aber in der Phase der Perestrojka war es der Regisseur Mark Sacharow, der erstmals in der beliebten Fernsehsendung „Sichtweise“ dazu aufrief, Lenin endlich beizusetzen – auf dem Wolkowo-Friedhof im damaligen Leningrad neben seiner Mutter. Die Idee wurde heiß diskutiert. Ich erinnere mich, wie die Zeitung, bei der ich arbeitete, Fotos des Friedhofs und der Gräber der Uljanows druckte und die exakte Grabstelle für Lenin präsentierte.

Sehr vehement äußerte sich Anatoli Sobtschak zur Bestattung des Führers der Bolschewiki auf der letzten Tagung des Kongresses der Volksdeputierten der UdSSR nach dem Sieg über die Putschisten im Jahr 1991. Er war der Ansicht, dass die Bestattung zusammen mit der Selbstauflösung des Kongresses einen Schlussstrich unter die bolschewistische Etappe der Geschichte Russlands ziehen würde. Sobtschak schlug vor, das Mausoleum selbst nicht abzureißen, sondern es als Denkmal für die Verbrechen des kommunistischen Regimes stehen zu lassen. Seiner Meinung nach sollte das Mausoleum ein Museum des bolschewistischen Terrors werden. Der bekannte Demokrat hatte sogar schon einen Vorschlag zur Gestaltung: Ebene 1: Leninscher Terror und Kriegskommunismus; Ebene 2: Stalinscher Terror, Kollektivierung und Repressionen der Nachkriegszeit; Ebene 3: Die Gulags der Zeit nach Stalin; Ebene 4: Politische Repressionen der letzten Periode der Bolschewiki.

Gorbatschow hat allerdings auf die Äußerungen Sobtschaks gar nicht reagiert und den Vorschlag nicht zur Abstimmung gestellt. Einige Minuten nach Sobtschaks Beitrag erklärte der Präsident der UdSSR den Kongress für beendet.

Sobtschak selbst kam noch mehrfach auf seine Idee zurück. Er erzählte sogar, dass ihm in Frankreich in der Nacht vor seiner schweren Herzoperation die Einzelheiten der Beisetzung Lenins im Traum erschienen seien. Darin habe der Präsident diesen Tag zum Feiertag erklärt und ihn „Tag der Beisetzung Lenins“ genannt.

Wer die letzten 25 Jahre der russischen Geschichte betrachtet, muss zugeben, dass eben dieser Moment – das Ende der UdSSR, der Beginn einer neuen Zeit, die Begeisterung über den Sieg über die Putschisten von 1991 – der einzig mögliche Zeitpunkt gewesen wäre, das Mausoleum ohne größere politische Komplikationen und Massenproteste zu schließen. Aber die Beschreibung der Ereignisse durch die Beratergruppe des ersten russischen Präsidenten und Autoren der gemeinsamen Chronik „Die Jelzin-Epoche“ legen nahe, dass zu diesem Zeitpunkt des Wechsels der Macht und der Gesellschaftsformation das Verbot der KPdSU und die Kontrolle seines Gebäudekomplexes auf dem Staraja Ploschtschad mit seiner Nachrichtenzentrale und Kommandostelle der Streitkräfte Vorrang hatten.

DPA/MATTHIAS SCHRADER

Einbalsamierte Geschichte: Lenin-Mausoleum in Moskau

Es gibt allerdings auch eine andere Vermutung. Boris Jelzins Zeit im kommunistischen Jugendverband Komsomol, sein aufrichtiger Glaube und der Drang in die Partei sowie die glänzende Karriere in der KPdSU haben seinen Antikommunismus gezügelt. Möglicherweise schien ihm das Mausoleum ein harmloses Symbol zu sein, das man für eine bestimmte Zeit belassen könnte. Selbst sein Mitstreiter, der Architekt der Perestrojka, Akademiemitglied Aleksandr Jakowlew wird später sagen: „Leider konnte der russische Präsident das Verbot des Bolschewismus sowohl politisch als auch ideologisch nicht bis zum Ende durchsetzen.“

Um der Gerechtigkeit Genüge zu tun, sei daran erinnert, dass Jelzin 1997 sich in einer Auseinandersetzung mit den Kommunisten immerhin dafür ausgesprochen hat, Lenin zu bestatten. Er fand allerdings keine Unterstützung bei der kommunistischen Mehrheit in der Duma. Damit nicht genug, die Kommunisten gaben eine Sondererklärung zum Mausoleum ab. Woraufhin der Pressesprecher des Präsidenten, Sergei Jastrschembski, erwiderte, dass „die Idee einer Volksbefragung dahingehend geprüft wird“. Es blieb bei der Idee.

Der Autor des Buchs „Endspiel. Die Metamorphosen des Wladimir Putin“ über die neuere russische Geschichte, der Journalist Michail Sygar, behauptet, dass im Jahr 1999 im Kreml ein detaillierter Plan für die Beisetzung Lenins erarbeitet wurde. Die Gebeine sollten unter strenger Geheimhaltung nachts aus dem Mausoleum nach Sankt Petersburg gebracht werden. Das Land würde am nächsten Morgen aus dem Schlaf erwachen und Lenin sich bereits nicht mehr auf dem Roten Platz befinden, genauso wie eines nachts vor 38 Jahren Stalin aus dem Mausoleum verschwunden ist. Allerdings wurde Letzterer gleich an Ort und Stelle neben dem Mausoleum an der Kreml-Mauer beigesetzt.

Im Anschluss an die Bestattung war geplant, das Mausoleum abzureißen und an seiner Stelle ein Denkmal für die Opfer des Totalitarismus zu errichten. Aber das erste Problem wäre gewesen: Wie sollte das Mausoleum und der Wolkowo-Friedhof für einige Monate gegen mögliche Proteste abgeriegelt werden? Die entscheidenden Hindernisse waren jedoch rechtlicher Natur. Zum einen war seine Nichte zweiten Grades ausdrücklich dagegen. Zum anderen war es dazumal nicht möglich, sich mit den örtlichen Behörden zu einigen, die eine gesonderte Entscheidung hätten treffen können. Moskaus Bürgermeister Juri Lushkow war zu jener Zeit bereits offener Widersacher Jelzins. Der dritte Grund, welcher der Umbettung entgegenstand, war der, dass es einfach kein Grab gab. Das Entscheidende war jedoch, dass 1999 eine politische Lage bestand, in der die Regierung Jelzin statt gegen Lenin gegen Jewgeni Primakow kämpfen musste.

Früher oder später wird Lenin bestimmt bestattet werden. Unter denjenigen, die diese Entscheidung unterstützen, finden sich sehr wichtige Leute, und zwar der Patriarch und seine Umgebung. Metropolit Hilarion formulierte es so: „Die mumifizierten Körper dieser Personen dürfen nicht zur Ansicht für alle ausgestellt werden. Derzeit ist schlichtweg niemand an einem Glaubenszwist interessiert, daran, den Finger in die alten Wunden des Landes zu legen.“

Möglich ist auch, dass der Streit aus wissenschaftlichen Gründen endet. Einmal befand sich die Mumie bereits in einem kritischen organischen Zustand. Damals sah man in der Bestattung einen realen Ausweg.

Die Auseinandersetzung um das Mausoleum kann nicht ewig dauern. In die Duma werden immer wieder Gesetzesinitiativen eingebracht, die mit Lenins Bestattung in Zusammenhang stehen. Zuletzt wurde ein solches Gesetz gemeinsam von Abgeordneten der Liberal-Demokratischen Partei Russlands und der Partei Einiges Russland unterbreitet. Präsident Putin dagegen erklärt: Lenin kann dann bestattet werden, wenn dies der Wunsch der Mehrheit der Bevölkerung ist.

Kadyrow beruft sich so gesehen auf die Meinung der Mehrheit – eigentlich, der Jugend. Ihr ist die Ideologie der Vergötterung dieses Symbols gänzlich unbegreiflich. Im Internet wird fortwährend darüber diskutiert. Die Diskussionen zeigen, dass die Jugend das Mausoleum ganz anders sieht: „Hingehen und sich an einer Leiche erfreuen? Das ist irgendwie absurd“, sagen sie. „Lenin im Mausoleum ist wahrscheinlich ein Gag für Ausländer“, schreiben sie. „Er liegt da und lacht über uns …“

Viktor Loshak ist Chefredakteur der russischen Ausgabe dieser Zeitung.

¶D

Kann es eine neue deutsche Ostpolitik geben?

Krisen und Sanktionen, Vertrauensverlust und Konfrontation bestimmen das Verhältnis zwischen Russland und Deutschland. Sogar von einem neuen Kalten Krieg ist die Rede. Was tun?

VON KATJA GLOGER

PICTURE ALLIANCE / AKG-IMAGES

Neue Ostpolitik: Bundeskanzlers Willy Brandt zu Besuch beim Generalsekretär der KPdSU Leonid Breschnew in Oreanda auf der Krim im September 1971. Rechts: Brandts Staatssekretär Egon Bahr.

Er hatte sich viel vorgenommen für diese Amtszeit. Etwas Großes sollte es werden, Dauerndes. Ende 2013 zum zweiten Mal deutscher Außenminister geworden, wollte Frank-Walter Steinmeier das Verhältnis zu Russland auf eine neue, feste Grundlage stellen. Sein ehemaliger Chef, Gerhard Schröder, hatte es vorgemacht, aller Kritik an dessen „Gazpromisierung " zum Trotz: So wie er als Kanzler Russlandpolitik zur Chefsache erklärt hatte, pflegte er unbeirrt seine Freundschaft zu Wladimir Putin. Ganz anders als die Kollegen von der CDU/CSU, der FDP und den Grünen, die den russischen Präsidenten mit ihrer vom Bundestag Ende 2012 verabschiedeten kritischen Russland-Resolution brüskiert hatten. Für Frank-Walter Steinmeier sollte die Tradition der einst so erfolgreichen sozialdemokratischen Ostpolitik den Umgang mit Russland bestimmen: eine Politik des Verständnisses und des Ausgleichs, begründet in der besonderen historischen Verantwortung Deutschlands gegenüber Russland.

Jedenfalls stand es im Koalitionsvertrag Ende 2013 so: „Wir wollen die Modernisierungspartnerschaft auf weitere Bereiche ausdehnen, um gesellschaftlich, politisch und wirtschaftlich zu Fortschritten zu kommen." So wie die anderen postsowjetischen Staaten durch die EU-Strategie der „Östlichen Partnerschaft" eingebunden würden, könnte sich in einer deutsch-russischen Modernisierungspartnerschaft letztlich auch Russlands Führung dem sanften Sog steten Zusammenwachsens nicht entziehen. Es wäre in gewisser Weise ja: „Wandel durch Annäherung".

Allerdings konnte, wer wollte, schon lange sehen, dass es Russlands Elite weniger um Modernisierung oder gar Demokratisierung ging, sondern eher um Macht und Milliarden. Putins Modernisierungspolitik hatte sich im Wesentlichen auf die Modernisierung der Armee und der Geheimdienste reduziert. Vom „Wandel" hatte die herrschende Elite jedenfalls ihre ganz eigene Vorstellung. Und mit der Ukraine-Krise 2014, der Annexion der Krim und dem russischen Eingreifen im Osten der Ukraine wurde aus dem strategischen Partner Putin ein strategisches Problem, vielleicht gar ein unberechenbarer Gegner, dem man nicht mehr trauen konnte. „Wir haben Russland und seinen Präsidenten vollkommen falsch gelesen", so ein hochrangiger deutscher Diplomat.

Jedenfalls scheint die noch vor kurzem erhoffte Modernisierungspartnerschaft in weite Ferne gerückt, ebenso wie Entspannung und „Wandel durch Annäherung". Verhärtet sind die Fronten. Und man fragt sich: Kann es, soll es eine neue deutsche Ostpolitik geben? Und wenn ja, welche?

Nach dem Bau der Berliner Mauer 1961 schien die deutsche Teilung endgültig. Allen Solidaritäts-Bekundungen zum Trotz wurde die Systemgrenze zwischen Ost und West auch von den USA akzeptiert. Nach Beilegung der Kubakrise 1962 schalteten die beiden Supermächte dann auf vorsichtige Entspannung, legten den Kalten Krieg auf Eis. Unter diesen Rahmenbedingungen illusionslos den Status quo der deutschen Teilung anerkennen (nicht: akzeptieren), um die Teilung im Lauf der Zeit zu überwinden – entlang dieses Gedankens tasteten sich der damalige Regierende Bürgermeister Berlins, Willy Brandt, und sein Pressechef Egon Bahr Anfang der 1960er-Jahre Richtung Osten. Die beiden Sozialdemokraten formulierten den „Zwang zum Wagnis der Koexistenz" mit der Sowjetunion.

Am 15. Juli 1963 sprach Willy Brandt an der Evangelischen Akademie Tutzing zum ersten Mal von „gemeinsamen Sicherheitsinteressen" zwischen Ost und West; dies galt auch für die DDR, damals oft noch „Zone" genannt. Für Schlagzeilen sorgte Egon Bahrs Begleitrede, für die ein Mitarbeiter die plakative Überschrift „Wandel durch Annäherung" gefunden hatte: „Die Zone muss mit Zustimmung der Sowjets transformiert werden. Wenn wir soweit wären, hätten wir einen großen Schritt zur Wiedervereinigung getan."

Wenige Jahre später wurde diese „Neue Ostpolitik" zum *brand name* der Außenpolitik eines neuen, modernen Deutschlands unter Bundeskanzler Willy Brandt. Die Anerkennung des Status quo bedeutete auch die Anerkennung des territorialen Nachkriegszustands im Osten Europas. Man gebe „nichts preis, was nicht längst verspielt worden ist", erklärte Brandt am 7. Dezember 1970 in Warschau: „Verspielt nicht von uns, die wir in der Bundesrepublik Deutschland politische Verantwortung tragen und getragen haben. Sondern verspielt von einem verbrecherischen Regime, vom Nationalsozialismus." Die Deutschen wollten fortan ein Volk der guten Nachbarn sein.

Was in den zum Teil so erbitterten Debatten um das „historische Erbe der Ostpolitik" heute oft untergeht: Brandts Ostpolitik wurde auch möglich, weil sich die Nato nach langen Debatten 1967 auf eine neue Strategie geeinigt hatte: Das Konzept von „Sicherheit und Entspannung" löste die Strategie der „massiven Vergeltung" ab. Basierend auf einem nach dem belgischen Außenminister Pierre Harmel benannten Bericht galt eine Doppelstrategie gegenüber der Sowjetunion: Abschreckung durch ausreichende Verteidigungsbereitschaft, aber zugleich Bereitschaft zur Entspannung durch Dialog und Rüstungskontrollverhandlungen. Es war entscheidend: Die neue Nato-Strategie verankerte Brandts Ostpolitik im westlichen Bündnis und sicherte die Öffnung Richtung Osten ab. Fünf Verträge über Gewaltverzicht und die Anerkennung der Grenzen sowie fünf Abrüstungsverträge ebneten den Weg zu Entspannung mit der Sowjetunion und der DDR – und mit den Staaten Ostmitteleuropas.

Die historische Bedeutung der Ostpolitik Willy Brandts lag aber auch in der subversiven Kraft, die sie für die Menschen im Osten Europas und in der Sowjetunion entfaltete. Sie stellte Schritt für Schritt autoritäre Herrschaftssysteme infrage. Und vollendete sich in gewisser Weise mit der Charta von Paris 1990, die eine neue Friedensordnung in Europa festschrieb, basierend auf der Souveränität demokratischer Staaten und der Unverletzlichkeit ihrer Grenzen; der damalige sowjetische Präsident Michail Gorbatschow gehörte zu den Unterzeichnern. Auf dem Weg nach Paris aber lag: Helsinki.

„1. August 1975 – dieses Datum wird für immer mit goldenen Buchstaben in der Schrifttafel der Geschichte Europas eingraviert bleiben." Mit einem aufwendig inszenierten Dokumentarfilm präsentierte das sowjetische Staatsfernsehen den damaligen Staats- und Parteichef Leonid Breschnew als Friedensstifter in und für Europa. Am 1. August 1975 unterzeichneten 35 Staats- und Regierungschefs aus Europa und Nordamerika in Helsinki die Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Sie galt durchaus als Sieg sowjetischer Außenpolitik, schrieb sie doch europäische Nachkriegsrealitäten fest. Die vom Kreml erhoffte Vollendung der Nachkriegsordnung von Jalta stellte sich allerdings als Pyrrhussieg heraus.

Auf Initiative der Sowjetunion einberufen, hatte man ein Abkommen verhandelt, das zwar völkerrechtlich nicht bindend war, aber doch als Grundlage für dauerhafte Sicherheit und Entspannung in Europa dienen sollte: Im „Korb I" hatte die Sowjetunion die Unverletzlichkeit der Grenzen in Europa durchgesetzt, dazu das Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten. „Korb II" betraf die für die Sowjetunion besonders wichtige Förderung wirtschaftlicher und technologischer Zusammenarbeit. Dafür war die sowjetische Führung bereit, auf die Forderungen westlicher Staaten nach der Garantie von Bürgerrechten einzugehen. In „Korb III" wurde die Achtung der Menschenrechte verankert, darunter auch das Recht auf Reise- und Informationsfreiheit.

Selbstbewusst akzeptierte die sowjetische Führung „Korb III". Schließlich war man „erfahren" im Umgang mit Kritikern: Man verhaftete und verbannte sie, steckte sie in Straflager oder psychiatrische Anstalten. Viele drängte man zur Ausreise, bürgerte sie aus. Man werde schon „Herr im eigenen Haus" bleiben, hieß es in Moskau.

Doch die Helsinki-Schlussakte ließ sich nicht verstecken oder propagandistisch manipulieren. Die Menschen nahmen ihre Regierungen beim Wort. Im Frühjahr 1976 gründeten Bürgerrechtler in der Wohnung des Atomphysikers und Friedensnobelpreisträgers Andrej Sacharow in Moskau die erste sowjetische „Helsinki-Gruppe". Bald folgten Gruppen in der Ukraine und anderen Sowjetrepubliken. Sie setzten sich zum Ziel, die Erfüllung der KSZE-Schlussakte in der Sowjetunion zu überwachen und eventuelle Verletzungen zu dokumentieren. Ebenfalls 1976 gründete sich das polnische Komitee zur Verteidigung der Arbeit (KOR), bald folgte die Gewerkschaftsbewegung Solidarność; wenig später veröffentlichten 242 Bürgerrechtler in Prag die „Charta 77". In der DDR stapelten sich bald die Ausreiseanträge in die Bundesrepublik.

„Auf diese ‚Kinder' ihrer Ostpolitik hätte die deutsche Sozialdemokratie stolz sein können", schrieb der Historiker Heinrich August Winkler der SPD ins Stammbuch. „Doch sie war es nicht. Sie empfand die Bürgerrechtler alles in allem eher als Störfaktoren, die das erreichte Maß an deutsch-deutscher und europäischer Entspannung gefährdeten."

Denn unter dem Begriff „Sicherheitspartnerschaften" entwickelten führende Sozialdemokraten ab Anfang der 1980er-Jahre eine neue Variante der Ostpolitik. Mit dem ostpolitischen Erbe Willy Brandts hatte die allerdings kaum noch etwas zu tun. Der Grundgedanke entsprach vielmehr jenem Sicherheitsdenken, das einige „Russlandversteher" erneut zur Maxime deutscher Russlandpolitik erheben wollen: Friedenssicherung durch Stabilisierung der bestehenden Herrschaftssysteme. Ein „europäischer Friede" sei ungeachtet eines Systemwandels zu erreichen, schrieb Egon Bahr noch ein Jahr vor dem Fall der Mauer: Reformen in den Staaten im Osten Europas müssten von oben beginnen und dürften nicht von unten gefordert werden. Im Verständnis dieser Ostpolitik, die im Prinzip auch Bundeskanzler Helmut Kohl fortsetzte, war „Sicherheit der Schlüssel zu allem".

Doch der äußere Frieden brauche den „inneren Frieden" zwischen Bürgern und Staat; alles andere sei „närrischste Utopie". Mit dieser Erkenntnis konfrontierte der hochangesehene tschechische Schriftsteller, Bürgerrechtler und spätere Präsident Václav Havel Mitte der 1980er-Jahre das ostpolitische Establishment der Bundesrepublik. Zwar habe Ostpolitik einen „Hoffnungsschimmer für ein Europa ohne Kalten Krieg" bedeutet – aber auch den „Verzicht auf Freiheit und damit auf eine grundlegende Voraussetzung jedes Friedens".

Mit ihren friedlichen Revolutionen überwanden die Menschen in Ostmitteleuropa und der DDR die Lebenslüge dieser Ostpolitik, die zu „Appeasement mit den Regimen in Osteuropa, aber auch in der Sowjetunion verkommen war", so Bundespräsident a. D. Joachim Gauck. Die meisten machten sich Anfang der 1990er-Jahre auf, als Teil des Westens und seiner Institutionen nach Europa zurückzukehren. Demokratische und prosperierende Staaten in Ostmitteleuropa, so das lange gutgemeinte westliche Kalkül bei Nato- und EU-Osterweiterung, könnten zum ersten Mal in der Geschichte auch Frieden und Sicherheit an die russische Westgrenze bringen. Im „Gemeinsamen Europäischen Haus" fanden schließlich viele Platz – für Russland aber blieb nur ein Hinterzimmer.

Was man im Westen nicht verstand: Für die Menschen in Russland schien es, dass ihr Land irgendwie zu Europa gehören sollte, zugleich aber außen vor blieb. Der Eiserne Vorhang war gefallen. Der Zaun aus Nato-Draht aber blieb. Besonders im Vergleich zum wiedervereinigten Deutschland unweigerlich Verlierer der Geschichte, blieb man im Zustand einer kollektiven Demütigung zurück. Was viele in Russland nicht sehen wollten: Die russische demokratische Chance Anfang der 1990er-Jahre wurde vor allem von den eigenen, korrupten Eliten vertan.

Wladimir Putin fühlte sich stark genug, aus dem nach 1989 etablierten europäischen Regelwerk auszubrechen, das nach seiner Auffassung russischen Sicherheitsinteressen zuwiderläuft. Der Ukraine-Konflikt war nicht Ursache, sondern vorläufiger Höhepunkt dieser fortschreitenden Entfremdung, der russischen Weigerung, die Berechtigung der europäischen Friedensordnung weiter anzuerkennen.

Heute dient die Propagierung der angeblich glorreichen imperialen Vergangenheit einer „russischen Welt" sowie „äußerer" und „innerer Feinde" aller Art zur Legitimierung eines offenbar zunehmend reformunfähigen autoritären Systems, das die ökonomische und soziale Rückständigkeit dieses potentiell so wohlhabenden und – ja – europäischen Landes immer fester zementiert. So manifestiert sich Konfrontation als Realität einer angeblich zunehmend „post-westlichen" Welt.

Die „Beheimatung" Russlands in Europa, so der CDU-Außenpolitiker Norbert Röttgen, „ist gescheitert: vorläufig, aber für lange Zeit. Die Annexion der Krim, das militärische Eindringen in die Ostukraine – das war der Rexit, der Austritt Russlands aus der politischen Ordnung Europas. Putins Russland hat sich entschieden, wieder zurück zu wollen an einen zentralen Platz auf der politischen Weltbühne – Messeinheit hierfür ist Augenhöhe mit den USA. Dies soll aber nicht mehr durch die Modernisierung Russlands nach westlichem Vorbild, sondern durch das selbstbewusste Sich-Erheben über die internationalen Regeln erreicht werden."

Dabei wäre Russland eine Bereicherung Europas. Ohne Russland – seine Geschichte, seine Kultur, seinen Markt – bleibt Europa unvollständig. So wie umgekehrt gilt: Ohne Anbindung an Europa droht Russland an der Peripherie der Geschichte zurückzubleiben.

Krise und Sanktionen, Vertrauensverlust und Konfrontation – braucht es nicht gerade in diesen unsicheren Zeiten eine neue Ostpolitik? Im Moment sind bestenfalls winzige vertrauensbildende Schritte zu Deeskalation und – militärischer – Gefahrenminderung denkbar, ein Dialog auf kleiner Flamme. Wer das „historische Erbe Willy Brandts" bemühen will, braucht zunächst Klarheit: Müsste doch eine Lösung des militärischen Konflikts im Osten der Ukraine Voraussetzung einer neuen Ostpolitik sein, nicht ihr Ziel. Eine neue Ostpolitik wäre wohl auch eine weniger russlandfixierte Politik, die nicht automatisch auf den Schulterschluss mit dem Kreml setzt: Russland ist „für die deutsche Politik nicht wichtiger als die Gesamtheit der deutschen Beziehungen zu seinen östlichen Nachbarn", wie der renommierte SPD-Außenpolitiker Karsten Voigt schreibt.

Vor allem aber müsste eine neue Ostpolitik im Sinne Willy Brandts „für die Gültigkeit und Anerkennung universeller Werte und für die Wiederherstellung der europäischen Friedensordnung werben, was die offene und selbstkritische Diskussion eigener Verstöße gegen diese Wertesysteme einschließt", so der langjährige Russland-Beauftragte der Bundesregierung, Gernot Erler. „Verstöße gegen die Vereinbarungen von Helsinki und Paris können nicht als hässliche Realität und Preis für einen neuen Entspannungsansatz hingenommen und akzeptiert werden."

So viel verbindet Russland und Deutschland, tausend Jahre gemeinsamer Geschichte, die so tragisch ist und auch schön. Zwar soll Russland für Deutschland immer das wichtigste Land östlich der Grenzen von EU und Nato bleiben, seinen Menschen in historischer Verantwortung und Zuneigung verbunden, sie auf der Suche nach dem inneren Frieden geduldig unterstützend – denn nichts haben die Menschen in Russland mehr verdient, als endlich in Frieden mit sich selbst und ihren Nachbarn zu leben.

Willy Brandt wagte den Schritt nach Osten. Vielleicht kommt in nicht allzu ferner Zukunft die Zeit, da einer in Russland den Schritt zurück nach Europa wagt. Die Türen sollten offen stehen.

Katja Gloger ist Autorin des Magazins Stern *und langjährige Korrespondentin in Moskau. Sie beschäftigt sich seit mehr als 25 Jahren mit Russland.*

Dieser Beitrag beruht auf dem Kapitel „Mythos Ostpolitik" aus ihrem gerade erschienenen Buch „Fremde Freunde", das über die tausendjährige, schicksalhafte Beziehung zwischen Deutschen und Russen erzählt.

PD

‚Die Vergangenheit kennen und sie nicht zur Waffe zu schmieden …

…sondern mit all' ihren hellen und dunklen Seiten anzunehmen, ist Grundlage für eine friedliche Zukunft.' Über einen Hoffnung stiftenden Besuch von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in Russland

VON GALINA DUDINA UND ALEXANDER GMYRIN

Im Unterschied zum unprätentiösen Besuch von Bundeskanzlerin Angela Merkel im Mai in Sotschi könnte das vollgepackte Besuchsprogramm von Frank-Walter Steinmeier das Herz jedes an Russland interessierten Ausländers schneller schlagen lassen: am Vormittag im Zentrum Moskaus Kranzniederlegung am Grabmal des Unbekannten Soldaten; anschließend ein langes Gespräch mit dem ersten Präsidenten der UdSSR, Michail Gorbatschow; ein Besuch im Büro des Menschenrechtszentrums Memorial sowie der Evangelisch-Lutherischen Kathedrale St. Peter und Paul in der Strarosadskij-Gasse (Grundsteinlegung für diese Kathedrale war bereits 1818 in Anwesenheit des preußischen Königs Wilhelm III). Darauf folgten ein Essen im Kreml und schließlich der Besuch der „Matthäus-Passion" von John Neumeier nach der Musik von Johann Sebastian Bach, dargeboten vom Hamburger Ballett.

Als Grundgedanke dieses kulturhistorischen Programms könnten die Dankesworte des Bundespräsidenten dienen, mit denen er sich in das Gästebuch von Memorial eintrug: „Die Vergangenheit zu kennen, sie nicht zur Waffe zu schmieden, sondern mit all' ihren hellen und dunklen Seiten anzunehmen, ist Grundlage für eine friedliche Zukunft."

Dmitri Kokorin, Direktor für Entwicklung des Internationalen Zentrums Memorial war „erstaunt, wie gut er vorbereitet war, welches Wohlwollen von ihm ausging". Der Bundespräsident habe im Büro der Organisation, die vor einem Jahr in das Register der „ausländischen Agenten" eingetragen worden war, mit den Menschenrechtsaktivisten ausführlich über die Situation der Menschenrechte in Russland, das historische Gedächtnis und die Arbeit der Religionsgemeinschaften zu deren Wahrung gesprochen. „Der Präsident zeigte sich besorgt über die Lage der gemeinnützigen Organisationen und darüber, unter welchen Bedingungen die Menschenrechtsorganisationen heute in Russland arbeiten müssen", berichtet Kokorin. „Wir haben erklärt, dass wir unsere Arbeit fortsetzen werden, und betont, wie wichtig es ist, den Dialog aufrecht zu erhalten und nicht in die völlige Isolation zu geraten, die durch die internationale Lage diktiert werden könnte."

„Wir können uns nicht erlauben, nicht miteinander zu reden", hatte Steinmeier am Vorabend seiner Reise in einem Interview für die Zeitung *Kommersant* gesagt. „Wir sind es unseren Völkern schuldig, einer weiteren Entfremdung zwischen Deutschen und Russen entgegenzuwirken." Dieses Interview war das erste persönliche Gespräch eines Bundespräsidenten mit einem russischen Journalisten seit vielen Jahren.

In höchstem Maße emotional war jedoch seine Rede bei der feierlichen Zeremonie zur Übergabe der Kathedrale St. Peter und Paul an die Evangelisch-Lutherische Kirche in Russland. Im Jubiläumsjahr 500 Jahre Reformation war dieses Ereignis ein entscheidender Anstoß für den Besuch. Steinmeier sprach nicht über die komplizierte internationale Lage, sondern zitierte Rainer Maria Rilke und Fjodor Tjutschew; er sprach von den Unterschieden und Gemeinsamkeiten, von der Würde des Individuums vor Gott sowie von der tausendjährigen Geschichte, die Russen und Deutsche verbindet. „Und oft wussten wir nicht einmal zu sagen, was unser Verhältnis mehr bestimmt, Nähe oder Ferne", rief er uns ins Gedächtnis.

PICTURE ALLIANCE / BERND VON JUTRCZENKA (2)

Unter Stalin 1938 enteignet, nun zurückgegeben an die Lutheraner: die fast 200 Jahre alte Kathedrale St. Peter und Paul. In seiner Rede bei der Zeremonie dankte der Bundespräsident dem russischen Präsidenten Wladimir Putin für die Unerstützung und „die schöne Geste im Jahr des Reformationsjubiläums".

Auf die Gegenwart bezogen hieß das wohl: Die Beziehungen zwischen Russland und Deutschland sind gegenwärtig von „Ferne" bestimmt. Davon zeugt auch die Tatsache, dass die Visite, ungeachtet der herzlichen Atmosphäre der Begegnungen, lediglich einen Tag dauerte und ein „Arbeitsbesuch" war, kein fünftägiger „Staatsbesuch" wie der im Jahr 2010 von Christian Wulff. Aber mehr als das, was Joachim Gauck, Steinmeiers Vorgänger, schaffte, ein ehemaliger Pfarrer und bekannter Menschenrechtler, der von 2012 bis 2017 als Bundespräsident eine kritische Einstellung zur Politik des Kremls hatte und um die Russischen Föderation einen Bogen machte.

Einen Hinweis auf die „Ferne" gaben auch die Dissonanzen in den Erklärungen des russischen und des deutschen Präsidenten nach ihrem Treffen im Kreml. Wladimir Putin war demonstrativ freundschaftlich gestimmt. Coram publico verfiel er einmal ins Deutsche, als er seinen Kollegen „Herzlich Willkommen" hieß. Auch im Weiteren legte der Präsident eine konstruktive Haltung an den Tag – er sprach von der Bereitschaft, an der Weiterentwicklung der Beziehungen zu arbeiten, vom Anstieg des Handelsvolumens, von den positiven Erwartungen der deutschen Geschäftsleute in Russland, vom Ausbau der Zusammenarbeit in Wissenschaft und Industrie sowie im internationalen Bereich.

„Ich denke nicht, dass eine einzige Begegnung, ein einziges Gespräch helfen kann, die Situation zu überwinden, die in den vergangenen Jahren entstanden ist", konterte Frank-Walter Steinmeier. Er dankte Wladimir Putin mit herzlichen Worten für die Rückübertragung der Kathedrale, schätzte die Lage bei den Beziehungen jedoch wesentlich kritischer ein, sprach von einer „negativen Spirale", von der „Annexion der Krim" und von „Entfremdung". „Ich denke, dass wir uns einig sind in der Auffassung, dass die gegenwärtige Lage der Dinge uns nicht zufrieden stellen kann und uns nicht zufrieden stellt. Von normalen Beziehungen sind wir noch weit entfernt, noch gibt es offene Wunden", erklärte der Bundespräsident.

Einer der wenigen konstruktiven Momente, die er an diesem Tag öffentlich erwähnte, war der Dank für die Entscheidung zum Deutsch-Russischen Haus in Kaliningrad. Zur Erinnerung: Das Deutsch-Russische Haus in Kaliningrad war ein Vierteljahrhundert lang ein bedeutsames kulturelles Zentrum im russischen Kaliningrad, dem ehemaligen deutschen Königsberg. Gäste auf den zahlreichen Veranstaltungen des Hauses waren Gouverneure, Botschafter, Minister, in der ganzen Stadt gibt es wohl keinen einzigen Journalisten oder gesellschaftlich interessierten Einwohner, der nicht wenigstens ein Mal dieses Haus besucht hätte. Doch in der Euphorie des Kampfs lokaler Aktivisten gegen die „Germanisierung" in der Region wurden die Träger der Einrichtung – die „Gesellschaft für deutsche Kultur" und die Organisation der Russlanddeutschen „Eintracht – Soglasije" – ungeachtet der Proteste in Russland und in Deutschland zu „ausländischen Agenten" erklärt. Daraufhin wurden der Organisation und ihrem Geschäftsführer Viktor Hofmann beträchtliche Strafzahlungen auferlegt, und das Haus wurde geschlossen.

Möglicherweise hatte Bundespräsident Steinmeier die Information erhalten, dass das Deutsch-Russische Haus in Kaliningrad am 4. Oktober 2017 wiedereröffnet wurde – in neuer Trägerschaft und mit Unterstützung der Föderalen Agentur für Nationalitätenangelegenheiten (FANA) und der gesellschaftlichen Vereinigung „Föderale national-kulturelle Autonomie der Russlanddeutschen". Allerdings war bisher nichts über die Arbeit des erneuerten Deutsch-Russischen Hauses zu hören. Die Kurse und Arbeitsgruppen, darunter auch zum Erlernen der deutschen Sprache, ruhen. Auf der offiziellen Webseite des Deutsch-Russischen Hauses ist zu lesen: „Wehrte Freunde! Wir befinden uns in einer Reorganisationsphase. Sobald diese beendet ist, werden wir alle Betroffenen darüber informieren."

In der Botschaft der Russischen Föderation in Berlin hieß es im Vorfeld, der Besuch sei im „Gesamtzusammenhang des aktuellen Zustands der russisch-deutschen Beziehungen" zu sehen. Es war ein wichtiger Schritt in Richtung Wiederaufnahme eines vollwertigen politischen Dialogs, der nach Beginn des Ukraine-Konflikts von Berlin einseitig weitgehend eingefroren worden war.

Russische Diplomaten verweisen darauf, dass Steinmeier sich in seinem früheren Amt als Außenminister für die Aufrechterhaltung der operativen Kommunikationskanäle ausgesprochen hatte. Sie betrachten das Fortbestehen des ständigen Kontakts zwischen den Chefs der Außenministerien weitgehend als persönliches Verdienst von Frank-Walter Steinmeier. Dabei versicherten die Diplomaten, dass die russische Seite auch nach dem Besuch „auf eine ernsthafte und geduldige Arbeit zur Überwindung der langandauernden Stagnation hofft und auf positive Ergebnisse orientiert ist".

Galina Dudina und Alexander Gmyrin sind Redakteure bei der Zeitung Kommersant.

Frank-Walter Steinmeier zu Besuch bei Wladimir Putin in Moskau.

Kalter Krieg in den Köpfen?

Bei allen Unterschieden: Deutsche, Polen und Russen wollen die Wiederannäherung

VON GABRIELE WOIDELKO

Seit der Annexion der Krim und dem Ausbruch des Ukraine-Konflikts 2014 ist endgültig Eiszeit zwischen Russland und seinen europäischen Nachbarn. Das gegenseitige Misstrauen auf politischer Ebene ist groß. Doch wie stehen die Menschen in Russland und seinen europäischen Nachbarländern zu den aktuellen Konfrontationen? Welches Bild haben sie voneinander? Was eint sie, was trennt sie?

Antworten darauf liefert eine repräsentative Umfrage im Auftrag der Körber-Stiftung. Jeweils über 1000 Personen in Deutschland, Polen und Russland wurden dafür im August und September 2017 befragt. Die Umfrage mit dem Titel „Russland in Europa: Kalter Krieg in den Köpfen?" beleuchtet fünf zentrale Themen:

Russland gehört zu Europa, daran glauben Deutsche und Polen eher als Russen.

Während in Deutschland und Polen mehr als die Hälfte der Bevölkerung Russland als Teil Europas ansieht, unterstützt in Russland nur knapp jeder Zweite diese Position. Als Hauptargument für die Zugehörigkeit gilt in allen drei Ländern die Geografie. Gemeinsamkeiten bei Kultur und Werten spielen für die Befragten kaum eine Rolle. Auffällig ist, dass in Deutschland – anders als bei den anderen beiden Ländern – enge wirtschaftliche Verflechtungen zwischen Russland und Europa mit geringfügigem Abstand zur Geografie als zweitwichtigster Zugehörigkeitsfaktor angeführt wird.

Die Sichtweisen auf Geschichte als Teil des nationalen Selbstverständnisses unterscheiden sich deutlich.

Gefragt danach, ob es 70 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs an der Zeit sei, die Vergangenheit ruhen zu lassen, ist es für die überwältigende Mehrheit der Russen undenkbar, einen Schlussstrich unter die Beschäftigung mit dem Krieg zu ziehen. In Deutschland und Polen sprechen sich dagegen jeweils deutlich mehr als ein Drittel der Befragten dafür aus.

Auch dazu, wie die Vergangenheit des eigenen Landes dargestellt werden soll, gibt es unterschiedliche Auffassungen. Knapp mehr als die Hälfte der Polen wünschen sich eine Geschichtsschreibung, die Siege und Errungenschaften stärker betont als Niederlagen und Verbrechen. In Russland ist dieser Wunsch mit 45 Prozent Zustimmung weniger ausgeprägt. In Deutschland wünschen sich weniger als ein Drittel solch eine patriotische Geschichtsschreibung.

Bei Demokratieverständnis und Wertefragen gibt es wechselnde Allianzen zwischen Deutschen, Polen und Russen.

Bei der Ablehnung von Fremdenfeindlichkeit sind sich Deutschland und Russland mit jeweils mehr als 80 Prozent der Befragten näher als Deutschland und Polen, wo nur 57 Prozent sich eindeutig gegen Fremdenfeindlichkeit positionieren.

Bei der Rolle der Medien kommen Polen und Deutsche sich nah: Erstaunliche 43 Prozent der Deutschen und 53 Prozent der Polen meinen, die Medien sollten die Arbeit der Regierung unterstützen. In Russland sprechen sich sogar mehr als zwei Drittel der Befragten für diese Position aus.

Deutliche Zustimmung findet in allen drei Ländern die Aussage, dass unabhängige Rechtsprechung und politische Opposition zu einer gerechten Gesellschaft sowie einer funktionierenden Demokratie gehören.

Der Grund für die politische Eiszeit ist klar, der Weg aus der Krise nicht.

Der Ukraine-Konflikt und die damit verbundenen Sanktionen sind schuld an der Verschlechterung der Beziehungen zwischen Russland und der EU. Darin besteht in allen drei Ländern Einigkeit. Die Sanktionen, welche die EU und Russland im Zuge der Ukraine-Krise gegeneinander verhängt haben, werden aber unterschiedlich beurteilt. In Polen ist deutlich mehr als die Hälfte der Befragten für deren Beibehaltung oder Verschärfung, die Deutschen sind in dieser Frage gespalten, in Russland plädieren mehr als 60 Prozent für eine Lockerung oder Aufhebung.

Deutsche und Russen wünschen sich mehr bilaterale Zusammenarbeit, für Polen spielt Russland nur eine untergeordnete Rolle

Wenn es darum geht, mit welchem Land sich die Befragten künftig eine stärkere Zusammenarbeit wünschen, nennen Deutsche und Russen das jeweils andere Land auf Platz zwei bzw. drei und messen damit der Verbesserung der bilateralen Beziehungen eine hohe Bedeutung bei. Die Polen wollen an erster Stelle die Zusammenarbeit mit den USA und Großbritannien ausbauen, Russland spielt für sie nur eine untergeordnete Rolle.

Die wachsende Entfremdung zwischen Russland und Europa, die aus manchen der Ergebnisse spricht, mag auf den ersten Blick entmutigend sein. Gleichzeitig enthält die Umfrage aber auch einen klaren Auftrag an die Politik: Deutsche, Polen und Russen halten die Wiederannäherung zwischen Russland und der EU mehrheitlich für (sehr) wichtig. Auf politischer Ebene müssen deshalb die Anstrengungen zur Lösung des Konflikts fortgesetzt und zu einem baldigen Abschluss gebracht werden. Die Zivilgesellschaft ist aber ebenfalls in der Pflicht: Sie sollte die Gesprächskanäle und den offenen und kritischen Austausch zwischen Russland und seinen europäischen Nachbarn auf allen ihr zugänglichen Ebenen aufrechterhalten. Nur auf dieser Basis wird eines Tages auch ein politischer Neuanfang möglich sein.

Gabriele Woidelko ist Leiterin des Arbeitsschwerpunkts „Russland in Europa" bei der Körber-Stiftung in Hamburg.

Auf Weltmarktniveau

Beim ersten russisch-deutschen Forum der Kreativwirtschaft sprachen Start-ups beider Länder über ihre Erfahrungen

VON IRINA FAZLIAKHMETOVA

Was ist die Aufgabe der Kreativen? Sie könnten sich bemühen, die Welt zu verändern. Zum Beispiel in den Städten. Robin Lang, Architekt aus Mannheim, strebt das mit seinem „Studio for change Yalla Yalla!“ an. Er hat sich zur Aufgabe gemacht, unschöne Orte einladend zu gestalten, randständige und verwaiste Viertel wieder „bewohnbar“ zu machen können. Das, so Lang, sei eine Hauptaufgabe der Kreativwirtschaft.

Eines der wichtigsten Themen auf dem ersten russisch-deutschen Forum der Kreativwirtschaft Anfang November waren die Berichte aus deutschen Städten wie Mannheim und Leipzig über erfolgreiche Projekte der Kreativwirtschaft. Und so zeigte Robin Lang auf einem Foto in seinem Smartphone „den Laden, den wir gestaltet haben“, wie er sagt. „Dort können jetzt einige kleinere Designer zusammen ihre Entwürfe verkaufen. Hier war früher ein Schutthaufen, jetzt gibt es an dieser Stelle ein Café.“

Die Stadt Mannheim fördert Projekte dieser Art. Für Startups aus der Kreativwirtschaft gibt es in der Stadt ein spezielles Gebäude, das für andere Zwecke keine Verwendung findet. Die Stadt bezuschusst Baumaterial und gewährt weitere Hilfen.

In der Vergangenheit war Mannheim eine erfolgreiche Industrie- und Hafenstadt. Doch Ende des 20. Jahrhunderts wurden zahlreiche Betriebe nacheinander geschlossen. „Als ich Ende der 1990er-Jahre an der Universität Mannheim zu studieren begann, hat man mir gleich gesagt, dass die Stadt voller Drogenabhängiger und Prostituierten ist“, erzählte Matthias Rauch, Leiter Kulturelle Stadtentwicklung beim Gründungszentrum Startup Mannheim im Kreativ-Workshop. Indes wurde eine neue Strategie zur Entwicklung von Mannheim verabschiedet – über Kreativwirtschaft und Musik. Eine Pop-Akademie und zahlreiche Aufnahmestudios wurden eröffnet. Inzwischen ist Mannheim ins Unesco-Programm „Creative Cities“ aufgenommen worden.

Ganz ähnliche Erfahrungen hat eine andere deutsche Stadt gemacht – Leipzig. Nach Aussagen von Christian Rost, dem Leiter des Sächsischen Zentrums für Kultur- und Kreativwirtschaft, haben in den ersten zwei Jahren nach dem Zerfall der DDR 100 000 Einwohner Leipzig verlassen. Von denen, die geblieben sind, haben 25 000 ihre Arbeit verloren. Damals wurde entschieden, die Stadt auf neue Weise zu entwickeln. In die freigewordenen Gebäude zogen Büros und Kreativstudios ein. Es ist uns zwar nicht gelungen, die Mehrzahl derer, die die Stadt verlassen haben, zurückzuholen, doch für die verbliebenen wurden Arbeitsplätze geschaffen und die öffentlichen Räume sahen nicht mehr aus wie postindustrielle Wüsten. Im Ergebnis dessen sind heute 10 000 Personen in der Kreativwirtschaft in Leipzig tätig.

Das Problem Russlands bei der postindustriellen Wirtschaftsorganisation besteht darin, dass sowohl die staatlichen Behörden als auch die Bevölkerung nicht in der Lage sind zu erkennen, dass die Zahl der in der Industrie tätigen Personen gegenüber denjenigen, die in der Kreativwirtschaft arbeiten, erheblich geringer sein kann. Zudem investieren russische Investoren auf dem Immobilienmarkt bereitwillig in Wohnungen oder Handelseinrichtungen, doch keineswegs in kreative Räume. Es stimmt zwar, dass sich die Lage in den Großstädten verbessert. Eine Kreativwirtschaft entsteht mit den wenigen Kräften einzelner Leute, und das einzige, worum sie den Staat bitten ist, sich herauszuhalten.

PICTURE ALLIANCE / ZB

Für Kunden auf der ganzen Welt: Die Designerin Sema Gedik präsentierte ihre Kollektion „Auf Augenhöhe“ für kleinwüchsige Menschen bereits auf der viel beachteten Fashion Week in Berlin.

Nach Ansicht von Elisabeta Lewizkaja, Projektleiterin im Konstruktionsbüro „Strelka“, gibt es in Russland keinen Dialog zwischen den Behörden und jenen, die kulturelle Initiativen umsetzen. Kultur wird in Russland nicht als gewinnbringender Geschäftsbereich verstanden, obwohl die Russen laut Statistik 15 Prozent ihres Einkommens dafür ausgeben.

Einziger Vertreter der staatlichen Ebene war der Gouverneur des Gebiets Uljanowsk, Sergej Morosow. Er berichtete, dass die Entwicklung der Kreativwirtschaft in seiner Region auf jegliche Art und Weise gefördert werde und schlug vor, das nächste Forum in seinem Bezirk zu veranstalten.

Aus Mannheim war auch die Designerin und Gründerin des Projekts „Auf Augenhöhe“ angereist, Sema Gedik. Sie näht Kleidung für kleinwüchsige Menschen. Wie sie sagte, gibt es derzeit keine Spezialgeschäfte für diese Menschen. „Es gibt bereits Kleidung für Säuglinge, für Menschen mit großen Konfektionsgrößen, für Hunde und Katzen, nicht aber für diese Menschen“, sagt Sema Gedik. Die Designerin hat ein ganzes Größensortiment entwickelt. Ab Dezember kann die Kleidung im Internet an jeden Punkt der Welt geordert werden. Die junge Frau hofft, dass das Projekt Kunden auch in Russland findet.

Die russischen Ausstellungsteilnehmer sind in der Regel bereits kommerziell erfolgreich. Doch wie die Deutschen träumen sie davon, Auslandsmärkte zu erschließen. Der Geschäftsführer von „Quest Planet“, Aleksandr Pimenow, ist sich sicher, dass die Touristen aus Europa gern bei ihm Online-Quests kaufen werden. Jetzt ist er auf der Suche nach Partnern, die ihm helfen, diese Quests zu entwickeln und zu verkaufen. Ilja Sobol, Erfinder und Gründer des Büros „Isobrjulo“ (interaktive Internet-3D-Dekorationen) bestätigt, dass sich sein erstes Projekt innerhalb eines Monats in Russland bezahlt gemacht hat. Er will sich aber mit dem Erreichten nicht zufrieden geben. „Jetzt nehmen wir Europa in Angriff“, scherzt er.

Mirko Hempel von der Friedrich-Ebert-Stiftung sagte, er hoffe, dass die russischen Vertreter der Kreativwirtschaft eine Vorstellung davon bekommen haben, wie und wo sie Unterstützung finden können. Es sei geplant, solche Foren im Wechsel in Russland und in Deutschland anzubieten. „Es stimmt schon“, räumte er am Ende des Gesprächs ein, „in bestimmtem Maße ist es auch von der politischen Konjunktur abhängig.“

Irina Fazliakhmetova ist Redakteurin der Zeitung Kommersant.

ANZEIGE

NEU porta! möbel & mehr

SEIT MAI IN BERLIN-MAHLSDORF

BERLINS SCHÖNSTES MÖBELHAUS!

DIREKT AN DER B1/B5

WOHNWELTEN MIT WELTSTADTNIVEAU – PORTA MÖBEL SETZT AUF BUNDESHAUPTSTADT

Es ist ein Einrichtungshaus der Superlative, das im Osten Berlins direkt an der B1/B5 entstanden ist. Auf insgesamt drei Etagen und mit einer Ausstellungsfläche von knapp 39.000 Quadratmetern zeigt das 24. Porta-Einrichtungszentrum mit separater Küchenwelt Wohnideen für jeden Geschmack und Geldbeutel. Individuell eingerichtete Wohnwelten sowie Markenstudios namhafter Hersteller wie Rolf Benz, Stressless, Musterring und Mondo, laden die Besucher ein, sich inspirieren zu lassen. Beim neuen Standort hat Porta Möbel erstmals eine eigene Küchenwelt realisiert. Auf 4.700 Quadratmetern und mit über 150 Ausstellungsküchen zeigt das Einrichtungshaus die neuesten Trends von Herstellern wie Nolte Küchen oder Nobilia. Ob modern, mit Smarthome-Ausstattung oder ökologisch-wertvolle Modelle aus Naturholz – die vielfältige Auswahl ermöglicht es den Küchenfachberatern mithilfe neuester Planungsprogramme individuelle Kundenwünsche zu erfüllen.

Für das leibliche Wohl der Kunden sorgt das eigene Toscana Restaurant vom Frühstück bis zum Abendbrot. Italienische Snacks sowie Kaffee- und Kuchenspezialitäten serviert die Segafredo Kaffeebar. Auch kleine Gäste kommen im Portalino-Kinderclub auf ihre Kosten und können dort unter Aufsicht geschulter Mitarbeiterinnen, nach Herzenslust toben, malen und basteln.

Große porta Küchenwelt auf über 4700 Quadratmetern

Rund 75 Millionen Euro in Expansion mit modernster Technik investiert

Dank modernster Technik leistet das Einrichtungshaus auch einen ressourcenschonenden Beitrag. Dies gilt sowohl für den Wärmeschutz als auch die Wärmerückgewinnung. Darüber hinaus kommen im gesamten Gebäude energiesparende und umweltschonende Lichtsysteme zum Einsatz. Doch nicht nur mit dem neuen Einrichtungszentrum in Mahlsdorf stärkt Porta Möbel seine Präsenz rund um die Hauptstadt. Im April ging bereits das vierte Logistikzentrum in Trebbin ans Netz. Der hochmoderne, 24.500 Quadratmeter große Gebäudekomplex bietet mit 16.800 Stellplätzen für Möbel eine beeindruckende Lagerkapazität. Die integrierte Lagernavigation gewährleistet, dass die Kunden der Einrichtungshäuser in Potsdam und Mahlsdorf sowie die Online-Kunden aus diesem Einzugsgebiet ihre Möbel termingetreu erhalten. Die Porta-Unternehmensgruppe investierte in die Expansion nach Berlin und Trebbin insgesamt rund 75 Millionen Euro und schuf über 400 Arbeitsplätze.

Charity-Aktion betont Verbundenheit zum neuen Standort

Einen elementaren Teil der Unternehmenskultur des Familienunternehmens Porta, das in zweiter Generation von Birgit Gärtner und Achim Fahrenkamp geführt wird, stellt soziales Engagement dar. Im Zuge der Neueröffnung unterstreicht Porta Möbel die Verbundenheit zum neuen Standort mit dem Charity-Projekt „Porta hilft“. Vor Eröffnung des Einrichtungshauses wurden über 30 soziale Einrichtungen mit Geld- und Sachspenden unterstützt, darunter auch 20 VW Caddys, für die Porta zwei Jahre lang Steuer, Leasingrate und Versicherung übernimmt, sodass lediglich noch Benzinkosten anfallen.

Blick in die Zukunft

Ein Blick auf die letzten 50 Jahre lässt erahnen, dass die Porta Erfolgsgeschichte auch in Zukunft fortgeführt wird. Unter Berücksichtigung der sich stetig verändernden technologischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen wird die Porta-Unternehmensgruppe, zu der neben den 24 Porta-Einrichtungshäusern auch zwei Möbel Hausmann Standorte, rund 100 Filialen der Discountschiene SB-Möbel Boss sowie 19 Märkte der tschechischen Asko-Gruppe gehören, weiterhin zukunftsweisende Impulse im Möbelhandel setzen und expandieren.

Der einladende Eingangsbereich des neuen Einrichtungshauses in Berlin-Mahlsdorf mit stilprägender, 3.500 Quadratmeter großen Glasfassade

12623 Berlin · Porta Möbel Handels GmbH & Co. KG Berlin-Mahlsdorf · Alt-Mahlsdorf 85 · Tel.: 030 206259-110 · UNSERE ÖFFNUNGSZEITEN: MO-SA 10-20 UHR · www.porta.de

Folgen Sie uns auf Facebook

Desintegration Entsolidarisierung Flüchtlingskrise Nationalismus Elitenverachtung Ungleichheit Kulturkampf

FORTSETZUNG VON SEITE 1 „WAS HEISST HIER SELBSTBESTIMMUNGSRECHT?“

waren alle seit 1990 in Europa erfolgten Grenzveränderungen wegen des Einsatzes oder der Androhung von Gewalt sowie wegen des fehlenden Einvernehmens aller Betroffenen nicht nur ein Verstoß gegen die UN-Charta, sondern auch gegen die „Schlussakte von Helsinki“ (1975), die „Charta von Paris“ (1990) sowie weitere Abkommen und Vereinbarungen, welche die europäischen Staaten im Rahmen der K/OSZE miteinander getroffen haben. Diese gehen zum Teil noch über das mit der UNO-Charta begründete globale Völkerrecht hinaus.

Das Tabu der Veränderung nationalstaatlicher Grenzen ist in den 1990er-Jahren zerstört worden. Es lässt sich nicht wieder herstellen. Doch für alle künftigen Grenzveränderungen muss gelten: Sie dürfen nur gewaltfrei erfolgen und es bedarf eines einvernehmlichen Verfahrens mit rechtstaatlichen Standards unter Beteiligung aller Betroffenen.

Im Rahmen der O/KSZE sind hierfür erste Regeln vereinbart worden, die allerdings noch konkretisiert und mit Umsetzungsbestimmungen versehen werden müssen. Die OSZE als regionale Unterorganisation der UN sollte sich dafür einsetzen, dass diese Regeln auch in das globale Völkerrecht übernommen werden – möglicherweise als Ausführungsbestimmungen zu dem in der UN-Charta proklamierten „Recht der Völker auf Selbstbestimmung“.

Aber auch die Ergebnisse der genannten Grenzveränderungen gehören auf den Prüfstand. Sie müssen entweder nachgebessert oder korrigiert werden, zumindest aber nachträglich durch ein einvernehmliches Verfahren eine breitere Legitimationsbasis und Akzeptanz erhalten.

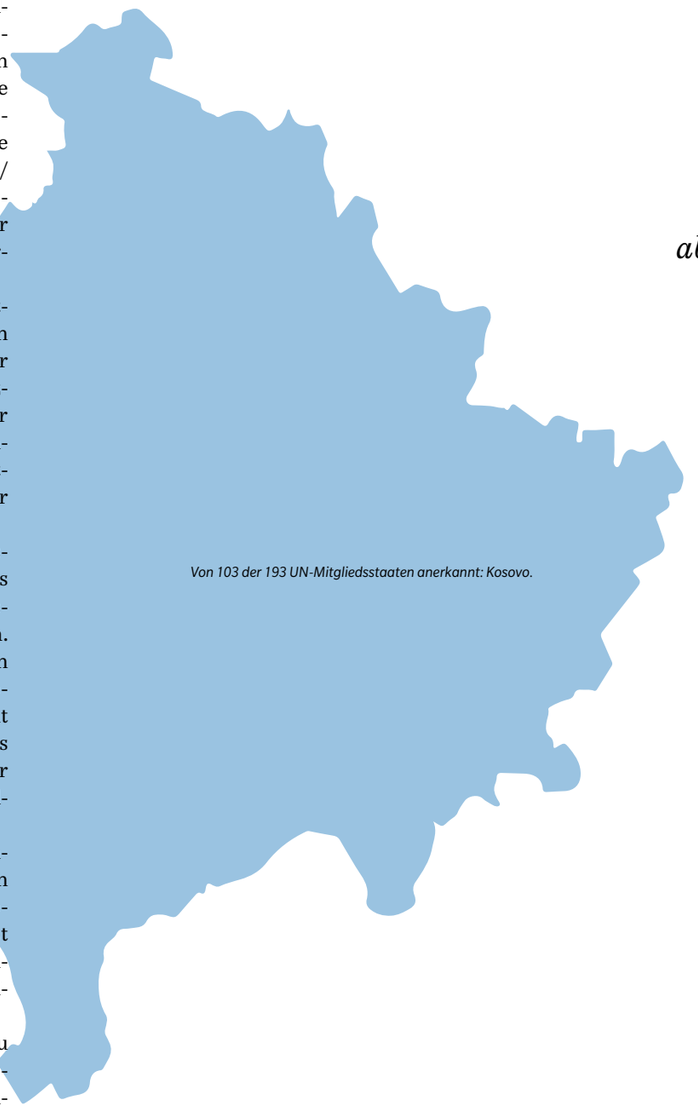
„Schwamm drüber“ – diese vielfach zu hörende Meinung mit Blick auf die Annexion der Krim ist eine gefährliche Fehleinschätzung. Dann wird die Krim dauerhaft ein Konfliktpunkt zwischen Moskau und Kiew sowie zwischen Russland und dem Westen und ein Unruheherd in Europa bleiben.

Denkbar wäre etwa ein zweites Referendum unter den Bewohnern der Krim – diesmal allerdings vorbereitet, abgestimmt und ausgezählt durch die UN oder die OSZE und anders als am 16. März 2014 ohne vorherige Einschüchterung und Nötigungen durch zusätzliche herbeigeschaffte Militärs, woher auch immer. Auf dem Abstimmungszettel müssten mehr als nur die zwei Alternativen stehen, die damals zur Abstimmung stammen (Verbleib der Krim in der Ukraine ohne jegliche Veränderung oder Sezession mit der Option des Beitritts zu Russland). Eine zumindest dritte Wahlmöglichkeit müsste lauten: Verbleib der Krim in der Ukraine, aber mit einem weitest möglichen Autonomiestatus in sämtlichen Bereichen außer der Außen- und militärischen Verteidigungspolitik.

Auch die von der Nato durch Kriege gegen Serbien durchgesetzte Eigenstaatlichkeit des Kosovo wird ohne Korrektur ein Faktor der Instabilität in Südosteuropa bleiben. Kosovo ist ein korrupter Mafiastaat; er bietet der jungen Generation keine Zukunft und ist ein warnendes Beispiel dafür, dass Sezessionen und Staatsgründungen, die auf ethnische Homogenität zielen, nicht funktionieren.

Ähnliches gilt für Bosnien-Herzegowina. Die 1995 mit dem Dayton-Abkommen etablierte Verfassung proklamiert zwar einen Einheitsstaat, siedelt aber alle wesentlichen Vollmachten in den beiden ethnisch definierten „Entitäten“ der „Republika Srpska“ und der muslimisch-kroatischen Föderation an, unter dem Dach einer schwachen multiethnischen Zentralregierung, die sich ständig selbst blockiert. Bosnien-Herzegowina bleibt ein gescheiterter Staat, solange diese Verfassung nicht korrigiert wird. Da die Einwohner des Landes zu dieser Veränderung nicht fähig sind, müssen die drei Initiatoren und Garanten des Abkommens von Dayton – die USA, Russland und die EU – gemeinsam diese Verantwortung wahrnehmen.

Andreas Zumach ist Journalist und Korrespondent mit Sitz in Genf für Zeitungen, Rundfunk- und Fernsehanstalten. Sein jüngstes Buch erschien 2016: „Globales Chaos. Machtlose UNO. Ist die Weltorganisation überflüssig geworden?“



Von 103 der 193 UN-Mitgliedsstaaten anerkannt: Kosovo.

Rechtsruck im Osten

Auch in Tschechien triumphierten Anti-System-Parteien. Land für Land scheint im Osten von der EU abzurücken, aber ein antieuropäischer Block entsteht deshalb noch lange nicht

VON KENO VERSECK

Noch ein Land im Osten rückt nach rechts, der Block der euroskeptischen Staaten im östlichen Teil der EU konsolidiert sich – so lautete nach der Parlamentswahl in Tschechien Ende Oktober der Tenor in vielen westeuropäischen Medien. Tatsächlich war das Wahlergebnis ein tiefer Einschnitt in der postkommunistischen Geschichte des Landes: Sechzig Prozent der tschechischen Wähler stimmten für Anti-System- und Anti-Establishment-Parteien. Mit Ausnahme der eher zivilgesellschaftlich orientierten Piratenpartei befürworten sie allesamt explizit autoritäre, antihumanistische

EUR DÄMM

Der Kontinent und seine wichtigste p ideologischen Gezeitenwechsel. Im die Institutionen werden, immer äh immer enger die Beziehungen zue Großbritannien die EU gleich ganz ve im Osten die Unzufriedenhe

Teurer Rosenkrieg

Die Scheidung zwischen Großbritannien und der EU läuft aus dem Ruder. Brüssel fordert konkrete Zusagen, London spielt auf Zeit. Das treibt die Kosten für beide Seiten in die Höhe – am Ende könnte es nur Verlierer geben

VON ERIC BONSE

Es war ein historisches Ereignis, als sich die Briten am 23. Juni 2016 für den Austritt aus der Europäischen Union entschieden. Mit einer knappen Mehrheit von 51,8 Prozent stimmten sie in einem bis heute umstrittenen Referendum für den Exit aus der EU – den Brexit.

Noch nie zuvor war ein großes Land aus der Union ausgeschieden. Über Nacht war der scheinbar unumkehrbare Prozess der EU-Erweiterung und der „immer engeren Union“ zum Halten gekommen. Als dann auch noch Donald Trump zum Präsidenten der USA gewählt wurde, schien das Ende des Westens nahe.

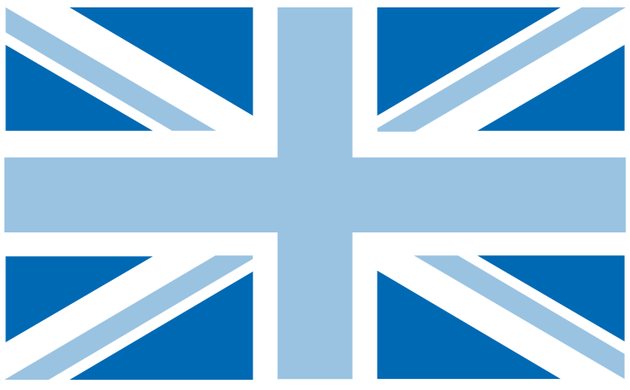
In Brüssel herrschte Untergangsstimmung. Von einem Zerfall der EU und einer geopolitischen Krise war die Rede. Russland, so die Sorge, könne in die Bresche springen und mit Trump und den „Brexiters“ gemeinsame Sache machen. Zunächst war unklar, wie es weitergehen sollte.

Doch nach dem ersten Schock entwarf die Rest-EU der 27 verbleibenden Mitgliedstaaten eine Strategie. Der Brexit sollte keine weiteren politischen oder wirtschaftlichen Erschütterungen auslösen, sondern schonend eingefädelt und eingehegt werden: mit einem Scheidungsvertrag.

Gütlich und einvernehmlich wolle man sich trennen, hieß es damals in Brüssel. Die Briten sollten für den Brexit nicht bestraft werden, betonte Kanzlerin Angela Merkel in Berlin. Schließlich würden sie ohnehin den größten Schaden davontragen, wenn die Ehe mit Europa, die nie eine Liebesbeziehung gewesen war, geschieden würde.

Doch 17 Monate später ist man keinen Schritt weiter gekommen – im Gegenteil: Die gütliche Scheidung, die EU-Chefunterhändler Michel Barnier und der britische Brexit-Minister David Davis anstreben, ist einem rücksichtslosen Rosenkrieg gewichen. Der Brüsseler Zeitplan ist geplatzt. Das „Sequencing“, mit dem Barnier die Briten zähmen wollte, erweist sich als Falle – für beide Seiten.

Ursprünglich sollte schon im Oktober die erste Phase der Trennung abgeschlossen sein. Barnier wollte drei Fragen klären: 1. die künftigen Rechte der EU-Bürger in Großbritannien (und die Rechte der britischen Bürger in der EU); 2. die neue Grenze zwischen Irland und Nordirland nach dem Brexit; 3. die Kosten der Scheidung.



Erst danach, so sein Kalkül, werde man über die Zukunft reden – also über die künftigen Beziehungen nach dem definitiven Austritt am 29. März 2019. Doch diese Rechnung ist nicht aufgegangen, sie konnte nicht aufgehen. Denn die Briten weigern sich, Barniers Bedingungen zu erfüllen und schon jetzt den Preis der Scheidung zu benennen.

Dabei haben sie die Logik auf ihrer Seite. Schließlich hängen die erwarteten Ausgleichszahlungen davon ab, wie eng man nach der Trennung verbunden bleibt. Sollten sich die Briten für eine Anbindung an die EU nach dem Vorbild Norwegens entscheiden, so müssten sie auch künftig jedes Jahr Milliarden nach Brüssel überweisen.

Sollten sie hingegen einen klaren Schnitt machen und dem europäischen Binnenmarkt den Rücken kehren, so wäre dies mit hohen Kosten für die Wirtschaft verbunden. All dies beeinflusst die Höhe der Ausgleichszahlungen. Es ergibt daher durchaus Sinn, die Endsumme erst ganz am Schluss festzulegen, wie bei jeder ordentlichen Scheidung.

Doch die EU beharrt auf ihrem „Sequencing“, also der von Barnier vorgegeben Reihenfolge. Nun ist es ausgerechnet die Schlussrechnung, die den Start in die entscheidende zweite Phase verzögert.

Premierministerin Theresa May steht schon unter starkem Druck parteiinterner Gegner, die für einen „harten Ausstieg“ plädieren. Gegenüber der EU hat sie zwar versprochen, dass Großbritannien seinen fairen Anteil tragen werde. Kein EU-Land werde wegen des Brexits mehr zahlen müssen, beteuerte die Premierministerin in einer Grundsatzrede in Florenz. Rund 20 Milliarden Euro, so schätzt die EU-Kommission, will May für eine zweijährige Übergangsphase zahlen.

Doch Barnier reicht das nicht. In Brüssel werden allein die bisher von London eingegangenen Verpflichtungen auf rund 60 Milliarden Euro taxiert. In deutschen Medienberichten ist sogar von bis zu 100 Milliarden Euro die Rede.

Das scheint übertrieben. Barnier selbst hat noch keine Zahl genannt. Umso eindringlicher fordert der Franzose aber von den Briten, ein Angebot zu machen. Er verlangt eine konkrete Ansage, wenigstens aber eine verbindliche Berechnungsmethode für den Betrag, den London zahlen soll.

Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, setzte Barnier eine Art Ultimatum. Sollte drei Wochen vor dem EU-Gipfel im Dezember immer noch keine Grundsatzeinigung erzielt werden, werde es auch keine Gespräche über die künftigen Beziehungen nach dem Brexit geben.

Für die Briten wäre dies ein herber Rückschlag. Schließlich möchten sie so schnell wie möglich über ein Freihandelsabkommen sprechen, das der britischen Wirtschaft auch nach dem Austritt einen Zugang zum europäischen Binnenmarkt sichern soll. May wünscht sich zudem eine Übergangsphase, um den Unternehmen den „Exit“ zu erleichtern.

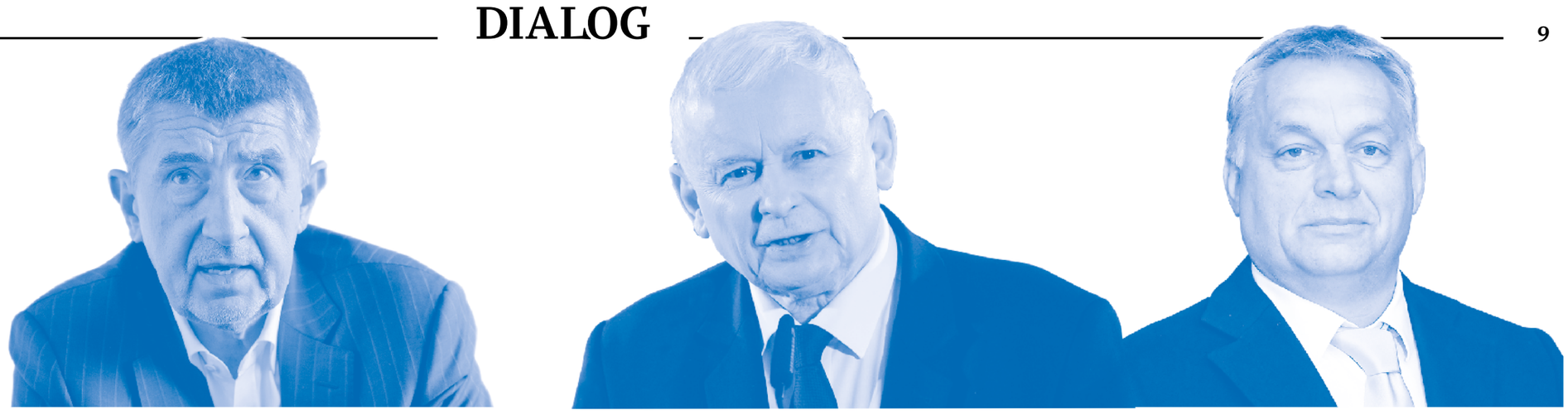
Diese beiden strategischen Ziele sind nun gefährdet. Doch Barnier hielt noch eine weitere böse Überraschung bereit: „Jeder muss sich jetzt auf darauf einstellen, dass es am Ende keine Einigung geben könnte“, sagte er. Dies sei aus Sicht der EU zwar „keine Option“, aber „eine Möglichkeit“. Es wäre der *worst case* – für beide Seiten. Denn dieses „No deal“-Szenario würde nicht nur jenen harten Brexit auslösen, den die EU unbedingt vermeiden wollte. Es würde auch die Kosten weiter in die Höhe treiben. Am Ende könnten nicht nur die Briten, sondern auch die Europäer zu den Verlierern zählen. Vor allem die deutsche Exportwirtschaft macht sich große Sorgen.

Sollte es zu keiner Einigung kommen und der Handel zwischen der EU und UK künftig wieder den Regeln der Welthandelsorganisation WTO unterliegen, kämen Zölle in Milliardenhöhe auf die Exporteure zu. Auch die EU-Länder müssen sich auf höhere Kosten einstellen. Denn durch den Brexit fällt der britische EU-Beitrag weg – allein für Deutschland könnten jährlich 3,8 Milliarden Euro hinzukommen.

Diese Zahlen stehen in deutlichem Kontrast zu der ursprünglichen, optimistischen Annahme, dass die Scheidung ohne Kollateralschaden über die Bühne gehen könne. Vor allem für Deutschland könnte es teuer werden.

Großbritannien hingegen ist bisher mit einem blauen Auge davongekommen. Die düsteren Prognosen von einem Absturz der britischen Wirtschaft haben sich nicht erfüllt – noch nicht.

Eric Bonse ist Politologe und Publizist. Er arbeitet als EU-Korrespondent in Brüssel. Zum Brexit hat er eine Studie beim „Institut Francais des Relations Internationales“ (IFRI) in Paris herausgegeben.



Kritisch gegenüber der EU: Andrej Babiš, Jarosław Kaczyński, Viktor Orbán (von links nach rechts)

Korruption Abschottung

oder antidemokratische Politik- und Gesellschaftsentwürfe. So auch die wirtschaftsliberal-rechtspopulistische Siegerpartei ANO des Milliardärs Andrej Babiš, der Tschechien aus zuviel demokratischer Behäbigkeit herausholen und „wie eine Firma“ führen will: straff, effizient, zweckmäßig – mit ihm als Chef.

Das Ergebnis schien einen Trend im Osten der EU zu bestätigen: Vom Baltikum bis Bulgarien macht sich Euroskeptizismus und Rechtspopulismus breit. Polen, Ungarn und Rumänien werden von nationalistischen, rechten und der EU gegenüber sehr kritischen Kräften regiert, in Lettland, der Slowakei und Bulgarien mischen sie zumindest mit. Und in Tschechien ist nahezu das gesamte klassische und neue politische Spektrum euroskeptisch eingestellt.

Doch das ist nur ein holzschnittartiges Bild. Bei genauerem Hinsehen wird deutlich: Die Situation ist komplexer. Enttäuscht sind viele Menschen in den östlichen EU-Staaten nicht grundsätzlich von Europa und der Europäischen Union, sondern von der Art und Weise der Osterweiterung, die verbreitet als wirtschaftliche Übernahme daherkam und mit vielen sozialen Einschnitten verbunden war. Auch gibt es ein vages Gefühl, vom Westen nicht als gleichrangig betrachtet zu werden. Besonders die deutsche Flüchtlingspolitik und die damit einhergehenden westeuropäischen „Strafpredigten“ an östliche Adressen haben dieses Gefühl noch verstärkt.

Anderseits schätzen die Menschen im Osten viele Errungenschaften der EU, vor allem die Freizügigkeit im Bildungs- und Arbeitsbereich. In allen Ländern außer Tschechien würde eine deutliche Mehrheit gegen einen Austritt stimmen, selbst in Ungarn, wo der Ministerpräsident Viktor Orbán seit Jahren eine regelrecht demagogische EU-feindliche Rhetorik pflegt.

Auch auf politischer Ebene kann von einem europskeptischen und rechtspopulistischen östlichen Block nicht die Rede sein, insbesondere nicht von einem Visegrád-Block. Zwischen den Führungspolitikern in Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn gibt es jede Menge Interessenunterschiede sowie politische und ideologische Differenzen. Auch haben die seit 1991 kooperierenden Visegrád-Staaten praktisch kaum mehr gemeinsame politische Projekte. Selbst die Achse Warschau-Budapest ist schon lange instabil.

Ein gemeinsamer Nenner in den östlichen EU-Staaten besteht in der weitgehenden oder vollständigen Ablehnung von Einwanderung und EU-Zwangsquoten für Flüchtlinge. Allerdings reichen die Positionen dabei von zähneknirschender Akzeptanz wie in den baltischen Staaten, der Slowakei, Rumänien und Bulgarien, bis hin zur totalen Ablehnung wie in Polen, Tschechien oder Ungarn.

Ähnlich sieht es beim Thema EU-Reform aus, bei dem die Vorstellungen der einzelnen Länder weit auseinander gehen. Orbán und Jarosław Kaczyński verlangen ein „Europa der Nationen“ mit mehr nationalen Kompetenzen, der slowakische Ministerpräsident Robert Fico positioniert sich zur Zeit als Anhänger einer vertieften Integration. In Rumänien wiederum ist das Ziel der regierenden rhetorisch europafeindlichen Allianz aus wendekommunistisch-nationalistischen Sozialdemokraten und National-Liberalen in erster Linie eine Verwässerung rechtsstaatlicher Prinzipien und des Kampfs gegen Korruption.

Tschechiens designierter Regierungschef Andrej Babiš punktet seinerseits zwar auch mit deftiger Anti-EU-Rhetorik, doch in Wirklichkeit agiert er bisher aus pragmatischen Gründen EU-freundlicher als so mancher tschechischer Politiker aus dem traditionellen Parteienspektrum. Das Firmenimperium des Milliardärs, die Agrofert-Holding mit ihren rund 250 Unternehmen, erstreckt sich über den gesamten europäischen Kontinent und ist in Tschechien der größte private EU-Subventionsempfänger. Babiš will die EU – wie Tschechien – verschlanken und effizienter machen.

Auch politisch-ideologisch sind die Differenzen gerade zwischen den Visegrád-Staaten beträchtlich: Ungarn ist in seiner antidemokratischen Umgestaltung am weitesten fortgeschritten. Anderseits fehlt Orbán das missionarische Sendungsbewusstsein von Kaczyński. Ein großer ungarisch-polnischer Gegensatz besteht in der Haltung zu Russland – Orbán pflegt ein enges Verhältnis zu Putin, während Polen Russland besonders seit der Krim-Annexion als gefährliche Bedrohung empfindet. In Kaczyńskis PiS-Partei wird Orbán für seinen Pro-Putin-Kurs offen kritisiert.

Die Slowakei ist das einzige Euro-Land der Visegrád-Gruppe, während alle drei anderen dem Euro eher skeptisch gegenüberstehen. Nach einer längeren nationalistischen und populistischen Phase betont der slowakische Premierminister Robert Fico nun nachdrücklich, sein Land wolle zu Kerneuropa gehören. Tatsächlich ist die Slowakei wie kein anderes Land der Visegrád-Gruppe in den europäischen Wirtschaftskreislauf eingebunden.

Dem gebürtigen Slowaken Andrej Babiš wiederum, über dessen Aussprache des Tschechischen bis heute immer wieder gewitzelt wird, ist der Nationalismus von Orbán und Kaczyński fremd. Dennoch gehen von ihm einige Gefahren für den tschechischen Rechtsstaat aus: Babiš ist der Typ des ambitionierten, selbstherrlichen und zutiefst von sich selbst überzeugten Oligarchen, der glaubt, dass sein autoritärer unternehmerischer Führungsstil auch dem gesamten Land guttut. Er hasst die unabhängigen Medien und er begreift nicht, warum seine Steuer- und Subventionstricksereien, wegen derer gegen ihn ermittelt wird, echte Skandale sind. Doch inwieweit er Tschechien umkrempeln kann und wird, ist noch völlig offen.

Ursprünglich hatte Orbán 2017 zum „Jahr der Revolte“ ausgerufen – eine Revolte der europäischen Nationalstaaten gegen das etablierte Europa, die im Osten der EU ihren Anfang nehmen sollte. Doch der Aufstand ist bisher ausgeblieben – und er wird vorerst auch nicht stattfinden.

Keno Verseck arbeitet seit 1991 als freier Journalist mit Schwerpunkt Mittel- und Südosteuropa.

OPA
ERUNG

politische Organisation erleben einen
mer tiefer und immer breiter sollten
nlicher die politischen Verhältnisse,
inander. Aber während im Westen
rlassen will, wächst bei den Ländern
it mit dem liberalen Europa.

Zwischen Armut und Populismus

Bulgarien übernimmt im Januar 2018 die EU-Ratspräsidentschaft. Eher unbemerkt von der europäischen Öffentlichkeit, hat sich auch dort das politische Klima in Richtung Populismus verschoben

VON KENO VERSECK

Das Motto Bulgariens für den Vorsitz der EU-Ratspräsidentschaft lautet „Einheit schafft Stärke“. Selbstbewusst präsentierte sich der konservative bulgarische Regierungschef Bojko Borissow damit Anfang November beim EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker in Brüssel und besprach mit ihm die Prioritäten, die sein Land in den sechs Monaten der Ratspräsidentschaft setzen will. Dazu gehören die Themen Migration und Sicherheitspolitik, EU-Integration der Westbalkan-Region und die Zukunft der EU-Kohäsionspolitik.

Borissow und Juncker sind, beide auf ihre Weise, leutselige und kumpelhafte Typen. Gut gelaunt traten sie nach ihrer Besprechung vor die Presse. Von Problemen war nichts zu vernehmen. „Während unseres Vorsitzes der Ratspräsidentschaft wollen wir die EU stärker machen“, sagte Borissow. Juncker pries Bulgarien als „wunderschön“ und das bulgarische Volk als „wundervoll“.

Tatsächlich kann „Bruder Bojko”, wie der ehemalige Leibwächter in Bulgarien genannt wird, gerade auf eine ruhigere Zeit und auf einige Erfolge blicken. Dem Land geht es gut, jedenfalls laut makroökonomischen Zahlen. Die Wirtschaft wächst jährlich um rund drei Prozent, dieses Jahr könnten es sogar vier werden. Die Inflation ist gering, die Arbeitslosigkeit sinkt, beim Haushaltsdefizit und Schuldenanteil am Bruttosozialprodukt verzeichnet Bulgarien EU-weit Niedrigwerte. Für die den Erfolgssektor Tourismusbranche war 2017 ein neues Rekordjahr: Allein bis zum Herbstanfang kamen neun Millionen Gäste ins Land – ein Spitzenwert.

Auch politisch ist es ruhig – gemessen jedenfalls an den stürmischen Zeiten, die Bulgarien in den vergangenen Jahren durchmachte. Borissows national-konservative Partei „Bürger für eine europäische Entwicklung Bulgariens“ (GERB) regiert seit Mai dieses Jahres zusammen mit der ultranationalistischen Drei-Parteien-Allianz „Vereinigte Patrioten“. Die Kritik an dieser „monströsen Koalition“ mit chauvinistischen, rassistischen und rechtsextremen Politikern ist inzwischen überwiegend verstummt; Borissow hat die „Patrioten“ halbwegs integriert, und diese halten sich, um der Beteiligung an der Macht willen, einstweilen weitgehend zurück mit ihren Kampagnen gegen Nato und EU, gegen Flüchtlinge, Roma und andere Minderheiten.

Doch das ist nur eine Momentaufnahme. In Wirklichkeit hat Bulgarien schwerwiegende soziale und politische Probleme. Das Sieben-Millionen-Einwohner-Land ist – noch deutlich hinter Rumänien – das ärmste Mitglied der Europäischen Union. Dabei kontrastieren Boomregionen wie die Hauptstadt Sofia oder die Touristenzentren an der Schwarzmeerküste mit völlig verarmten und großenteils verlassenen Landstrichen wie im Nordosten Bulgariens um die Kreisstadt Vidin – die ärmste Region der EU überhaupt.

Der Durchschnittslohn liegt bei etwa 500 Euro im Monat, nach verschiedenen Berechnungen lebt ein Viertel bis ein Drittel der Bevölkerung unter der Armutsgrenze, besonders Rentner haben es schwer: Sie bekommen durchschnittlich 175 Euro im Monat – bei Preisen, die vielfach westeuropäisches Niveau erreichen.

Wegen der schwierigen sozialen Lage verließen in den vergangenen Jahren hunderttausende Menschen Bulgarien, um im Ausland zu arbeiten, darunter auch viele gut ausgebildete Fachkräfte aus den Bereichen Medizin, IT und Ingenieurswesen. Während die gut Ausgebildeten oft abwandern, ernähren die ungelernten Arbeitsmigranten mit ihren Überweisungen die daheimgebliebenen Familienmitglieder – oft ihre minderjährigen Kinder und Großeltern.

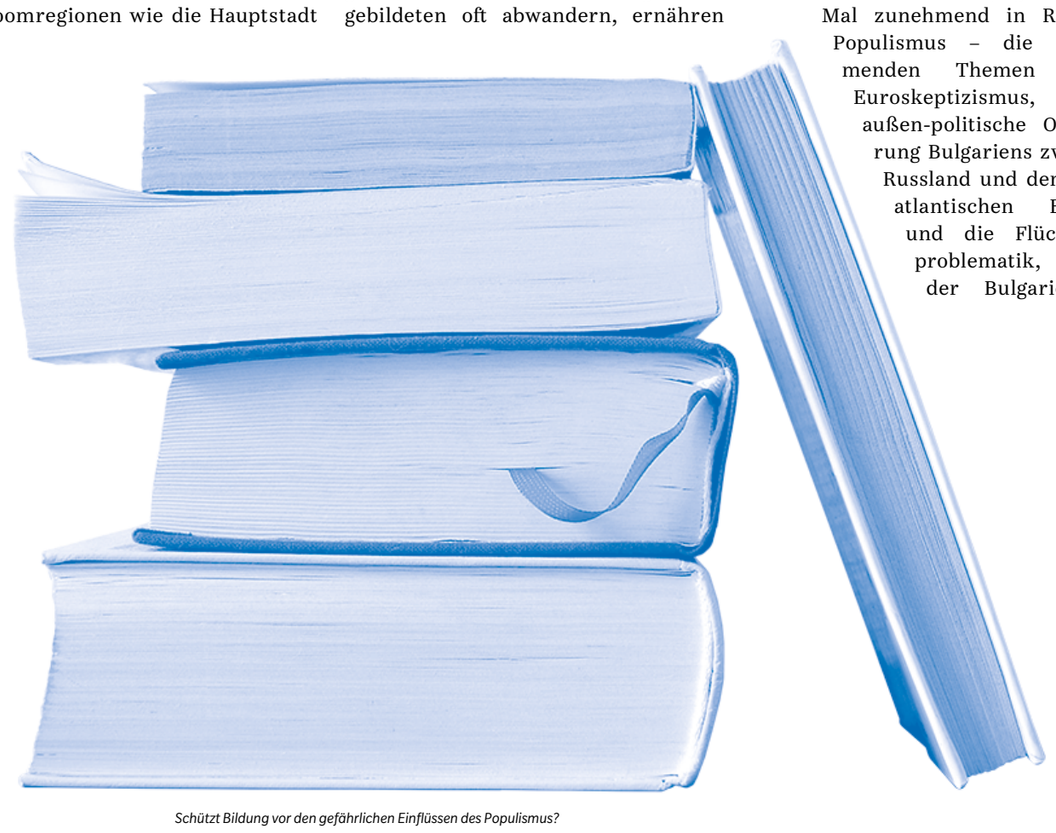
Bulgarien ist innenpolitisch traditionell instabil, Koalitionen wechseln häufig. Seit 2009 hat kein Kabinett mehr eine volle vierjährige Amtszeit durchgehalten. Anfang 2013 eskalierten Proteste gegen Strompreiserhöhungen in eine gewalttätige Revolte gegen die allgemeinen sozialen Missstände, einige Monate später gingen wochenlang zehntausende Bulgaren auf die Straße, um gegen Korruption und gegen das politische Establishment insgesamt zu demonstrieren.

Seit 2013 gab es drei vorgezogene Neuwahlen, die letzte im März dieses Jahres. Dabei verschoben sich die Akzente in den Kampagnen jedes Mal zunehmend in Richtung Populismus – die bestimmenden Themen waren Euroskeptizismus, die außen-politische Orientierung Bulgariens zwischen Russland und dem euroatlantischen Bündnis und die Flüchtlingsproblematik, von der Bulgarien als „Frontstaat“ mit einer Landgrenze zur Türkei direkt betroffen ist. Der bulgarische Politologe Daniel Smilow spricht von einer generellen Verschiebung des politischen Diskurses in Bulgarien in Richtung eines „patriotischen Populismus“.

Eigentliche Gewinner der Wahl im März 2017 waren die Ultranationalisten und Populisten: Die drei lange zerstrittenen nationalistischen Parteien NFSB, Ataka und VMRO hatten sich erstmals zu den „Vereinigten Patrioten“ zusammengeschlossen und konnten drittstärkste Kraft werden. Daneben gelangte die populistische Protestpartei des Pharma- und Tankstellenunternehmers Wesselin Mareschki ins Parlament.

Beherrschend blieben zwar weiterhin die beiden großen Parteien Bulgariens – neben Borissows GERB die Sozialisten (BSP), doch auch ihr Diskurs hat sich in den vergangenen Jahren zunehmend in Richtung Populismus verschoben: Borissow klopft häufig Sprüche gegen Flüchtlinge oder Roma, mitunter auch gegen die EU. Die BSP-Chefin Kornelia Ninowa fällt ihrerseits durch unverhüllte Ostalgie auf, etwa mit Sätzen wie: „Die Demokratie hat uns viel genommen: Gesundheit, Bildung, Sicherheit.“

Wie sehr sich der Diskurs in Bulgarien tatsächlich verschoben hat, zeigte unlängst eine Episode um den stellvertretenden Regierungschef Waleri Simeonow, den Co-Vorsitzenden der „Vereinigten Patrioten“: Ende Oktober verurteilte ihn ein Gericht wegen einer Hassrede im Parlament, die er 2014 gehalten und in der er Roma als „unverschämte und tierische Menschenähnliche“ und Roma-Frauen als „Straßenhündinnen“ bezeichnet hatte. Obwohl das Gericht Simeonow für schuldig befand, die Menschenwürde der Roma verletzt und gegen das Antidiskriminierungsgesetz verstoßen zu haben, sah der Vize-Regierungschef keinen Anlass zum Rücktritt. Und auch „Bruder Bojko“ kommentierte die Angelegenheit mit keinem Wort.



Schützt Bildung vor den gefährlichen Einflüssen des Populismus?

MAUER DER TRAUER

In Moskau ist eine Gedenkstätte für die Opfer politischer Repression in der Sowjetunion entstanden. Was soll sie dem heutigen Russland sagen?

VON OLGA FILINA

Ein Bereich der russischen Politik wird außerordentlich heftig und kontrovers diskutiert: die Erinnerungskultur. Es wäre übereilt anzunehmen, dass damit Licht ins Dunkle käme. Die russische Staatsführung restauriert die sowjetische Symbolik, ist zu hören. Und für die russische Staatsführung sei allein die Geschichte der Siege maßgeblich.

Diese Sichtweise übersieht das Paradoxe der Situation: Warum bemüht man sich, den 7. November (Tag der Einheit des Volkes) mit dem 4. November (Nationalfeiertag seit 2005) in den Schatten zu stellen? Und aus welchem Grund wurde eine „Mauer der Trauer“ geschaffen, wenn allein die Geschichte der Siege gefragt ist?

Das Monument des Bildhauers Georgi Franguljan stellt tatsächlich eine Mauer dar, bestehend aus menschlichen Silhouetten aus Bronze, Opfer des großen Terrors. Sie ist das erste Großdenkmal in der russischen Hauptstadt, das dem Gedenken an die Zeit der Repressionen gewidmet ist. Bereits 2014, als der Entwurf lediglich in der Regierung diskutiert wurde, räumte Wladimir Putin ein, dass „es zumindest eigenartig anmutet“, dass die Frage nach dem Gedenken an die Opfer in Moskau noch nicht entschieden ist.

Staatsführung als auch die Bürgerinnen und Bürger trugen dazu bei, diesen eigenartigen Zustand zu beenden. Die Kosten von mehr als 300 Millionen Rubel (rund 4,5 Millionen Euro) stammen aus dem Haushalt und aus Spenden, die bei der Solschenizyn-Stiftung sowie der Menschenrechtsorganisation Memorial eingingen, die sich der Bewahrung und Aktualisierung der Geschichte des Terrors des 20. Jahrhunderts widmet.

Die Dimension der Anlage, die an einem belebten Ort, wo die Straße Sadowoje Kolzo die Allee Akademika Sacharowa kreuzt, errichtet wurde, übertraf die Erwartungen der Skeptiker. Sechs Meter hoch, 30 Meter lang, 90 Tonnen Bronze und, vor allem, um ein Vielfaches größer und teurer als das Respekt gebietende Denkmal für Fürst Wladimir, der die Rus christianisierte.

Bei der Einweihung der „Mauer der Trauer“ waren führende Vertreter des Landes zugegen, darunter auch der Präsident. Die Journalisten rätselten, was wohl diese politische Geste bedeutet und wie sie in die Handlungslogik der gegenwärtigen russischen Staatsführung passt?

Als Schlüssel zum Verständnis könnte die Tatsache dienen, dass unsere „Erinnerungskultur“ selbst wesentlich jünger ist als das neue Russland. Mit der gebotenen Ernsthaftigkeit begann man erst nach dem Jahr 2012 darüber zu sprechen. Es gibt einfach noch keine etablierten Spielregeln in diesem Bereich. Es existieren weder ein geistiger Rahmen noch strenge Verbote noch eine vernehmbare klare öffentliche Meinung. Es mag überraschen, aber es gibt noch nicht einmal eine fertige Vorstellung von Staatsseite. Alles ist erst im Entstehen begriffen.

In den 1990er-Jahren wurde das sowjetische politische Regime demontiert, nicht aber die sowjetische Geschichtsversion. Zweifellos gab es damals eine massenhafte spontane Verurteilung der kommunistischen Doktrin, was die Verteidiger des Weißen Hauses (Sitz der Regierung der Russischen Föderation) ermutigte. Sie wurde jedoch von der Staatsführung nicht institutionalisiert, weder unmittelbar nach den Geschehnissen, noch später.

Die Tage vom 19. bis zum 21. August 1991 waren die Geburtsstunde der ersten Helden des neuen Russland, Helden, die sich opferten im Kampf für die Demokratie. Diese Tage wurden weder gesamtnationale Gedenktage und schon gar keine Feiertage. Stattdessen gewannen die sowjetischen Feiertage bald darauf wieder an Popularität; sie kamen wieder zu Ehren und wurden zum Banner der kommunistischen Opposition. All das erzeugte bei der neuen demokratischen Staatsführung eine Art Unentschlossenheit gegenüber der Vergangenheit – ganz anders als bei den Bolschewiki im Jahr 1918, die keine Anstrengungen und Mittel scheuten, um sowohl den Kalender als auch die Denkmäler des zaristischen Russlands aus der Welt zu schaffen.

Die Machtübernahme durch Wladimir Putin, der sich auf den Staat zurückbesinnen und eine Nation aufbauen wollte, änderte die Lage nicht ernsthaft, zumal die demokratische Revolution keinen etablierten Mythos hinterlassen hatte, auf den man hätte verlässlich zurückgreifen können. „Demzufolge wurde Kurs gesetzt auf die Eklektik, auf die punktuelle Nutzung von historischen Ereignissen, Erscheinungen und Figuren, die dem Kontext entsprachen und ein positives Bild von ‚uns‘ erzeugten“, erklärt Olga Malinowa, Professorin an der Hochschule für Wirtschaft in Moskau. „Die Vergangenheit wurde à la carte genutzt, es gab keine klare Erinnerungskultur, weder in den ersten beiden Amtszeiten von Präsident Putin, noch während der Präsidentschaft von Medwedew.“

Diese eklektische Auswahl, die „Doktrin der totalen Weiterführung“ wurde sehr beredt im Jahr 2000 durch die offizielle Staatssymbolik Russlands veranschaulicht: die dreifarbige Fahne, die Fahne des Kampfs für Demokratie im Jahr 1991, das Wappen mit dem doppelköpfigen Adler, das Symbol des Zarenreichs, und die Hymne, die unter Beibehaltung der Musik der sowjetischen Hymne einen neuen Text erhielt.

Es bedurfte einer Herausforderung, die mit den Protestdemonstrationen der Jahre 2011 und 2012 im Zusammenhang stand, dass Labilität und Leere der neuen Version des russischen Staatswesens für den Kreml offenkundig wurden. Daraufhin wurden Entwürfe für neue Denkmäler, Diskussionen über ein „einheitliches Lehrbuch für Geschichte“, die Gründung der historischen, geografischen und militärhistorischen Gesellschaften Russlands, großangelegte Ausstellungen in der Manege, dem größten kulturellen Ausstellungskomplex in Moskau, und in anderen russischen Städten angeregt. Kurz: Die Politik begann, sich um die Geschichte und vor allem die kollektive Erinnerung und Identität zu kümmern.

Notwendig ist eine besondere politische Zäsur, die die Gesellschaft dazu bringt, sich selbst zu definieren.

2015 nahmen Ideen zur Schaffung eines neuen „Pantheons der Feiertage“ im Kalender Gestalt an, in den vier wichtige Feiertage aufgenommen werden sollten: der Tag des Sieges (der dem Land, nach den Worten von Nikolai Koposow, als „Entstehungsmythos“ dienen sollte), der Tag der Einheit des Volkes, der Tag Russlands und der Tag der Wiedervereinigung der Krim mit Russland. Dabei erzielte in jenem Jahr 2015 die von Sergej Karaganow geführte Koalition der liberalen Kräfte, die für eine konsequente Kritik des sowjetischen Projekts eintrat, einige solide Erfolge. Im Zentrum von Moskau wurde in einem neuen Gebäude das Gulag-Museum eröffnet. Die Regierung verabschiedete die staatliche Konzeption zum Gedenken an die Opfer politischer Repressionen. Die „Mauer der Trauer“ ist eines der ersten geplanten und realisierten Projekte aus dieser Konzeption.

Fünf Jahre im Zeichen der Erinnerungskultur und heftiger Auseinandersetzungen über unsere Vergangenheit haben gezeigt, dass die Historie heutzutage ein zu kompliziertes Feld für ein direktes Diktat von oben ist. Auf diesem Feld gibt es kein Monopol und kann es auch keines geben (selbst wenn der Kreml genau wüsste, was er den Bürgerinnen und Bürgern sagen wollte). Der Versuch der Staatsführung, zum Gedenken an den 100. Jahrestag der Revolution ein Denkmal der Versöhnung und Eintracht auf der Krim zu errichten, ist auf den heftigen Widerstand gestoßen. Die Stalinisten wollen sich nicht mit der Bourgeoisie versöhnen, die Monarchisten nicht mit den Mördern des Zaren.

Nach Aussage von Olga Malinowa ist infolge der Proteste von Bürgerinitiativen der „Kontrapunkt zweier Denkmäler“ gescheitert – der „Mauer der Trauer“ in Moskau und der Stehle der Wiedervereinigung auf der Krim, die der Kreml am Ende dieses Jahres einweihen wollte. Es hat sich herausgestellt, dass die Arbeit mit der Symbolik auch noch einer tiefgreifenden Aufarbeitung der „schweren“ oder „brisanten“ Vergangenheit bedarf, welche die russische Gesellschaft weiterhin trennt.

Aus diesem Grund besteht das entscheidende Spannungsfeld heute nicht darin, hinter den hinterhältigen Plan der russischen Staatsführung zur „Sowjetisierung“ des gesamten Landes zu kommen, sondern darin, sich klar zu werden, ob man sich in der Staatsführung der Größe des Problems, der Etablierung einer allgemeinen Erinnerung in der Gesellschaft, die ein historisches Trauma erlebt hat, bewusst ist, und ob die Bereitschaft besteht, dieses Problem in langer Perspektive anzugehen. Wenn ja, so stellt sich im Nachgang zur Anerkennung der Tragik der Repressionen auch die Frage nach der Anerkennung der Schuld und der Verantwortung der Schuldigen. Nicht zu tolerieren sind Eklektik und „politische Flexibilität“, die es der Staatsführung erlauben, sowohl mit den Befürwortern des Stalinismus und Anhängern von Kurginjan als auch mit System-Liberalen wie noch vor kurzem Freundschaft zu pflegen. Dabei ist klar, dass es nicht gelingen wird, die einen und die anderen mit Allgemeinplätzen, auf einen Schlag und innerhalb eines Jahres zu versöhnen. Hier kommt es nicht so sehr auf politische Erklärungen, sondern auf die Veränderung des Umfelds an.

„Gespräche über die Opfer der Repressionen werden in der russischen Gesellschaft nunmehr toleriert, im Gegensatz zu Gesprächen über die Vollstrecker der Repressionen“, meint Olga Lebedewa, Wissenschaftlerin und Mitwirkende am Projekt „Topografie des Terrors“ von Memorial. „Dabei verschiebt sich bei den zivilen Projekten der Fokus eben gerade auf die Frage nach der Verantwortung.“

Über Verantwortung nachzudenken sei unbequem, sagte uns eine junge Studentin bei unserer Umfrage: „Natürlich ist es sehr wichtig, sich der Repressionen, der Opfer und der Täter zu erinnern, jedoch nicht jeden Tag.“ Offensichtlich zeigen die Menschen häufig bereitwillig Mitgefühl und Mitleid, wollen aber nicht, dass die Erinnerung an das Übel des 20. Jahrhunderts, an der sie beteiligt werden, ihr historisches Bewusstsein dominiert.

Sowohl Film, als auch Fernsehen und ein großer Teil der zeitgenössischen Literatur in Russland führen häufig das Gespräch über das sowjetische Projekt auf die gleichen Emotionen zurück, die dem Auditorium vertraut und verständlich sind. Es brodeln die melodramatischen Leidenschaften, Schicksalsfäden werden zerrissen, Hysterie kommt auf, aber keine Diskussionen und keine neue Rationalität, und damit die Einsicht, dass es so etwas nie wieder geben darf. In einer solchen Atmosphäre läuft sogar die „Mauer der Trauer“ Gefahr, nur ein emotionales Statement zu werden, wohingegen offensichtlich mehr notwendig ist. Notwendig sind Ort und Zeit für Reflexionen. Notwendig ist eine besondere politische Zäsur, welche die Gesellschaft dazu bringt, sich selbst zu definieren.

In dem, was derzeit passiert, ist nicht unbedingt böse Absicht zu sehen. Es kann mit der gleichen Unentschlossenheit gegenüber der Geschichte erklärt werden, die für das neue Russland typisch ist. Wir haben aber noch nicht geklärt, was wir daraus für die Zukunft mitnehmen. „Management der Geschichte“, wie Professor Iwan Kurilla von der Europa-Universität Sankt Petersburg meinte, „ist eine für uns noch neue Fachrichtung. Die wichtigste Frage heute ist doch allem Anschein nach die Frage nach kompetenten „Managern“. Diese Wahl findet in einer bewegten und dem Streit ausgesetzten „Erinnerungskultur“ statt und hängt real von den Menschen ab, von jenen, die in den Archiven stöbern, eine Kerze zum Gedenken der Opfer der repressiven Maschinerie anzünden und Geld sammeln für die Projekte des Gulag-Museums. So hat die Mittelschule Nr. 3 der Kosakensiedlung Kirowskaja im Gebiet Rostow gemeinsam mit der Elternvertretung für die „Mauer der Trauer“ 75 000 Rubel gesammelt. Jede Aktion auf diesem politischen Feld wird zu einer Stimme und bestimmt die Konturen der Sichtweise, innerhalb derer Russland wird leben müssen.

Olga Filina
ist Reporterin der Zeitung
Kommersant.

PICTURE ALLIANCE / EMILE-ALAN DUCKE

Dunkle Geschichte: Das Denkmal für die Opfer des sowjetischen Terrors „Mauer der Trauer“ des Bildhauers Georgi Franguljan.

Weil es an der Zeit ist

Die liberale Muslimin Seyran Ateş hat die erste Berliner Moschee gegründet, in der auch Frauen predigen dürfen

VON FELIZIA MERTEN

Am Anfang sind es diese Worte: „Im Namen des barmherzigen und gnädigen Gottes, der den Menschen in seiner Vielfalt geschaffen hat, soll die Gesellschaft dazu beitragen, das Zusammenleben von Menschen islamischen Glaubens in Deutschland nach den Regeln der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen und des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland zu gestalten."

So begrüßt die kürzlich eröffnete Ibn Rushd Goethe Moschee, die im Nebengebäude der evangelischen St. Johanniskirche im Berliner Stadtteil Moabit ihren Platz gefunden hat. Dort über dem Jugendraum, im ehemaligen Theatersaal, wird seit Mitte Juni 2017 ein liberaler und demokratischer Islam gelebt und gelehrt.

Obwohl es in Berlin mehr als 75 eingetragene Moscheen gibt, hat die Eröffnung dieser Moschee für besonders viel Aufmerksamkeit gesorgt. In der Ibn Rushd Goethe Moschee beten Männer und Frauen nebeneinander. Homosexuelle sind willkommen. Frauen können sowohl Vorbeterinnen als auch Imaminnen sein, sie müssen kein Kopftuch tragen. Neben Muslimen jeglicher Konfession sind ebenso Christen, Juden und Atheisten willkommen.

„Diese Moschee soll Heimat für alle Menschen sein, die sich in den traditionellen, konservativen und patriarchalen Strukturen des Islam nicht zu Hause fühlen", erklärt die Initiatorin der Moschee, Seyran Ateş. Die türkischstämmige Menschen- und Frauenrechtsaktivistin, eigentlich Juristin und keine Islamwissenschaftlerin, ist in Deutschland so bekannt wie keine zweite liberale Muslimin. Häufig ist sie zu Gast in den viel gesehenen Talkshows, wo sie so streitbar wie eloquent ihre Stimme erhebt. Nicht nur dort wollte und will sie den Islam nicht mehr den Radikalen oder gar Terroristen überlassen.

Die Idee für dieses Projekt entstand während ihrer Zeit als Mitglied der Deutschen Islamkonferenz von 2006-2009. Damals hatte sie erlebt, wie die konservativen Verbände die Deutungshoheit über den Islam und seine Ausgestaltung an sich gerissen haben. „Die Welt wurde in ‚Halal' und ‚Haram', in Muslim und Nicht-Muslim eingeteilt", sagt Ateş, „für liberale Lesarten war kein Platz." 2009 schließlich wurde die Idee einer liberalen Moschee für sie zum Herzensprojekt. „Ich wollte ein Zeichen setzen gegen den islamistischen Terror und gegen die Frauenfeindlichkeit im Islam", so Ateş.

Gemeinsam mit anderen Gründungsmitgliedern, aus eigenem Vermögen und Spenden finanziert, hat die 54-Jährige dieses Projekt in die Tat umgesetzt und die Moschee als gemeinnützige GmbH gegründet. Dabei geht es der Ibn Rushd Goethe Gemeinde, die sich auf Menschenrechte und Religionsfreiheit beruft, nicht darum, sich gegen konservative und traditionelle Moscheen und Verbände zu wenden. „Wir wollen gerne zusammen mit den Verbänden gegen den islamistischen Terror und an einem demokratischen und aufgeklärten Islam arbeiten", sagt Ateş.

Mit dieser Absicht haben die Gründer den arabischen Philosophen Ibn Rushd zum Namenspatron der Moschee erklärt. Ibn Rushd (1126-1198), auch unter dem Namen Averroës bekannt, gilt als Vordenker und Aufklärer des Islam. Er hat Vernunft und Glauben friedlich verbunden. Und genau das will auch Ateş: eine vernünftige und historisch-kritische Auseinandersetzung mit dem Koran und den Traditionen des Islam sowie einen friedlichen Dialog mit den anderen Religionen.

Der wohl bedeutendste deutsche Dichter, Johann Wolfgang von Goethe (1748-1832), wurde als Vorbild für respektvollen Dialog zum zweiten Namensgeber der Moschee. In seiner von dem persischen Dichter Hafis inspirierten Gedichtsammlung „West-östlicher Divan" heißt an einer berühmten Stelle: „Wer sich selbst und andere kennt / Wird auch hier erkennen / Orient und Okzident / Sind nicht mehr zu trennen."

Weltweit finden Ateş und ihre Gemeinde viel Zustimmung und Unterstützung. „Unser Projekt wird als Friedensprojekt wahrgenommen", erzählt sie.

Ganz neu ist die liberale Ausrichtung der Ibn Rushd Goethe Moschee allerdings nicht. Sowohl in Deutschland als auch in Großbritannien (Inclusive Mosque), in den USA oder in der Schweiz (Offene Moschee Schweiz) gibt es ähnliche liberale Projekte. Auch die Möglichkeit, dass Frauen in der Moschee vorbeten dürfen oder Imaminnen sind, existiert bereits. In den Frauenmoscheen Chinas ist das bereits seit 300 Jahren gelebte Realität – Frauen für Frauen. In Kopenhagen wurde 2016 die erste europäische Frauenmoschee (Miriam Mosque) nach ähnlichem Vorbild gegründet. Seyran Ateş weiß jedoch, warum ihre Moschee so sehr provoziert: „Wir machen Revolution und prangern die Missstände öffentlich an. Damit werden wir sichtbar. Das gefällt vielen Funktionären im Islam nicht."

Tatsächlich konnten die Reaktionen auf Gründung und Eröffnung der Ibn Rushd Goethe Moschee unterschiedlicher nicht ausfallen. Der Regierende Bürgermeister Berlins, Michael Müller, und die Berliner CDU begrüßten wie viele andere auch das Moscheeprojekt. Neben den Planungen für das Institut Islamischer Theologie an der Humboldt-Universität oder den Vorbereitungen für das „House of One", wo Muslime, Christen und Juden zukünftig gemeinsam beten sollen, passt auch die Ibn Rushd Goethe Moschee gut zu den Bestrebungen, einen liberalen Islam in der Hauptstadt zu etablieren.

Parallel zu den positiven Reaktionen kam es im Zuge der Eröffnung der Moschee jedoch ebenfalls zu vehementen Verurteilungen, insbesondere aus dem Ausland. So kritisierte die sogenannte Fatwa-Behörde Ägyptens (Dar Al-Ifta) die Moschee wegen des gemeinsamen Gebets von Männern und Frauen. „Der Islam verbietet Körperkontakt zwischen Männern und Frauen während des Gebets", stellt ein Gutachten fest. „Denn das verletzt die Grundlagen des islamischen Rechts."

DPA/SOEREN STACHE

Die Gründerin der Ibn Rushd Goethe Moschee: Seyran Ateş.

Die türkische Religionsbehörde Diyanet warf der Ibn Rushd Goethe Moschee nicht nur die Zerstörung des Islam vor, sondern unterstellte auch, dass es sich um eine Fethullah-Gülen-Kirche und nicht um eine Moschee handele. Die Folgen dieser offiziellen Verurteilungen sind nicht nur Beschimpfungen und Morddrohungen, denen Ateş und ihre Gemeinde nun ausgesetzt sind, sondern auch erhöhter Personenschutz für die Gründerin. Ateş will sich dadurch jedoch nicht einschüchtern lassen und weiter das Friedensprojekt eines liberalen Islam gegen jeden Extremismus vorantreiben. „Es gibt unglaublich viele Musliminnen und Muslime weltweit, die sich seit Jahrzehnten einen liberalen, gleichberechtigten und aufgeklärten Islam wünschen, aber aus Angst schweigen. Diesen Menschen möchte ich eine Stimme geben", erklärt sie. Für die Zukunft hat Seyran Ateş die Hoffnung, dass es bald noch viel mehr liberale Moscheen gibt. Ganz unbegründet ist diese Hoffnung nicht: Der Islamwissenschaftler und Mitbegründer Abdel-Hakim Ourghi jedenfalls hat bereits angekündigt, dass genau so eine liberale Moschee für das badische Freiburg in Planung ist.

Felizia Merten, Diplom-Theologin, war Redakteurin der Herder Korrespondenz. *Sie lehrt an der Katholischen Hochschule in Berlin und ist freie Journalistin.*

- Nachhaltigkeit als Unternehmensvision
- Zuverlässige Versorgung von Schlüsselindustrien mit Industriemineralien
- Innovative Produkte – traditionelle Werte
- Soziale Verantwortung für Mitarbeiter und Nachbarn
- Ausgezeichnet für Maßnahmen zum Erhalt der Artenvielfalt

www.quarzwerke.com

Quarzwerke
FAMILIENUNTERNEHMEN SEIT 1884

Armes Berlin

Dass die Sowjetunion nach Ende des Zweiten Weltkriegs die Industrie im deutschen Osten demontierte, hat Leonid Mletschin in der Septemberausgabe des Petersburger Dialogs *eindrucksvoll beschrieben. Aber auch die westlichen Alliierten bedienten sich. Unter den Folgen der Teilung leidet Berlin bis heute*

VON PETER KOEPF

Der Chef der Französischen Militärregierung von Groß-Berlin, Jean Ganeval, war ein konsequenter Stadtkommandant. Alle Rüstungsschmieden der Nazis sollten verschwinden, darauf hatten sich die Alliierten in Jalta geeinigt. Und so sollten auf seinen Befehl auch die Borsig-Werke „zur Liquidation gestellt werden“. In einem verzweifelten Schreiben wandten sich Betriebsrat Lübcke und Werksleiter Fröhlich am 1. März 1947 gegen das Vorhaben des einstigen Resistance-Kämpfers und Buchenwald-Insassen Ganeval. Das Werk sei doch bereits im Mai und Juni 1945 von der Rote Armee „völlig demontiert“ worden, schrieben sie, 2000 Maschinen mit einem Gesamtgewicht von etwa 11000 Tonnen und einem Tageswert von zusammen etwa 25 Millionen Reichsmark hätten die Sowjets abgebaut und mitgenommen. Das heutige Werk bestehe aus reparierten, aus den Bombentrümmern geborgenen Maschinen und Einrichtungen, die mit großem Geldaufwand (zum Teil mit öffentlichen Mitteln) geflickt worden seien. Borsig habe nach mühsamem Aufbau ausschließlich Friedenserzeugnisse produziert: Dampfmaschinen, Kompressoren, Pumpen, Kälteanlagen, chemische Anlagen, Dampfkessel und Dampfturbinen. Doch alles Bitten und Betteln half nichts. Die Borsig-Werke, von denen einst der ganze Westberliner Bezirk Tegel lebte, sollten bis 1950 stillstehen.

Nach dem Krieg war Berlin das größte Trümmerfeld der Welt.

Vor dem Krieg war Berlin der größte deutsche Industriestandort mit modernsten technischen Anlagen. Der Wirtschaftshistoriker Johannes Bähr nannte die Stadt rückblickend „Elektropolis“, weil sie in der Elektrotechnik führend war und 41 Prozent der deutschen Beschäftigten der Elektroindustrie hier arbeiteten. Stark war Berlin auch im Maschinen-, Stahl- und Fahrzeugbau, in der Eisen-, Stahl- und Metallwarenindustrie, im Bauwesen, in hochspezialisierten Verarbeitungsstätten bis hin zu Verbrauchsgütern und Textilien. Vor dem Zweiten Weltkrieg arbeiteten in Berlin fast so viele Menschen in gewerblichen Betrieben wie in Bayern oder Sachsen. Auch der in einer Hauptstadt naturgemäß starke Dienstleistungsbereich erzielte überdurchschnittliche Einkünfte. Berlin war Verkehrs- und Handelszentrum sowie größter Banken- und Börsenplatz Deutschlands.

Die Erwerbsquote lag mit 54,3 Prozent über dem Reichsdurchschnitt (51,3), und jeder Kopf erzielte eine um ein Drittel höhere Produktivität. Frank Zschaler, inzwischen Professor für Wirtschafts- und Sozialgeschichte im bayerischen Eichstätt, wies 1995 in einer Veröffentlichung der Historischen Kommission zu Berlin darauf hin, dass Berlin andere deutsche Gaue an seinem Reichtum teilhaben ließ: Nur ein Fünftel des Steueraufkommens wurde in Berlin verbraucht, „der weitaus größte Teil floss der Reichsfinanzverwaltung zu und diente somit der Finanzierung von Staatsaufgaben und dem Finanzausgleich“.

Nach dem Krieg war Berlin das größte Trümmerfeld der Welt. 1947 hatte die Stadt im Vergleich zu 1936 drei Viertel ihrer Industriekapazität verloren. An den Bomben lag es nicht – es waren die Demontagen der Siegermächte, die Berlins Industrie schwächten.

In Jalta hatten sich die Alliierten darauf geeinigt, Reparationsleistungen in einer gemeinsamen Kommission zu regeln und zu verteilen. Geplant waren Demontagen von Betrieben und Transportanlagen im Verlauf von zwei Jahren nach der Kapitulation, um das deutsche Kriegspotential zu zerstören, Beschlagnahmung von Auslandsguthaben, Lieferungen aus der laufenden Produktion und die Verwendung deutscher Arbeitskräfte.

Stalins Soldaten erreichten Berlin zuerst. Sie setzten den Plan bereits um, bevor die anderen Alliierten Berlin erreichten – zunächst in West-Berlin, danach in Ost-Berlin und der sowjetischen Besatzungszone. Sie beschlagnahmten Firmenkonten und plünderten die Betriebe, 60 Prozent der bei Kriegsende bestehenden Industriekapazitäten; am höchsten waren die Verluste im Maschinenbau und in der Elektrotechnik.

Nachdem die westlichen Alliierten vom 4. Juli 1945 an den Westteil der Stadt übernommen hatten, stellten sie mit Schrecken den Umfang der Demontagen fest: Edwin W. Pauley, der US-Repräsentant in der Alliierten Reparationskommission, prophezeite die „völlige Zerstörung der Arbeitsplätze“. Was er sah, beurteilte er als „organisierter Vandalismus“, der sich nicht gegen Deutschland allein richte, „sondern auch gegen die amerikanische Besatzungsmacht“.

Im Mai 1946 unterband US-General Lucius Clay Demontagen in der amerikanischen Zone, die für die Sowjetunion bestimmt waren. Amerikaner und Briten setzten den Abbau aber fort. 1947 strichen sie zwar 858 Unternehmen von ihrer Reparationenliste, die aber noch immer 682 Gesellschaften umfasste.

Der Bremer Wirtschaftssenator Gustav Wilhelm Harmssen, bis 1942 Vorstandsmitglied des Kriegsmarinelieferanten Atlas Elektronik, notierte 1951, in Berlin seien – von allen Siegermächten insgesamt – 460 Betriebe demontiert worden, fast alle „bis auf den letzten Schalter“, also inklusive der Vorräte, Halb- und Fertigwaren. Der Maschinenbau verlor 90 Prozent seiner Kapazität, 20 durch Kriegsschäden, 70 durch Demontagen. In den zwölf führenden Betrieben der Berliner Werkzeugmaschinenindustrie (einschließlich des Sowjetsektors) waren von 25 000 Werkzeugmaschinen nach der Demontage nur noch acht übrig. In der Elektroindustrie seien die Verluste so groß gewesen, dass Harmssen eine „Volldemontage“ attestierte. „Die gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten Berlins gehen in erster Linie auf den Abbau und den Kapazitätsverlust der Berliner Industrie zurück, die sie nach Kriegsende erlitten hat“, schrieb Harmssen. „Sie sind die eigentliche Ursache des wirtschaftlichen Notstandes.“

Während der Blockade von Juni 1948 bis Mai 1949 musste Berlin feststellen, dass nun ihr Standort, weit im Osten Deutschlands, ein weiterer Nachteil war. Berlin erkannte, dass es keinen nahen Markt mehr hatte und damit hohe Transportkosten. Vor allem die Maschinenbauer verloren Marktanteile gegenüber westdeutschen Unternehmen, weil ihre Produkte überhaupt nicht mehr transportiert werden konnten. Für die Fertigung bei Siemens & Halske flogen die „Rosinenbomber“ zwar Material in die Stadt und 6000 Tonnen Fertigprodukte hinaus, aber das erhöhte die Kosten.

Die Folge: Innerhalb weniger Jahre wanderten mindestens 900 Unternehmen in die Westzonen ab, Hunderte verlegten einzelne Unternehmensbereiche und westdeutsche Unternehmen schlossen ihre Berliner Dependancen. Die Elektroindustrie und den Maschinenbau zog es vornehmlich nach Süddeutschland, stellte Bähr fest. Dieser „Zug in den Westen“ schwächte das Potenzial der Berliner Wirtschaft wie auch die Steuereinnahmen nachhaltig.

„Das ist irreparabel“, sagt Bähr heute. „Siemens wird immer in München bleiben, die Deutsche Bank in Frankfurt am Main. Und die Zuliefererbetriebe haben sich in der Folge auch woanders angesiedelt.“ Mit den großen Unternehmen kehrte auch das Personal Berlin den Rücken, vor allem das qualifizierte: „Wer Karriere machen wollte, der ging nach Westen. Das war der größte Verlust Berlins: das Humankapital.“

Wirtschaftssenator Paul Hertz (SPD) stellte 1957 fest, dass in den Nachkriegsjahren auch in Regierungskreisen bezweifelt worden sei, „ob es überhaupt noch einen Sinn habe, mit einer Wiederbelebung der Berliner Wirtschaft und der Möglichkeit eines wieder aus eigener Kraft lebenden Berlins zu rechnen. Selbstverständlich wollte niemand die Stadt ihrem Schicksal überlassen. Doch manchmal schien man eher bereit, den Berlinern Daueruntersützung zu bezahlen, als mit Krediten die Finanzierung eines für aussichtslos gehaltenen Wiederaufbaus des Wirtschaftsapparates zu wagen.“

Die Zweifel manifestierten sich schon, als im Rahmen des European Recovery Program von Dezember 1949 an Geld auch nach Berlin fließen sollte – 4,5 Milliarden DM bis 1961, Geld, das auch einzelne Bundespolitiker lieber in Westdeutschland investiert hätten.

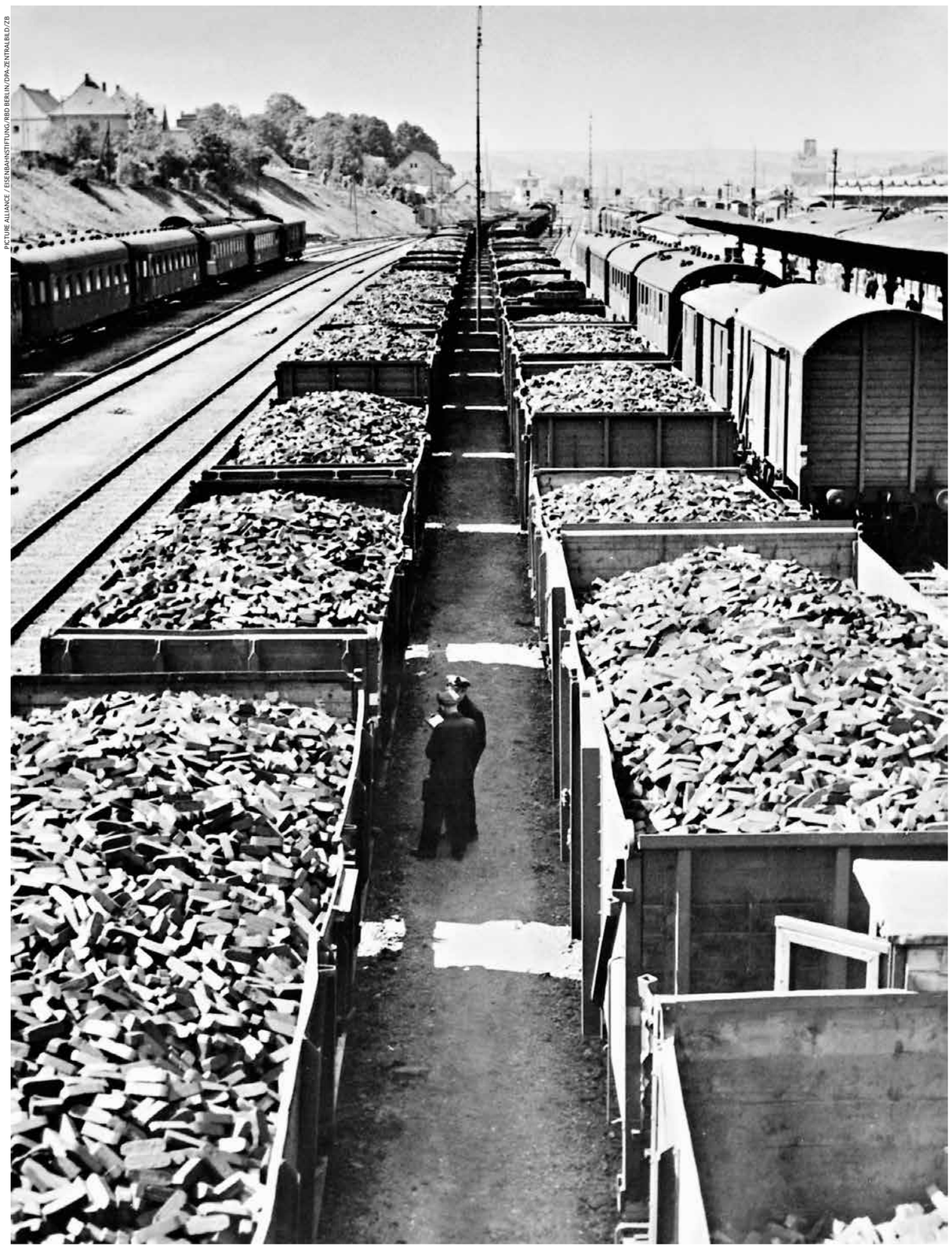
Chruschtschows Ultimatum und der Mauerbau 1961, dem der Westen zunächst tatenlos zusah, erzeugten erneut Unsicherheit und führten zu neuerlicher Kapitalflucht. „Die Verlagerung von Sparkonten, der Aufbau westdeutscher Betriebsteile und ein Gewinnabfluss der Unternehmen sind Tatsachen“, schrieb Doris Cornelsen. Nicht einmal die Finanzhilfe des Bundes an Berlin konnte den Aufbau der Kapazitäten und die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft vorantreiben, Berlin blieb eine riskante Investition.

Keine andere deutsche Stadt sank nach dem Zweiten Weltkrieg so tief, keine kam so schwer wieder auf die Beine. Während sich so die Wirtschaft in Westdeutschland nach der Währungsreform 1948 entwickelte, blieb Berlin nicht nur stehen, sondern fiel weiter zurück. Setzt man den Produktionsindex 1936 auf 100, dann hatte Westdeutschland diesen Wert 1950 bereits überschritten (109), Berlin dagegen stand bei 32. In der Bi-Zone überschritt die Produktion in der Elektroindustrie schon im August 1948 den Stand von 1936, die Produktion wuchs 1948 um 64 und 1949 um 48 Prozent.

„Vom Verlust der Vorrangstellung Berlins profitierten vor allem die süddeutschen Länder Bayern und Baden-Württemberg“, resümiert Bähr und legt beeindruckende Zahlen vor: Der Beschäftigtenanteil Süddeutschlands lag 1939 bei 16,4 Prozent, 1955 dagegen bei 42,3 Prozent. Nutznießer der Firmenabwanderung aus Berlin waren die Großräume München (Siemens & Halske), Nürnberg/Erlangen (Siemens-Schuckert), Stuttgart (SEG/Lorenz) und Frankfurt (AEG sowie die Banken). Außerdem gründeten zahlreiche große Unternehmen Firmenzweige in strukturschwachen Räumen im Westen Deutschlands, speziell in Bayern.

Mit dem Mauerfall schien die historische Situation beseitigt, die den Subventionsbedarf der Stadt begründet hatte. Der Bund baute die bisherige Förderung schnell ab – mit fatalen Folgen: Es kam zu weiteren Abwanderungen oder zur Geschäftsaufgabe. Und den Firmen im Osten brachen die bisherigen Absatzmärkte weitgehend weg.

Unterm Strich bleibt: Berlin, West wie Ost, litt an den Folgen der deutschen Teilung wie keine andere Stadt, und sie trägt an dieser Last bis heute.



PICTURE ALLIANCE / EISENBAHNSTIFTUNG/RBD BERLIN/DPA-ZENTRALBILD/ZB

PICTURE ALLIANCE / AKG-IMAGES

ULLSTEIN BILD

Kriegssplitter: Gemäß Potdsdamer Abkommen vom Juli 1945 waren die Besatzungsmächte befugt, Reparationen geltend zu machen. Mit Kohlen beladene Güterzüge machen sich auf den Weg in die UdSSR (oben); Berliner warten auf die Straßenbahn am Potsdamer Platz (links); das zerstörte Gebäude des Verlags Rudolf Mosse im Berliner Zeitungsviertel.

Peter Koepf ist Chefredakteur dieser Zeitung.

Glückliche Heimkehr nach langer Odyssee

Vor fast 75 Jahren raubte eine Propagandaabteilung der Wehrmacht Vasilij D. Polenovs Ölgemälde „Waldweiher“. Nun kehrte es zurück ins südrussische Taganrog

VON BRITTA KAISER-SCHUSTER

PICTURE ALLIANCE / MATTHIAS HOENIG/DPA

Bild einer Ausstellung: Die Direktorin der Kieler Kunsthalle Anette Hüsch wirft einen letzten Blick auf Wassili D. Polenows „Waldweiher“.

Die Odyssee des Ölgemäldes „Waldweiher“ von Vasilij Dmitrievič Polenovs (1844–1927) ist zu Ende. Ein Ausstellungskatalog von 1913, eine historische Fotografie, ein auf 1928 datiertes Inventarbuch, das Verlustprotokoll von 1943 und weitere Dokumente und Quellen belegen, was die Verantwortlichen der Kunsthalle zu Kiel bereits 2015 vermutet hatten: Die Deutschen hatten das idyllische Landschaftsgemälde von 1881 aus dem südrussischen Taganrog als Kriegsbeute nach Westen entführt.

Die Wehrmacht hatte Taganrog am 17. Oktober 1941 besetzt. Am 27. August 1943, nur drei Tage vor der Befreiung der Stadt durch die Rote Armee, gehörte das Ölgemälde aus dem Stadtmuseum zum zweiten Abtransport der „Abteilung für Propaganda der Deutschen Armee unter Sonderführer Lebert“.

Sechzehn Jahre später, am 26. August 1959, erstand der Schweinfurter Industrielle Georg Schäfer das Gemälde in der Münchener Kunsthandlung Hagmann & Gräf. Seine Erbengemeinschaft veräußerte es 1986 mit zwölf weiteren Werken an den ersten Direktor der Kieler Kunsthalle, Jens Christian Jensen. Dass es nun wieder an seinem historischen Platz hängt, ist dem Deutsch-Russischen Museumsdialog (DRMD) zu verdanken, der die Verlustgeschichte in Kooperation mit der Kunsthalle zu Kiel und dem Staatlichen Literatur- und Architekturhistorischen Museumspark Taganrog rekonstruierte.

„Verlust + Rückgabe“ war die erste Initiative des 2005 gegründeten DRMD. Anlass war der 50. Jahrestag der zweiten großen Rückgabeaktion von mehr als 1,5 Millionen Kunstwerken aus der Sowjetunion an die DDR zwischen 1955 und 1958. Unter Beteiligung von 28 deutschen Museen hat der DRMD in einem Festakt mit Begleitpublikation an dieses Ereignis erinnert, das im Westen Deutschlands nicht allgemein bekannt ist. Am 31. März 1955 hatte der Ministerrat der Sowjetunion die Rückkehr von Gemälden für die Staatlichen Kunstsammlungen Dresden als Freundschaftsgeste an die DDR angekündigt. Noch im selben Jahr begann die Rückgabe mit bedeutenden Werken Dürers, Jan van Eycks sowie Raffaels „Sixtinischer Madonna“. Dies wirkte als Impuls für den Wiederaufbau der kriegszerstörten Museen und die gesamte ostdeutsche Museumslandschaft.

So kehrten von September 1958 an wertvolle Kunstschätze aus Moskau und Leningrad auf die Berliner Museumsinsel zurück. Anfang Oktober 1959 wurden das Pergamonmuseum mit dem wiedergewonnenen einzigartigen Altarfries sowie große Teile des Bode-Museums wiedereröffnet. Ähnlich war es in Dresden, wohin 600 000 Kunstwerke zurückgegeben wurden, aber auch in Dessau, Gotha, Leipzig oder in den Potsdamer Schlössern gab es spektakuläre Wiedereröffnungen.

Bisher hat der DRMD zwei große Forschungsprojekte initiiert:

1. Die Verluste deutscher Museen in Kriegs- und Nachkriegszeit hinsichtlich kriegsbedingt verbrachter Kulturgüter in die Sowjetunion: Dort unterstützt der DRMD seit 2008 Museen darin, Klarheit über Art und Umfang ihrer Verluste zu gewinnen. Unabhängige Forschung ist die Voraussetzung, die Geschichte von Museen und Sammlungen in Deutschland zu rekonstruieren.

Ausgewertet wurden die Überlieferungen zur Tätigkeit sowjetischer Trophäenbrigaden, die im Februar 1943 auf Beschluss des Staatlichen Verteidigungskomitees der UdSSR gegründet worden waren. Die DRMD-Datenbank dokumentiert deren Arbeit in Deutschland und die Tätigkeit jener Museen in der Sowjetunion, welche die abtransportierten Kunstwerke ab April 1945 entgegennahmen. Sie beschreibt neben konkreten Objekten die Arbeitsbedingungen der Brigaden im Nachkriegsdeutschland und den einsetzenden Wettlauf der Alliierten um die Kunst.

„Ein besonderes Anliegen des Deutsch-Russischen Museumsdialogs ist die Aufarbeitung der Geschichte der russischen Verluste.“

Ein Abgleich dieser Überlieferungen mit aktuellen Bestands- und Verlustdokumentationen der Museen erlaubt die Identifizierung von Werken, die bis heute als verloren gelten. So lässt sich feststellen, welche Wege die Kunst im Krieg ging; gleichzeitig kann die Geschichte deutscher Sammlungen nach dem Zweiten Weltkrieg differenzierter dargestellt werden.

Inzwischen liegen Einzelrecherchen über mehr als 30 Sammlungen deutscher Museen vor, darunter in Berlin, Dresden, Leipzig, Gotha, Magdeburg, Dessau oder Bautzen. Tausende bis heute nicht oder vermutlich nicht restituierte Kunstwerke konnten bislang identifiziert werden. Mit den Sammlungsrecherchen verbunden sind die Forschungen über die Auslagerungsorte und Verlagerungen der Sammlungen und deren Situation in der Kriegs- und Nachkriegszeit.

Künftig forschen deutsche und russische Kollegen gemeinsam über die Kunstwerke, auch um sie in Publikationen und Ausstellungen der Öffentlichkeit wieder zugänglich zu machen. Ein schönes Beispiel ist die Kooperation zwischen dem Museum Schloss Friedenstein in Gotha und dem Puschkin-Museum in Moskau, die 2016 nicht nur in die erste große Cranach-Ausstellung in Russland mündete, sondern auch erstmals wieder nach dem Zweiten Weltkrieg die komplette Gothaer Cranach-Sammlung zeigte. 2017 war das Puschkin-Museum dann zu Gast in Gotha mit Meisterwerken der französischen Kunst.

2. Ein besonderes Anliegen ist dem DRMD die Aufarbeitung der Geschichte der russischen Verluste. Deshalb widmete sich der Museumsdialog in einem weiteren, deutsch-russischen Forschungsprojekt in den vergangenen Jahren der Aufarbeitung der Geschichte der Russischen Museen im Zweiten Weltkrieg. Mehr als 170 russische Museen waren von Kriegsverlusten betroffen. Untersucht wurden exemplarisch die Sammlungen in Nowgorod und Pskow sowie der vier Zarenschlösser um Sankt Petersburg: Zarskoje Selo, Peterhof, Gatschina und Pawlowsk von 1941 bis in die frühen 1950er-Jahre. Nachgezeichnet wurden die Wege einzelner Kulturgüter zurück in ihr Heimatmuseum, ihre Weitertransporte innerhalb der Sowjetunion oder ihre Verlagerung durch die Deutsche Wehrmacht.

Die sechs ausgewählten Orte gehören zu den bedeutendsten russischen Kulturdenkmälern. Im Mittelpunkt des Projekts standen Fragen nach den historischen Umständen, unter denen die Museen den Krieg erfahren haben. Insgesamt wurden aus den Vorortschlössern rund 56 000 von 180 000 Kunstwerken evakuiert, der Rest fiel Raub und Plünderung zum Opfer.

So war es auch bei Polenovs Gemälde, eines von mehr als 4500 Kunstwerken, die Taganrog während der deutschen Okkupation verloren hatte, 73 kehrten aus den zentrale Sammelstellen der Alliierten zurück. Der „Waldweiher“ konnte mit Unterstützung des russischen Generalkonsulats in Hamburg und der Botschaft in Berlin per Diplomatenkurier nach Taganrog zurückkehren. Die Geschichte dieses Gemäldes steht auch für die Geschichte unserer beiden Länder, und es ist schön, dass sie einen glücklichen Ausgang gefunden hat.

Britta Kaiser-Schuster ist Dezernentin bei der Kulturstiftung der Länder und Leiterin des Deutsch-Russischen Museumsdialogs.

DEUTSCH-RUSSISCHER MUSEUMSDIALOG

Der Deutsch-Russische Museumsdialog ist ein Zusammenschluss der Museen in Deutschland, die von dem Thema der kriegsbedingt verlagerten Kulturgüter betroffen sind. Er bündelt ihre Interessen, stärkt den fachlichen Austausch zwischen deutschen und russischen Museumskollegen und trägt zur Aufklärung über kriegsbedingt verlorene Kulturgüter in beiden Ländern bei. Der DMRD ist die Plattform für einen regelmäßigen Austausch deutscher und russischer Museen.

Homes & Neighbourhoods

Ein Zuhause zu finden, wird zum Spaziergang

Egal, ob Haus oder Eigentumswohnung – wir bieten Ihnen ein neues Zuhause, in dem Sie sich von Anfang an wohlfühlen. Lassen Sie sich am Wochenende bei einem Spaziergang inspirieren: Unsere Mitarbeiter in den Infobüros vor Ort freuen sich auf Sie!

0800 670 80 80
täglich 9 – 19 Uhr,
auch sonn- und feiertags

Wohnen in Schönefeld bei Berlin

Millionenstadt oder Landleben? In den Eigentumswohnungen direkt an der Stadtgrenze ist beides möglich.

bonava.de/schoenefeld-eigentumswohnung

Hier entstehen:	Wohnungen
Zimmer:	2 – 3
Gesamtfläche:	53 – 86 m²
Preise:	ab 148.800 €

Striewitzweg in Teltow

In den Eigentumswohnungen im Grünen genießen Sie das entspannte Kleinstadtleben und sind doch nah am Großstadttrubel.

bonava.de/striewitzweg

Hier entstehen:	Wohnungen
Zimmer:	2 – 4
Gesamtfläche:	52 – 97 m²
Preise:	ab 168.000 €

Wohnen in den Biesdorfer Stadtgärten

Die Eigentumswohnungen liegen im grünen Herzen von Berlin. 14 Stadthäuser gruppieren sich um zwei Grünanlagen mit Wegen, Spiel- und Ruheplätzen.

bonava.de/biesdorf

Hier entstehen:	Wohnungen
Zimmer:	2 – 4
Gesamtfläche:	61 – 120 m²
Preise:	ab 190.900 €

Gärtnereiring in Berlin-Spandau

Im Berliner Stadtteil Staaken entstehen in zwei Mehrfamilienhäusern insgesamt 118 bezahlbare Eigentumswohnungen.

bonava.de/gaertnereiring

Hier entstehen:	Wohnungen
Zimmer:	2 – 4
Gesamtfläche:	60 – 119 m²
Preise:	ab 168.900 €

BONAVA

Der rote Duft

Zwei große neue Bücher deutscher Historiker erkunden die Geschichte der Sowjetunion und des Kommunismus in allen Facetten

VON LUTZ LICHTENBERGER

Karl Schlögel veröffentlichte 1984 einen essayistischen Stadtführer durch die Hauptstadt der Sowjetunion. In „Moskau lesen“ beschrieb Schlögel die besondere Architektur der Millionenstadt, las Spuren in Adressbüchern, studierte Schrifttafeln und durchforstete Antiquariate. Er hatte seine Studien vor Ort betrieben, er war Anfang der 1980er-Jahre Stipendiat an der Moskauer Lomonossow-Universität.

Der Autor wurde später Professor für Osteuropäische Geschichte an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt an der Oder. Das Thema Russland ließ ihn in einem überaus produktiven Forscherleben nie wieder los. Schlögel schrieb über Sankt Petersburg, das er als „Laboratorium der Moderne“ charakterisierte, über Moskau im Jahr 1937 und über das russische Berlin. 2003 erschien seine von Historikerkollegen und dem Feuilleton gefeierte zivilisationsgeschichtlich-geographische Spurensuche „Im Raume lesen wir die Zeit“.

Karl Schlögel
“Das sowjetische Jahrhundert. Archäologie einer untergegangenen Welt”, C. H. Beck 2017

Zum 100. Jahrestag der Russischen Revolution und zugleich wie die Summe von Schlögels Arbeit veröffentlichte er in diesem Herbst sein monumentales Werk über „Das sowjetische Jahrhundert“. Das Buch ist nicht als Standardwerk eines Jahrhunderts russischer Haupt- und Staatsaktionen angelegt, ist nicht der neueste Versuch, eine Summa sovietica vorzulegen, welche die Geschichte entlang Lenin, Stalin, Breschnew und Gorbatschow zu erzählen versuchte.

„Archäologie einer untergegangen Welt“ heißt es im Untertitel, und tatsächlich interessiert sich Schlögel für die gesellschaftlichen Tiefenschichten. In knapp 60 Einzelstudien gräbt sich Schlögel wie eine Archäologe in seine Geschichte ein, erkundet Datschen und Erholungsheime, liest sich durch Kataloge verbotener Bücher, sieht sich Häftlingstätowierungen, Küchen und Porzellanfiguren an, wertet Statistiken aus, geht Wegen über Land und auf Eisenbahnschienen nach. Mit feinem Gespür präpariert Schlögel die Bedeutung aus den vermeintlichen Nebensächlichkeiten des Lebens heraus.

So erzählt er etwa die Geschichte des berühmten sowjetischen Parfüms „Krasnaja Moskwa – Rotes Moskau“, das nicht nur zufällig einen ähnlichen Duft wie ein berühmtes westliches Parfüm versprühte. „Überall da, wo es festlich zuging und Frauen sich schön machten, lag der Duft dieses Parfüms in der Luft“ – in Theaterfoyers, Konzerthäusern, zum Internationalen Frauentag am 8. März. „Krasnaja Moskwa“ war 1913 zum Jubiläum der Romanow-Herrschaft zu Ehren der Mutter des Zaren kreiert worden.

Vier Jahre später verlor Auguste Michel, einer der Erfinder französischer Herkunft, seinen Pass und konnte deshalb nach der Revolution das Land nicht verlassen. Stattdessen gründete er den ersten sowjetischen Parfümeriebetrieb in Sankt Petersburg, die „Neue Morgenröte“. Aus der Erfindung für die Zarenmutter wurde der „Duft für die moderne sowjetische Frau“.

Michels ehemaliger Kollege Ernest Beaux hingegen traf in Paris die mit Exilrussen gut bekannte Coco Chanel. Mit ihr entwickelte er „Chanel No 5“. Die beiden Düfte sind historisch und olfaktorisch verwandt. Für Schlögel steht die Geschichte symbolisch „für nicht weniger als die Teilung der Welt im 20. Jahrhundert“.

Großpointe des Buchs ist Schlögels Vorschlag eines Museums der Sowjetzivilisation. Der angemessene Ort, den der Autor dafür ausgemacht hat, ist die Lubjanka in Moskau, seit 1918 Sitz der Geheimdienste Tscheka, GPU, OGPU, NKWD, MWD, NKGB, KGB und FSB. Häftlinge und Folteropfer haben dort die Wände vollgeschrieben, haben versucht, einen Grundriss des verwinkelten Gebäudekomplexes nachzuzeichnen. Schlögel hält die Lubjanka für hinreichend groß, seine zentrale Lage, die Tatsache, dass dort viele Akten lägen, ja dass dort die Fäden so vieler Schicksale zusammenliefen, mache sie zu dem „angemessenen Raum, um ein heilloses Jahrhundert Revue passieren lassen“. Ein glanzvollerer Ausstellungskatalog als Schlögels Buch ist einstweilen kaum vorstellbar.

Eine beinahe noch monumentalere Aufgabe hat sich Gerd Koenen gestellt. Auf mehr als 1100 Seiten geht der Historiker „Ursprüngen und Geschichte des Kommunismus“ nach.

Seinen eigentlichen Plan, die Geschichte allein des russischen Kommunismus von 1917 bis 1989 zu schreiben, gab der Autor bald auf, da er bemerkt hatte, dass diese nicht ohne die Vorgeschichte der europäischen sozialistischen Bewegungen zu verstehen sei. Und so lässt Koenen sein ebenfalls in diesem Herbst erschienenes Buch „Die Farbe Rot“, das durch großen Gelehrtenfleiß und so angeregte wie anregende Neugier besticht, mit der neolithischen Revolution vor 11 000 Jahren beginnen.

Er beschreibt Platons Idealstaat, das frühe Christentum, die Utopien Thomas von Aquins und die Ideen französische Frühsozialisten – bis er schließlich bei Karl Marx ankommt. Marx habe sich, so Koenen, von seinen Vorgängern dadurch unterschieden, dass er die ungeheure Dynamik des sich entwickelnden Kapitalismus begrüßt habe, da dessen Kräfte – in der berühmten Formel – „alles Ständische und Stehende“ verdampfen lasse und somit eine notwendige Etappe auf dem Weg zum Kommunismus sei.

Mehr als 3000 Revolutionsprognosen sollen Marx und sein Mitstreiter Friedrich Engels öffentlich oder privat gemacht haben. Zu deren unsystematischen, sich teilweise widersprechenden Lehren, zu ökonomisch sich verschärfenden Klassenkonflikten und auf dem Fuße folgenden Erlösungshoffnungen musste jedoch mehr kommen, um im Jahr 1917 so wuchtige revolutionäre Energie entstehen zu lassen. Koenen erzählt von den Zerrüttungen der imperialistischen Epoche und der Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts, dem Ersten Weltkrieg, der schließlich Lenin hervorbrachte, der ganz auf die Revolution setzte und dafür die notwendige „taktische Flexibilität“ mit der ebenso notwendigen „doktrinären Starrheit“ zu verbinden wusste.

Der so renommierte wie streitbare Historiker Koenen hat große Studien veröffentlicht, in denen er die deutsch-russischen Beziehungen von 1900 bis 1945 beleuchtet. Sein Buch das „Rote Jahrzehnt“ – Deutschland in den Jahren 1967 bis 1977 im Bann der Studentenbewegung bis zur Hochphase der Terrorgruppe Rote Armee Fraktion, ist der Klassiker zum Thema. Koenen ist Ideenhistoriker par excellence.

Im Kommunismus sieht er, angeregt vom Roman des Literaturnobelpreisträgers Michail Scholochow „Der stille Don“, eine „extreme Spannung zwischen dem Höchsten und dem Niedrigsten, zwischen Humanismus und Terror“. Weder Marxsche Lehren noch die Klassenfrage allein seien ursächlich dafür, dass kommunistische Parteien an die Macht hätten kommen können. Es seien vielmehr die Krisen des Gegenmodells, des ungebremsten Kapitalismus und die Verwerfungen der Nationalgeschichten gewesen, die ihm zum Durchbruch verholfen hätten. Die eigentliche geschichtliche Leistung der Kommunisten läge weniger in gesellschaftlichen, wirtschaftlichen oder kulturellen Neuerungen, sondern „auf dem Gebiet des Nation-Building, der Herausbildung neuer oder der Wiedererrichtung alter Staaten im Zuge der Zerschlagung des europäischen Hegemonial- und Kolonialsystems“.

Gerd Koenen
“Die Farbe Rot. Ursprünge und Geschichte des Kommunismus”, C. H. Beck 2017

Koenen erklärt mit großem historischem Scharfsinn und dem Willen zu tiefgründigem Verstehen, welche Faszination der Kommunismus ausgeübt hat. Er will in allen Facetten begreifen, wie eine Idee, welche die Befreiung der Menschheit als Ziel hatte, die bolschewistische Bewegung mit ihrem Terrorregime werden konnte.

Die umfangreichen Werke von Schlögel und Koenen führen gerade in ihren so unterschiedlichen Herangehensweisen mustergültig die Höhe, Breite, Tiefe geschichtlichen Denkens vor. „Das sowjetische Jahrhundert“ und „Die Farbe Rot“ sind nicht nur russische, sondern schlichtweg Weltgeschichte.

Lutz Lichtenberger ist Redakteur dieser Zeitung.

Fast ein König

In Berlin ermitteln die Superstars des Schachspiels im März, wer gegen den derzeit größten antreten darf. Russen haben gute Chancen

VON ALEKSEJ DOSPECHOW

Auch im Schach gibt es keinen wichtigeren Termin als die Spiele um den Weltmeistertitel. Davor aber steht das Kandidatenturnier. Und das wird von Schachenthusiasten mindestens genauso ehrfürchtig erwartet. Denn in seinem gegenwärtigen, Anfang des Jahrzehnts entwickelten Format, treten nicht nur zwei, sondern acht Großmeister an, acht Superstars. Sie ermitteln, wer im November gegen den amtierenden Weltmeister antreten darf, Magnus Carlsen. Damit hat das Kandidatenturnier einen besonderen Wert: Der Sieger wird zur Fast-Hauptfigur, zum Fast-König.

Die World Chess Federation (FIDE) wählte Berlin als Austragungsort. Berlin richtet das Kandidatenturnier vom 10. bis zum 28. März 2018 aus. Als Spielort ist das Kühlhaus Berlin vorgesehen, ein siebengeschossiger Industriebau. Ende des 19. Jahrhunderts diente das Gebäude als Lebensmittellager, nun jedoch hat es sich in eine moderne, für Ausstellungen und Konzerte genutzte Location verwandelt.

Für Menschen, die nur oberflächlich mit Schach vertraut sind, mag die Wahl des Austragungsorts unverständlich erscheinen. Auch Schachfans verbinden Deutschland nur beiläufig mit Spitzenschach – trotz der jährlichen, hoch respektablen Großturniere in Dortmund und Baden-Baden. Aber wo sind die Deutschen in den Ranglisten der Internationalen Schachföderation? Der beste Deutsche, Liviu-Dieter Nisipeanu, steht auf Platz 74.

Wäre es daher nicht richtiger, das Kandidatenturnier an ein Land zu vergeben, in dem Schachsportler mit Spitzenrating leben? Zum Beispiel an Russland, wo das Turnier wiederholt ausgetragen wurde, oder an die USA? Im vorigen Jahr spielten Carlsen und Sergei Karjakin in New York vor grandioser Kulisse.

Informierte Fans sind natürlich anderer Meinung. Karjakins Manager, Kirill Zangalis, hält Deutschland für eine ausgezeichnete Wahl. „Deutschland ist ein sehr schachaffines Land. Die deutsche Klubmeisterschaft ist die stärkste in Europa. Hier spielen viele Superstars, sogar der legendäre Anatoli Karpow. Deutschland hat 2011 die europäische Mannschaftsmeisterschaft gewonnen. Hier werden immer beste Bedingungen für Spieler und Publikum geboten. Ich kann versichern, dass Sergei die Idee, das Kandidatenturnier in Berlin durchzuführen, gefallen hat."

Ilya Merenzon, der Chef von Agon, dem Veranstalter des Turniers, erinnert daran, dass seine Gesellschaft die Weltmeisterschaft im Blitz- und Schnellschach 2015 an Berlin vergeben und damit eine gute Wahl getroffen hatte: Das Umfeld war bestens, die Medienresonanz groß.

Merenzon hebt auch den kommerziellen Aspekt hervor: „Der vorjährige Meisterschaftskampf zwischen Carlsen und Karjakin wurde in New York ausgetragen. Jetzt müssen wir uns, ohne die Latte tiefer zu legen, ausschließlich auf Medien-Hubs orientieren. Zudem ist die Arbeit mit europäischen Gesellschaften, denen wir zeigen, wie attraktiv Schach sein kann und wie interessiert unsere heutigen Sponsoren am europäischen Markt sind, für uns äußerst interessant." Und Merenzon ergänzt: „Berlin als Austragungsort für ein solches Ereignis ist optimal im Verhältnis von Qualität und Kosten."

PICTURE ALLIANCE / VALERY SHARIFULIN / TASS / DPA

Ein König und noch ein König – und bald ein Thronanwärter? Sergei Karjakin.

Die Spannung bestehe darin, wer das Turnier gewinnen und das Recht erkämpfen werde, den Weltmeisterschaftskampf mit Magnus Carlsen zu bestreiten. Vom Titel des Schachkönigs träumen viele Länder. Aber Russland hat gleichwohl eine Sonderstellung. Schach hat in Russland eine besondere Geschichte.

In der UdSSR hatte das Spiel Kultcharakter – ebenso wie Ballett oder Weltraumflüge. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion verteidigte die russische Schachschule noch lange ihre führende Position. Aber nachdem Wladimir Kramnik, der 14. Weltmeister, im Jahre 2007 den Titel an den Inder Viswanathan Anand verlor, gelang es nicht mehr, die Schachkrone zurückzuerobern.

Vor einem Jahr war die Zurückeroberung des Titels durch Karjakin zum Greifen nah. Mit Carlsen, dem fast unanfechtbaren Leader des Jahrzehnts, kämpfte er in New York auf Augenhöhe, führte nach Punkten, verlor jedoch im Tiebreak. Ob Russland eine neue Chance für einen Wettstreit mit Carlsen haben wird oder nicht, wird von den Ergebnissen des Kandidatenturniers abhängen.

In Berlin werden acht Großmeister spielen. Als erster bekam Karjakin das Teilnahmerecht: Als Verlierer des vorigen Weltmeisterschaftskampfs ist er gesetzt. Teilnehmen dürfen auch der Armenier Lewon Aronjan und der Chinese Ding Liren als Finalisten des Weltcupturniers im September in Tiflis sowie die Amerikaner Fabiano Caruana und Wesley So als Ratingbeste dieses Jahres. Im November verkündete FIDE den Namen des Großmeisters, der die Wildcard erhält – die personengebundene Einladung des Organisators für eine Schachkoryphäe ohne Nominierung. Dies war zur Freude der russischen Schachfans Vladimir Kramnik.

Bei Redaktionsschluss waren noch zwei Plätze vakant. Sie werden bis zum 25. November beim letzten Grand-Prix auf Mallorca ermittelt. Unter den Anwärtern auf ein Ticket nach Berlin figuriert ein weiterer russischer Großmeister – Alexander Grischuk.

Was Karjakin betrifft, ist die Sache einfach. Dass er in einem solch zermürbenden Format gut spielen und sich auf wichtige Wettkämpfe gut einstimmen kann, hat er beim Moskauer Kandidatenturnier im Frühjahr 2016 bewiesen, als er überzeugend gewann. Seither hat er weiter an Erfahrung gewonnen.

Kramnik hat die Auswahlwettkämpfe nicht bestanden, was jedoch nichts über seine Klasse aussagt. Davon zeugt eher der siebte Platz im FIDE-Rating. Er ist ein höchst motivierter Schachsportler: für Kramnik mit seinen 42 Jahren ist dieses Turnier wohl die letzte Möglichkeit, den Titel erneut zu erringen.

Seine Biografie weist eine Besonderheit auf, die sich als bedeutend erweisen könnte: Kramnik hat einige Jahre in Deutschland gelebt, mit dem dortigen Manager Carsten Hensel zusammengearbeitet und das Dortmunder Superturnier beeindruckende elfmal gewonnen. Er bekannte oft, dass er in Dortmund gewonnen habe, weil er sich dort wie Zuhause fühle und spüre, dass die deutschen Zuschauer seine Fans seien.

Das erzählte aber auch Karjakin; ihm sei in Deutschland viel Sympathie entgegengebracht worden. Berlin wird auch für ihn kein allzu fremder Austragungsort.

Aleksej Dospechow ist Korrespondent der Zeitung Kommersant.

Pioneering Underground Technologies

› www.herrenknecht.com

HERRENKNECHT Tunnelvortriebstechnik

STÄDTE PARTNERSCHAFT

Düsseldorf – Moskau

Wie wir morgen leben werden

Düsseldorf und Moskau zeigen, was Städtepartnerschaften leisten können

VON THOMAS GEISEL, OBERBÜRGERMEISTER VON DÜSSELDORF

Moskau und Düsseldorf, Düsseldorf und Moskau sind seit vielen Jahrzehnten eng verbunden. Die ersten Kontakte reichen bis in die 1960er-Jahre zurück. Daraus entwickelte sich eine Freundschaft. Seit 1992 besteht eine offizielle Städtepartnerschaft. In diesem Jahr konnten unsere beiden Städte bereits das 25-jährige Jubiläum dieser Verbindung feiern.

Dazu war im Mai eine hochrangige Moskauer Delegation nach Düsseldorf gereist. Auf dem Marktplatz konnten die Düsseldorfer unter dem Motto „Moskau stellt sich vor“ die Partnerstadt näher kennenlernen. Besuche wie diese, die häufigen und geradezu regelmäßigen Begegnungen von Düsseldorfern und Moskauern, etwa von Offiziellen und Unternehmensvertretern, von Sportlern und nicht zuletzt von Kulturschaffenden – kurzum: von Menschen aus anderen Bereichen der Stadtpartnerschaft – zeigen, wie facettenreich diese Städtepartnerschaft ist.

Besonders wichtig sind die Begegnungen von Schülern aus beiden Städten. Einige Düsseldorfer Schulen pflegen, teilweise seit Jahren, Austauschprogramme mit Moskauer Schulen. Sehr gerne empfange ich immer wieder die an den Rhein gereisten russischen Jugendlichen und ihre deutschen Freunde im Düsseldorfer Rathaus.

Es freut mich, bei diesen Gelegenheiten zu sehen, wie selbstverständlich die Begegnung zwischen den jungen Menschen ist, wie hervorragend die Verständigung zwischen ihnen funktioniert. Das ist eine gute Grundlage für den Fortbestand und den Ausbau der Städtefreundschaft, ebenso wie es das gegenseitige Vertrauen der Verantwortlichen zueinander und die Dialogbereitschaft beider Seiten sind.

All das sind zudem beste Aussichten für die deutsch-russische Freundschaft und den Dialog der Menschen in beiden Ländern auch in der Zukunft. Wenn die Diplomatie vor nur schwer lösbaren Herausforderungen steht, Gespräche auf der großen politischen Bühne vielleicht sogar ins Stocken geraten, wie es in diesen unruhigen Zeiten manches Mal der Fall ist, dann ist es umso wichtiger, dass die Menschen einander begegnen und miteinander sprechen.

Das zeigt auch, welch bedeutende Aufgabe Kommunen übernehmen können – mit dem wichtigen Instrument der Städtepartnerschaft, wie der zwischen Moskau und Düsseldorf. Städtefreundschaften bieten den geeigneten Rahmen, um aufeinander zuzugehen und sprichwörtlich Grenzen zu überwinden. Düsseldorf setzt deshalb ganz bewusst darauf, dieses Netzwerk befreundeter Städte noch weiter auszubauen und will weitere Städte in der Welt als Freunde und Partner gewinnen.

STADT DÜSSELDORF

Oberbürgermeister Thomas Geisel beim Treffen mit seinem russischen Amtskollegen Sergei Sobjanin im April 2015.

Diese Partnerschaften sind nicht aus der Zeit gefallen. Ganz im Gegenteil: Sie haben gerade auch im 21. Jahrhundert ihre Berechtigung. Sie können dazu beitragen, Kontakte nicht zur zwischen Kommunen zu stärken, sondern letztlich sogar die Verbindungen zwischen zwei Ländern wie Russland und Deutschland Schritt für Schritt zu festigen, Gemeinsamkeiten zu erkennen und Unterschiede zu verstehen.

Und gerade das macht eine Partnerschaft aus: Das Interesse am anderen. So sind die Düsseldorfer fasziniert von Moskau, etwa von seinem kulturellen und politischen Gewicht und der reichen Geschichte. Und für Düsseldorf als vergleichsweise kleinerer Stadt ist es eine Ehre, Partnerstadt der bedeutenden russischen Hauptstadt zu sein.

„Diese Partnerschaften sind nicht aus der Zeit gefallen.“

So freut es mich ganz besonders, dass das Interesse eben nicht einseitig ist. Wie die Düsseldorfer schätzen unsere Freunde in Moskau den Austausch in recht unterschiedlichen Themenfeldern. Im Bereich der Kultur etwa konnte Düsseldorf im vergangenen Jahr mit der „Zero“-Ausstellung in Moskau glänzen. Im Bereich des Gesundheitswesens tauscht man sich seit einiger Zeit zum Vorteil beider Seiten aus, unterstützt sich bei Messen und Kongressen und arbeitet etwa in Forschungsprogrammen zusammen.

Vor allem aber wird Düsseldorf in Moskau als prosperierende und dynamische Wirtschaftsmetropole im Herzen Europas gesehen. So sind neben der Messe Düsseldorf viele Unternehmen der Stadt in Moskau engagiert. Auch die Zahl der russischen Unternehmen am Rhein hat sich von 2011 bis 2017 verdreifacht. Ein Aushängeschild ist die alljährliche „Russland-Konferenz“, wo sich Ost und West treffen, um die Investitionschancen und -strategien im jeweils anderen Land zu beleuchten.

Ein weiteres Highlight war für mich persönlich in diesem Jahr die Teilnahme am Moscow Urban Forum. Die Konferenz beschäftigt sich mit Fragen der nachhaltigen Stadtentwicklung, Architektur und der strategischen Stadtplanung. Die Landeshauptstadt Düsseldorf ist seit einigen Jahren regelmäßig zu Gast auf der hochkarätig besetzten internationalen Konferenz.

Diesmal konnte Düsseldorf sich abermals als eine Stadt im Wandel präsentieren. Besonders im Fokus stand das Projekt „Andreas Quartier“, der gelungene Umbau eines alten, denkmalgeschützten Gerichtsgebäudes in einen Komplex, der vor allem dem Wohnen dient. Der Bau des Andreas Quartiers zeigt wie ähnliche Projekte, die erst vor Kurzem umgesetzt wurden, dass die Düsseldorfer Altstadt bei aller historischen Bedeutung keineswegs „alt“ ist – frische Impulse wie das Andreas-Quartier und ideenreiche Neuinterpretationen machen dieses historische und liebenswerte Stadtviertel vielmehr zum *place to be* am Rhein.

Sicherlich wird dieses kürzlich eröffnete Projekt über die Grenzen der Stadt hinaus Aufmerksamkeit finden. Übrigens genauso wie das Programm „Garath 2.0“. Mit ihm soll dieser Stadtteil im Düsseldorfer Süden unter Beteiligung der Bürger mit zahlreichen Maßnahmen positiv entwickelt werden. Dieses Zukunftsprojekt findet bei Stadtplanern im In- und Ausland Beachtung und Anerkennung, so durfte ich es nicht nur in Moskau, sondern beispielsweise auch bei meiner Reise nach China vorstellen.

Diese Best-Practice-Beispiele aus Düsseldorf können vielleicht einer Metropole wie Moskau, die durch eine Stadterweiterung im Jahr 2012 enorm gewachsen ist, als Vorbild dienen und Impulse geben. Allemal zeigen sie, wie wichtig der Austausch zwischen befreundeten Städten ist. Ich freue mich auf weitere Begegnungen, ob in Moskau oder in Düsseldorf. PD

FRANKONIA (2)

Hier spielt die Musik: Die russische Geigerin Anna Schult bei der offiziellen Eröffnung mit Oberbürgermeister Geisel am 18. Oktober (oben).
800 Gäste feierten in der Düsseldorfer Altstadt (links).

JUGENDAUSTAUSCH TROTZ(T) POLITISCHER KRISE

Trotz der politischen Konflikte hat sich der Jugendaustausch zwischen Deutschland und Russland als sehr stabil erwiesen. Er sei „sehr lebendig und wichtiger denn je“, sagte Thomas Hoffmann, Geschäftsführer der Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch, dieser Zeitung.

523 Begegnungen mit 13 100 Teilnehmern im schulischen und außerschulischen Austausch weist die Statistik der Stiftung für 2016 aus, nach 553 Begegnungen mit insgesamt 14 500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Den leichten Rückgang führt Hoffmann auf das politische Umfeld zurück: die Annexion der Krim und den Krieg in der Ostukraine auf der einen, die Flüchtlingssituation, in russischen Medien zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen aufgebauscht, auf der anderen Seite. Organisationen und Eltern hätten sich gefragt, „ob es noch sicher ist, in das andere Land zu fahren“. Außerdem seien für Russen Reisen wegen der Rubelabwertung 70 bis 80 Prozent teurer geworden.

Hoffmann wies außerdem auf veränderte Visabestimmungen hin: Seit September 2015 sei es nicht mehr möglich, dass eine bevollmächtigte Person für die gesamte Gruppe Anträge stellt. Nun müssten alle Teilnehmer persönlich im deutschen Konsulat oder Visazentrum erscheinen und ihre Fingerabdrücke abnehmen lassen. Mit dieser Regelung wollen die Schengen-Staaten die Identifikation von Personen erleichtern, die nach der Einreise in den Schengen-Raum ihre Dokumente verlieren. „Warum Kinder und Jugendliche aus Russland, deren Identität und Aufenthalt durch Partnerorganisationen bestätigt werden, unter diese Regelung fallen, bleibt ein Geheimnis der Verantwortlichen, die diese Regelung ersonnen haben“, so Hoffmann.

Hoffmann betont den gesellschaftlichen Wert des Jugendaustauschs, der „auch eine Chance für die Zukunft ihrer Länder darstellt. Viele organisieren diese Begegnungen als Gemeinschaftsprojekte, die für Verständnis werben abseits der üblichen Stereotype.“ Aus den Gesprächen über Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, die meist abseits des offiziellen Programms stattfinden, erwachse Verständnis. Daraus, so Hoffmann, entwickle sich „gegenseitiger Respekt und die Erkenntnis, dass sowohl die eine wie die andere Seite sich ein Leben in Frieden, Freiheit und Wohlstand wünscht“.

Hoffmann bedauert eine ungenügende Mittelausstattung. Bei der Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch liege die Förderquote in diesem Jahr zwischen 65 und 70 Prozent. Ein Drittel der Projektanträge könnten nicht gefördert werden. Problematisch sei, dass von den bestehenden Förderprogrammen viele Zielgruppen nur unzureichend erreicht würden. Jugendliche mit hohem Bildungsniveau seien überproportional vertreten. Es sei aber eine wichtige Aufgabe, alle gesellschaftlichen Gruppen in den internationalen Jugendaustausch einzubeziehen. „Davon sind wir in Deutschland und Russland aber noch weit entfernt“, sagt Hoffmann. Um diesem Ziel näher zu kommen, wären zusätzliche Fördermöglichkeiten notwendig. *PD*